

Preussische Allgemeine



Nr. 44 · 4. November 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

System vor dem Kollaps

Ehrliche, aber wenig schmeichelhafte Befunde zur Lage der deutschen Bildungsnation **Seite 3**



Sinnsuche Die Russen zwischen Apathie und stillem Widerstand **Seite 6**



Geschichte Die Caritas feiert den 125. Jahrestag ihrer Gründung **Seite 10**

FOTOS: SHUTTERSTOCK; ACTION PRESS; CARITAS

AUFGEFALLEN

Der Migrationshintergrund des Premiers

Seit etwas mehr als einer Woche steht mit dem Briten Rishi Sunak erstmals ein indischstämmiger Politiker an der Spitze der Regierung eines europäischen Staates – der obendrein praktizierender Hindu ist. Was noch vor wenigen Jahren eine Sensation gewesen wäre und entsprechende Debatten ausgelöst hätte, wurde nun kaum diskutiert. Weder jubelten die sonst so migrationsfreudigen Linken, noch schimpften die sonst so migrationskritischen Rechten.

Ein Grund dafür mag sein, dass der neue Premier als ehemaliges Mitglied der Kabinette Theresa Mays und Boris Johnsons kein Neuling in der Downing Street und somit altbekannt ist. Zum anderen ist die Biographie des Sohnes alter Funktionseliten des britischen Empire und Absolventen anglo-amerikanischer Eliteschulen sowie erfolgreichen Investmentbankers so ganz anders als die Lebensläufe der meisten nach Europa ziehenden Migranten.

Sunak taugt weder als Zielscheibe der Kritiker einer massenhaften Zuwanderung in die Sozialsysteme noch als Symbolfigur der Migrationsbefürworter und Träger ebenjener Sozialsysteme, die zwar gern von Fachkräftemangel sprechen, im Grunde jedoch einen steten prekären Nachschub brauchen, um den sie sich dann (natürlich gut bezahlt) kümmern können.

Hinzu kommt, dass Sunak weitaus britischer auftritt als die meisten „Bio-Briten“. Spätestens damit können die klassischen Migrationsbefürworter wenig bis gar nichts anfangen. *neh*

POLITIK

Ein Land und seine Bürger in den Fängen grüner Ideologie

Während Wirtschaftsminister Habeck mit den Folgen seiner eigenen Politik ringt, gehen SPD und FDP in Deckung – und setzen damit ihren Niedergang fort

VON RENÉ NEHRING

Es scheint, als hätten die Verantwortlichen in Berlin den Schuss noch immer nicht gehört. Wie anders ist es zu erklären, dass nur einen Tag nach der Präsentation der Vorschläge einer Expertenkommission zur Senkung der Belastungen für die Verbraucher, deren Kernidee eine Einmalzahlung für Gas- und Fernwärmekunden im Dezember und eine Gaspreisbremse ab März war, die Meldung aufkam, dass es vorerst *kein* „Gas-Geld“ geben werde und stattdessen Millionen Bürger bis zum Frühjahr oder sogar Sommer auf die versprochenen Entlastungen warten müssen?

Erst wenige Tage zuvor war herausgekommen, dass der für die Energiepolitik verantwortliche Wirtschaftsminister Robert Habeck und die für die Reaktorsicherheit zuständige Umweltministerin Steffi Lemke (beide Grüne) die Öffentlichkeit monatelang getäuscht hatten, als sie behaupteten, die Prüfung der Laufzeitverlängerung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke werde ergebnisoffen geführt.

Ein Bericht der „Welt am Sonntag“ enthüllte unter anderem, dass sich die Fachleute in Habecks Ministerium intern für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ausgesprochen hatten. Außerdem seien die offiziellen Ablehnungen der Ministerien für Wirtschaft und Umwelt bereits vor dem Ergebnis der internen

Prüfung formuliert worden. Auch dass die AKW-Betreiber erklärt hatten, dass sich die letzten drei aktiven Anlagen „auch im internationalen Vergleich auf höchstem sicherheitstechnischem Niveau“ befänden und „der Weiterbetrieb auf diesem hohen sicherheitstechnischen Niveau erfolgen“ könne, war von Habeck und Lemke unterschlagen worden.

Parteiideologie vor Staatswohl

Damit werden sowohl die Nöte der privaten Verbraucher als insbesondere auch der deutschen Wirtschaft bewusst ignoriert und das Wohl einer ganzen Nation der grünen Parteiideologie geopfert. Erst Mitte Oktober hatte das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), das in seinem Insolvenztrend regelmäßig die Firmenpleiten erfasst, gemeldet, dass die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften im September 2022 um 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen ist. Bereits im August 2022 hatte die Zunahme der Pleiten rund 25 Prozent betragen.

Eine der wichtigsten Ursachen der Insolvenzen sind die explodierenden Energiekosten, die den Unternehmen reihenweise Verluste bescherten. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sieht denn auch seit Monaten für den kommenden Winter eine weitere Insolvenzwelle auf Deutschland zurollen. Was die kleinen und mittelständischen

Betriebe vom zuständigen Minister Habeck zu erwarten haben, zeigte dieser schon vor Wochen in seinem bereits jetzt legendären Interview bei „Maischberger“ zur Lage der Bäcker: gar nichts.

Unter normalen Umständen wäre ein Rücktritt Habecks längst überfällig. Allein die aktuellen Umfragen und die damit verbundene Unlust der Regierungspartner SPD und FDP auf Neuwahlen sowie auch die deutliche Dominanz rot-grüner Journalisten in der Medienwelt, die wichtige Debatten gar nicht erst aufkommen lässt, halten ihn noch auf seinem Stuhl. Eine wichtige Stütze für Habeck ist dabei, dass regelmäßig unerwähnt bleibt, dass viele Probleme, mit denen der grüne Wirtschaftsminister ringt, überhaupt erst durch die Politik der Grünen entstanden sind.

Wie lange die Grünen und insbesondere Habeck auf ihrem Irrweg weitermachen können, hängt nicht zuletzt von ihren Koalitionspartnern ab. SPD und FDP müssen sich fragen, wie lange sie noch an der Seite der Grünen – deren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl gerade einmal 14,8 Prozent betragen hatte – stehen und ihren eigenen Niedergang fortsetzen wollen.

Als die Regierungsparteien vor gut einem Jahr ihren Koalitionsvertrag unterzeichneten, überschrieben sie diesen mit den Worten „Mehr Fortschritt wagen“. Bislang zumindest zeichnet sich eher ein historischer Kahlschlag am Industriestandort Deutschland ab.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Waffenlieferungen an die Ukraine leeren die westlichen Arsenalen **Seite 4**

Kultur

Eine Ausstellung in Mannheim widmet sich der Invasion der Normannen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Bundeswehr-Soldaten stocken die NATO-Kampftruppe in Memel auf **Seite 13**

Lebensstil

In Potsdam beginnt die Sanierung des Kleinen Schlosses Babelsberg **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Unterwassersicherheit Zwischen den großen Mächten dieser Welt tobt ein Kampf um die Untersee-Datenkabel. Man versucht, fremde Kabel anzupapfen und andere am Anzapfen der eigenen zu hindern

„Kriegsführung auf dem Meeresgrund“

Die Europäische Union kommt nur langsam in die Gänge, manchen Mitgliedern zu langsam

VON WOLFGANG KAUFMANN

Rund 95 Prozent der im Internet kursierenden Daten fließen inzwischen durch Glasfaserkabel, die auf dem Meeresgrund zwischen den Kontinenten verlegt wurden. Davon gibt es etwa 450 Stück mit einer Gesamtlänge von um die 1,3 Millionen Kilometern. Das entspricht etwa dem 30-Fachen des Erdumfangs. Wer Zugriff auf sie hat, weil er in große Wassertiefen vorzustößen vermag, kann sensible Daten auslesen oder manipulieren. Ebenso besteht die Möglichkeit, die Leitungen zu kappen und den Informationsfluss zu unterbinden.

Der erste Staat, der diesbezügliche Aktionen startete, waren die USA (siehe rechts). Gegenwärtig verfolgt deren größter Auslandsgeheimdienst, die National Security Agency (NSA) mindestens vier Programme, „Fairview“, „Stormbrew“, „Blarney“ und „Oakstar“, in deren Rahmen Unterseekabel angezapft werden. Das erfolgt beispielsweise durch die Auftrennung der Glasfaserleitungen und das Einsetzen von Lesegeräten (Splicing), die Splitter-Coupler-Methode, bei der Koppeler die Lichtsignale in Leitungsknicken erfassen, oder fortgeschrittenere berührungslose Verfahren, bei denen hochempfindliche Detektoren selbst noch die aller schwächste Strahlung im Kabel von außen registrieren.

USA, Russland und China vorneweg

Offensichtlich bemühen sich auch die russischen und chinesischen Geheimdienste um den Zugang zu den unterseeischen Internetverbindungen, wie wiederholte Sichtungungen von „Forschungsschiffen“ in der Nähe der Datenleitungen belegen. So operierte die „Yantar“, die zwei Kleinst-U-Boote an Bord hat und im Auftrag der Hauptdirektion für Tiefseeforschung der russischen Marine (GUGI) unterwegs ist, zwischen 2015 und 2020 im Bereich der Kabel unweit des US-Stützpunktes Guantanamo Bay auf Kuba sowie über Datensträngen im Mittelmeer rund um Zypern und dem Südatlantik vor Brasilien und Argentinien. Dazu kam im August 2021 ein „Besuch“ der irischen Küstengewässer bei Killala, von wo aus die wichtige Kommunikationsleitung AECConnect (AEC-1) in Richtung USA führt. Ähnliche Aktionen

unternahmen chinesische Schiffe im Indischen Ozean und dem Pazifik.

Vor einem Jahr, im November 2021, verschwanden plötzlich 4,3 Kilometer Kabel vom Meeresgrund vor Norwegen. Bislang konnte noch nicht ermittelt werden, wer diesen Sabotageakt verübt hat.

Christian Bueger, der sich an der Universität Kopenhagen mit maritimer Sicherheit beschäftigt, hält dies alles für Warnzeichen, welche die europäischen Regierungen dringend zum Handeln veranlassen sollten. Schließlich seien die EU-Staaten derzeit blind, was die Kontrolle der Infrastrukturen auf dem Meeresgrund betreffe: „Drei Agenturen der Europäischen Union – die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), die Europäische Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache

(Frontex) – befassen sich mit der Meeresoberfläche. Aber keine von ihnen hat den Auftrag, unter Wasser zu schauen.“

Europa hinkt hinterher

Allerdings ist eine lückenlose Überwachung der Datenleitungen „technologisch anspruchsvoll und hat physikalische Grenzen“, so Holger Klindt, der in der Gesellschaft für Maritime Technik (GMT) eine Arbeitsgruppe leitet, die sich mit derartigen Themen beschäftigt. Dennoch beabsichtigt die EU, neue Richtlinien zur Unterwassersicherheit zu verabschieden.

Hierauf wollen Länder wie Frankreich, Irland und Portugal indes nicht warten: So stellte das Verteidigungsministerium in Paris im Februar dieses Jahres einige Eckpunkte seiner Strategie für die „Kriegsführung auf dem Meeresgrund“ vor. Dazu gehört die Beschaffung neuer Tauchboote

für Einsätze in großer Tiefe zur Observation der unterseeischen Datenleitungen.

Ähnliche Pläne verfolgt die britische Marine. Und die US-Regierung versucht darüber hinaus, eine Allianz zwischen den staatlichen Behörden sowie den Streitkräften und den Geheimdiensten der Vereinigten Staaten auf der einen und den privaten Kabelbetreibern auf der anderen Seite zu schmieden, um „Unterwassermilizen“ zum Schutz der Glasfaserleitungen aufzustellen. Dahingegen sind aus der Bundesrepublik bislang keine diesbezüglichen Bemühungen bekannt, obwohl das Hochgeschwindigkeits-Seekabel SEA-ME-WE 3, über das die meisten Internetverbindungen zwischen Europa und Afrika, Asien und Australien laufen, auch durch ihre Hoheitsgewässer führt und bei Norden in Ostfriesland auf die Küste trifft.



Im Auftrag der Hauptdirektion für Tiefseeforschung der russischen Marine unterwegs: Das Forschungsschiff „Yantar“ wurde mehrfach in der Nähe von Datenleitungen gesichtet
Foto: Andrey Luzik

„HALIBUT“

USA waren im Jahre 1971 die Ersten

In Petropawlowsk-Kamtschatski auf der Halbinsel Kamtschatka im Fernen Osten Russlands befand sich während des Kalten Krieges eine wichtige U-Bootbasis der UdSSR. Die Kommunikation zwischen diesem Stützpunkt und der obersten Führung der sowjetischen Pazifikflotte in Wladiwostok lief über ein Unterseekabel. 1966 hatte Captain James Bradley von US-Marinegeheimdienst Office of Naval Intelligence (ONI) die Idee, diese Datenleitung heimlich anzupapfen. Die Ausführung des Vorhabens scheiterte allerdings zunächst an den immensen technischen Schwierigkeiten sowie der mangelnden Rückendeckung von oben.

Aber 1971 war es dann schließlich so weit: Das U-Boot „Halibut“ setzte einige Kampftaucher auf dem Grund des Ochotskischen Meeres ab, die in rund 120 Metern Wassertiefe eine sechs Meter lange Abhöreinheit an dem Kabel anbrachten. Diese hielt alle Nachrichten zwischen den zwei Sowjet-Stützpunkten auf Magnetbändern fest. Deshalb musste die „Halibut“ einmal im Monat zurückkehren, damit die Froschmänner die Datenträger austauschen konnten. Anschließend übernahm die National Security Agency (NSA) die Auswertung, was sich überraschend unkompliziert gestaltete, weil der größte Teil der Kommunikation unverschlüsselt lief. Denn die sowjetische Seite ging davon aus, dass die Leitung absolut sicher sei.

Zehn Jahre lang bekam die NSA so hochwertige Informationen auf dem Präsentierteller serviert. Dann flog die spektakuläre Unterwasser-Operation „Ivy Bells“ auf, weil ein geldgieriger Analytiker der NSA namens Ronald Pelton das Ganze für 35.000 US-Dollar an den sowjetischen Geheimdienst verriet. Die eilends entsandte „Parche“ versuchte noch, die Abhöreinrichtung vor dem Zugriff der Sowjets zu retten, traf aber zu spät vor Ort ein.

Pelton wurde am 17. Dezember 1986 wegen Spionage zu dreimal lebenslänglich plus zehn Jahren Haft verurteilt. Bereits am 24. November 2015 wurde er allerdings aus der Haft entlassen. W.K.

SPIONAGE-U-BOOTE

Wer etwas auf sich hält, hat welche

Über die US-amerikanischen ist wenig bekannt, über die russischen weniger und über die chinesischen am wenigsten

Die USA haben seit 1960 bereits fünf große Spezial-U-Boote mit Atomtrieb in Dienst gestellt, deren Aufgabe nicht zuletzt darin bestanden hat, unterseeische Datenkabel für den Geheimdienst NSA anzupapfen. Das erste Spionagefahrzeug dieser Art war die „Halibut“ (SSN-587). Das Boot fungierte anfänglich als Plattform für nuklear bestückte Marschflugkörper und wurde dann mit verdeckten Operationen unter Wasser betraut. Seine Laufbahn endete 1976.

Auf die „Halibut“ folgte die „Seawolf“ (SSN-575), die zunächst Demonstrationsfahrten unternahm und in diesem Zusammenhang monatelang unter Wasser blieb. Nach ihrem Umbau übernahm

sie zwischen 1973 und 1984 die Aufgaben der „Halibut“.

Die Nummer Drei in der Reihe bildete die „Parche“ (SSN-683), die 1978 für Spezialoperationen ausgerüstet wurde und einen großen Aufbau namens „Fledermaushöhle“ erhielt, der allerlei Spezialtechnik barg. Die „Parche“ blieb bis 2004 im Einsatz. Verstärkung erhielt sie von der „Richard B. Russell“ (SSN-687), die allerdings schon 1993 wieder auschied.

Momentan ist die 2005 in Dienst gestellte „Jimmy Carter“ (SSN-23) das modernste Spionage-U-Boot der US-Marine. Es wurde von vornherein für Manipulationen an Internetkabeln oder ähnliche

Geheimoperationen unter Wasser konzipiert und kostete fast drei Milliarden US-Dollar.

Als russisches Pendant der „Jimmy Carter“ gilt das seit Juli 2022 einsatzfähige Atom-U-Boot „Belgorod“ (K-329). Der 184 Meter lange Gigant kann nicht nur Kampfschwimmer im Bereich der Unterseekabel absetzen, sondern auch Mini-U-Boote tragen, denen es möglich sein soll, bis in 6000 Meter Tiefe vorzustößen. Zu diesen gehört die ebenfalls kernkraftgetriebene „Loscharik“ (AS-31). Auf der ereignete sich am 1. Juli 2019 ein schwerer Unfall, bei dem rund die Hälfte der Besatzung starb. Weil die Toten allesamt hohe Offiziersdienstgrade hatten,

China setzt eher auf unbemannte, ferngesteuerte oder autonom operierende Tauchfahrzeuge, wenn es um Spezialoperationen auf dem Meeresgrund geht

besteht Anlass zu der Vermutung, dass das Boot eine besonders geheime Mission durchführte.

China setzt eher auf ferngesteuerte oder autonom operierende Tauchfahrzeuge, wenn es um Spezialoperationen auf dem Meeresgrund geht. Davon zeugen im März vergangenen Jahres aufgenommene Satellitenbilder von der Marinebasis Sanya auf der Südspitze der Insel Hainan. Diese zeigen zwei etwa 18 Meter lange extragroße, unbemannte Unterwasserfahrzeuge, sogenannte XLUUV, die sich offenbar in der Testphase befinden. Über die chinesischen Modelle ist noch weniger bekannt als über die russischen Spionage-U-Boote. W.K.

Eine Bildungsnation vor dem Abgang

Jüngste Studien stellen dem deutschen Schulwesen schlechte Noten aus. Eine ehrliche Analyse zeigt, dass die gegenwärtige Lage das Ergebnis langer ideologiegeleiteter Fehlentwicklungen ist. An den Hochschulen sieht es kaum besser aus

VON JOSEF KRAUS

Ein Organismus ist ein hochkomplexes System. Er lebt, solange die einzelnen Organe funktionieren und solange die Organe interagieren. Funktionseinschränkungen einzelner Organe kann ein Organismus als Ganzes oft lange kompensieren. Sind es mehrere Organe, die ihrer Aufgabe nicht mehr oder eingeschränkt nachkommen, droht ein Kollaps, ein Multiorganversagen. Was für ein biologisches System gilt, das gilt ebenso für einen gesellschaftlichen oder sozialen Organismus – zum Beispiel für das Bildungswesen.

Und diesem Organismus geht es alles andere als gut! Zwar wird in schönen Bilanzen behauptet, dass wir doch immer mehr Studenten und Akademiker, immer bessere Abiturnoten und Hochschulzeugnisse sowie immer mehr Dissertationen, Professoren und sogar mehr „Wissenschaften“ haben, doch sind dies alles Placebo-Befunde, hinter denen sich ernste systemische Probleme verbergen.

Der Niedergang der Grundschulen

Die Probleme beginnen mit der Grundschule: Sie ist in mehreren deutschen Ländern keine „Grund“-Schule, also die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen zugrundeliegende Schule mehr. Die jüngste IQB-Studie für 2021 (IQB – Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin) zeigt überdeutlich: Deutschlands Viertklass-Grundschüler fallen in Sachen Lesen, Orthographie und Rechnen immer weiter zurück. Erreichten in der Studie von 2011 noch rund zwei Drittel der Schüler die Regelstandards für die Untertests in Lesen, Orthographie und Mathematik, so waren es 2021 nur noch 57,6 Prozent in Lesen, 44,4 Prozent in Orthographie und 54,8 Prozent in Mathematik.

Natürlich sind bei den aktuellen Daten die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu berücksichtigen. Wenn Grundschulern in Lockdown-Zeiten Hunderte Stunden von Präsenzunterricht fehlen und wenn Schüler mit Migrationshintergrund wegen Schulschließungen monatelang kein Wort Deutsch mehr hören oder sprechen, hinterlässt das gewiss Spuren.

Aber das ist höchstens ein Drittel der Wahrheit. Man macht es sich (mal wieder) zu leicht, wenn man die seit Jahrzehnten wirksamen Faktoren des schulischen Leistungsverfalls ausblendet: die schulpolitisch und pädagogisch gewollte Absenkung der Leistungsanforderungen sowie den stetig wachsenden Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und zum Teil nur rudimentären Deutschkenntnissen.

Ergebnisse jahrzehntelanger Reformen

In den oberen Jahrgangsstufen sieht es kaum besser aus. Das Gymnasium wurde zur Hauptschule, die Gesamtschule ist gescheitert, wird aber trotzdem gehätschelt. Im weiterführenden Schulwesen ab Klasse 5 stellt sich der Leistungsverfall entsprechend wie folgt dar: Die Gymnasien werden von immer mehr Schülern besucht, die den originären Ansprüchen des Gymnasiums nicht folgen können. Das hat damit zu tun, dass in den meisten deutschen Ländern allein die Eltern entscheiden, welche weiterführende Schule ihr Kind besucht.

Die Folgen sind eine Niveauabsenkung der gymnasialen Ansprüche und ein Verlust an talentierten Schülern in den anderen Schulformen. Die Hauptschule wurde in der Mehrzahl der Bundesländer abgeschafft, die Folge war eine weitere Verlagerung der Schülerschaft in Richtung Gymnasium und Realschule. Vor allem in SPD-regierten Ländern sollte an Stelle des gegliederten Schulwesens eine Gesamtschule/Gemeinschaftsschule etabliert werden. Diese Einheitsschule bleibt aber seit mittlerweile fast einem halben Jahrhundert



Nicht nur Folge der Corona-Pandemie: Die katastrophale Lage deutscher Schulen liegt weniger an den monatelangen Lockdowns, sondern vielmehr an den Folgen einer jahrzehntelangen verfehlten Bildungspolitik
Foto: shutterstock

trotz überdurchschnittlich guter personeller Ausstattung den Beweis ihres Leistungsvermögens schuldig.

Beispiel: In Baden-Württemberg wurde 2011 mit dem Regierungswechsel zu Grün/Rot die Gemeinschaftsschule mit großem Jubel und überbordenden Versprechungen eingeführt. Elf Jahre später zeigt diese Schulform etwa bei der jüngsten VERA-8-Testung (Vera = VERgleichsArbeiten in der 8. Jahrgangsstufe): Die Leistungen der Schüler der Gemeinschaftsschule in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik liegen deutlich unter dem Landesschnitt, sehr weit hinter den Leistungen der Gymnasiasten und signifikant hinter den Leistungen der Realschüler. Bei deutschlandweiten Vergleichen ist das „Ländle“ binnen eines Jahrzehnts deutlich zurückgefallen.

Ein weiteres Problem des deutschen Bildungssystems ist, dass schulpädagogische Verirrungen nicht als solche benannt werden. Im Stakkato seien sie hier dennoch identifiziert: die Verteufelung des straffen, effektiven „Frontalunterrichts“ und dessen Ersetzen durch zeitaufwendige und ineffektive „schülerzentrierte“ Unterrichtsformen (Gruppenarbeit, Materialtheke, Freiarbeit); die Geringerschätzung des konkreten Wissens im Zuge der „Kompetenzen“-Pädagogik, mit der aus Lehrplänen Leerpläne wurden; das Schreiben nach Gehör/phonetische Schreibweise; die Genderisierung der Sprache; die Digitalisierung des Unterrichts bereits in der Grundschule und nicht zuletzt die teilweise Abschaffung von Noten, Hausaufgaben und des Sitzenbleibens.

Ergebnis: Konnte man noch in den 1990er erwarten, dass ein Viertklässler einen Grundwortschatz von 1.000 Wörtern hatte, sind es heute zumeist nur noch 700 bis 800.

Folgen einer ungesteuerten Migration

Auch wenn man es in den Spitzen der Politik nicht wissen will und man sich mittlerweile schnell den Vorwurf des Rassismus einfügt, wenn man – auch wissenschaftlich unwiderlegbar – es festhält: Viele Leistungsprobleme haben mit den steigenden Migrantenanteilen in den Schulen zu tun. In zahlreichen Großstädten sind Grundschulklassen mit 80 und mehr Prozent Kindern mit Migrationshinter-

grund keine Ausnahme. Bei entsprechend defizitärer Beherrschung der deutschen Sprache. Will sagen: Die Zuwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte hat den Schulen Probleme beschert, die sie nicht bewältigen können.

Die Zunahme an Schülern mit mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache trifft auf einen dramatischen Mangel an qualifizierten Pädagogen: Es gibt in Deutschland für die rund 42.000 Schulen mit ihren rund zehn Millionen Schülern etwa 780.000 Lehrer. Auf den ersten Blick ist das eine gigantische Zahl. Dennoch fehlen den Schulen Zigttausende an Lehrern. Dieser Lehrermangel reißt Löcher in die Unterrichtsversorgung. Folge: Die Klassen müssen größer gemacht werden und – was noch gravierender ist – Pflichtunterricht muss gekürzt werden. Das schränkt zudem die Möglichkeiten ein, schwächere oder aktuell zugewanderte Schüler (etwa 180.000 aus der Ukraine) adäquat zu fördern.

Der Lehrermangel ist freilich ein hausgemachtes Problem der Schulpolitik. Wiewohl die maßgeblichen Planungsdaten recht exakt vorliegen (Altersstruktur der Lehrerschaft, Ruhestandsversetzungen, Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten zehn bis 15 Jahren). Das heißt aber auch: Die 16 deutschen Schulminister haben hier geschlafen. Nun müssen sie mit Notbehelfen operieren: Aufstockung von Teilzeitdeputaten, Rekrutierung von pensionierten Lehrern, Arbeitszeitverlängerungen für Lehrer, Gewinnung von weniger qualifizierten Quereinsteigern ...

Vermassung der Hochschulen

Dramatisch ist auch die Lage an den Hochschulen. Diese kämpfen vor allem mit der Vermassung. Mittlerweile gibt es in Deutschland 2,94 Millionen Studenten, unmittelbar nach der Wiedervereinigung waren es 1,78 Millionen. Masse statt Klasse ist angesagt. Denn aufgrund immer lascherer Abituranforderungen sind immer mehr formal Studienberechtigte faktisch nicht studierfähig. Viele Hochschulen reagieren darauf, indem sie Luftkurse für Studienanfänger einrichten, weil diese aus der Schule oft nicht mehr mitbringen, was Voraussetzung für ein Studium wäre.

Inflationär ist zugleich die Zahl der Bestnoten angestiegen: Bachelor- und Masterab-

schlüsse unterhalb der Noten 1 oder 2 sind kaum noch zu finden. Ähnlich inflationäre Entwicklungen gibt es bei den Promotionen: 2021 gab es 28.153 abgeschlossene Promotionen, im Jahr 1993 waren es 22.404. Gravierendste Folge all dieser Vermassungen: Die berufliche Bildung blutet aus, es fehlt an Fachkräften. Die Zahl der Auszubildenden ist von 1,7 Millionen im Jahr 2000 auf zuletzt (2020) 1,29 Millionen zurückgegangen.

„WoKe Ideologien“ statt Exzellenz

Hinzu kommt, dass sich die Hochschulen mehr und mehr „woken“ Ideologien unterwerfen. Die Zeiten scheinen vorbei, als Deutschland ein wissenschaftlicher Gigant war, als das Deutsche Reich ab 1871 eine gewaltige Dynamik in Wissenschaft und Technik erfuhr: in Physik und Chemie, in der Elektrotechnik, in der Optik, in der Medizin, in der Pharmazie (Deutschland als „Apotheke der Welt“), im Eisenbahnwesen, im Automobilbau, im Maschinenbau, im Bergbau. Aus einem Agrarland wurde binnen weniger Jahrzehnte ein führendes Industrieland.

Heute sind eine produktive, praxisrelevante Wissenschaft sowie die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre nicht mehr überall garantiert. Dieser Verdacht beschleicht einen, wenn man allein die Forschungsförderung anschaut. So erklärte die mit einer Fördermasse von jährlich zuletzt 3,6 Milliarden Euro ausgestattete Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) am 5. Juli 2022 qua Presseerklärung: „DFG startet neue Initiative für Gleichstellung und Diversität.“ Künftig heißen die entsprechenden Standards „Forschungsorientierte Gleichstellungs- und Diversitätsstandards“. Beide Themen seien Voraussetzung für „exzellente Wissenschaft“. Neben Geschlecht und geschlechtlicher Identität umfassen die Standards nun unter anderem ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung oder chronische/langwierige Erkrankung sowie soziale Herkunft und sexuelle Orientierung. Dieses Mosaik firmiert mittlerweile unter dem Namen „Intersektionalität“. Ein eigenartiger Begriff, der hier die Summe aller Unterdrücker- und Ungleichheitsmechanismen zusammenfassen soll.

Die Zahl der Professuren für Gender-Forschung liegt inzwischen bei über 200. Diese neuen Professuren heißen – von der DFG mitgefördert – jetzt nicht mehr plump „Genderforschung“. Vielmehr bekommen so ziemlich alle herkömmlichen Wissenschaften eine Professur mit einem Appendix-Zusatz namens „Diversität“ oder „diversity“ oder „Intersektionalität“, zum Beispiel Amerikanistik und Intersektionalität oder Ingenieurwissenschaften und „diversity“. Wer als Professor nicht bereit ist, sprachlich zu gendern, wird zum Außenseiter. Die Un-Kultur der „cancel culture“ tut ihr Übriges: Gastreferenten, die auch nur entfernt im Geruch des Konservativen stehen, dürfen nicht mehr eingeladen werden, oder aber „Aktivisten“ stören entsprechende Veranstaltungen.

Ist eine Umkehr denkbar? Oder geht der freie Fall weiter? Letzteres ist zu befürchten, denn es sind keine politischen und akademischen Kräfte erkennbar, die eine radikale Kurskorrektur erwarten ließen. Deshalb wird es – verbunden mit einem gewaltigen „brain-drain“, also einem Abwandern von Spitzenkräften – die Bildungsnation Deutschland in Kürze nur noch als Präteritum und als nostalgische Erinnerung geben.

● **Josef Kraus** war bis zur Pensionierung 2015 Gymnasialdirektor in Niederbayern und von 1987 bis 2017 ehrenamtlicher Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zu seinen Büchern gehören „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (Herbig 2017) und „Der deutsche Untertan. Vom Verlust des eigenen Denkens“ (Langen Müller 2021).

Man macht es sich zu leicht, wenn man die seit Jahrzehnten wirksamen Faktoren des schulischen Leistungsverfalls ausblendet: die schulpolitisch und pädagogisch gewollte Absenkung der Leistungsanforderungen sowie den stetig wachsenden Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund und zum Teil nur rudimentären Deutschkenntnissen

● MELDUNGEN

CDU-Kritik am Staatsvertrag

Magdeburg – Die im Dritten Medienänderungsstaatsvertrag geplante Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehen Sachsen-Anhalts Regierungskoalition aus CDU, SPD und FDP nicht weit genug. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben den Vertrag am 21. Oktober bei einem Treffen in Hannover unterschrieben. Der Vertrag sieht einige Änderungen für ARD, ZDF und Deutschlandradio vor. Laut Sachsen-Anhalts CDU-Mediensachverständiger Markus Kurzes ist der Vertrag gerade vor dem Hintergrund der Vorwürfe der Vetterwirtschaft beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) „kein großer Wurf“. Aus Sicht der Unionsfraktion im Magdeburger Landtag produzieren die Öffentlich-Rechtlichen zu oft das Gleiche und berichten nicht ausgewogen. Zudem fordert sie mehr Prüfrechte für die Landesrechnungshöfe bezüglich der ARD-Financen.

N.H.

Geldnot bei Tierschützern

Potsdam – Tierheime und Tierschutzinitiativen, die sich in Brandenburg um herrenlose und abgegebene Tiere kümmern, fürchten, dass einige Tierschutzvereine wegen steigender Kosten die nächsten Monate nicht überstehen werden. Die Tierschützer, die sich zu einem Großteil aus Spenden finanzieren, müssen explodierende Kosten für Futter und Energie tragen. Seit Anfang dieses Monats gilt eine neue bundesweite Gebührenordnung für Tierärzte, die teils drastisch steigende Behandlungskosten mit sich bringt. Durch die Inflation sinkt die Spendenbereitschaft. Und durch abgegebene oder ausgesetzte Tiere sind viele Heime oft maßlos überfüllt. Bei den rund 60 Tierheimen und Tierschutzinitiativen in Brandenburg wird befürchtet, dass viele Brandenburger sich aufgrund weiter steigender Lebenshaltungskosten kein Haustier mehr leisten können.

N.H.

Vorwürfe gegen Lindner

Berlin – Die Antikorruptionsorganisation Transparency International fordert von Bundesfinanzminister Christian Lindner, die Vorgänge rund um seinen Kauf einer privaten Immobilie in Berlin offenzulegen. Die Vizechefin von Transparency Deutschland, Margarete Bause, sagte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, nach den vorliegenden Informationen habe die Verbindung zwischen dem FDP-Politiker und der den Hauskauf finanzierenden BBBank „zumindest ein Geschmäcke“. Nach Recherchen des „Spiegel“ soll Lindner Anfang vergangenen Jahres ein Zweifamilienhaus im Berliner Stadtteil Nikolassee für 1,65 Millionen Euro gekauft haben. Laut dem Bericht wurde bei der Finanzierung der Immobilie die Grundschuld für das Haus auf insgesamt 2,8 Millionen Euro angesetzt, also deutlich über dem Kaufpreis. Wie der „Spiegel“ weiter berichtet, soll Lindner in der Vergangenheit für die BBBank mehrere Vorträge gehalten und dafür auch Honorar erhalten haben.

N.H.

UKRAINEKRIEG

Der Westen liefert sich wehrlos

Insbesondere Deutschland versorgt Kiew mit mehr Rüstungsgütern, als es in absehbarer Zeit ersetzen kann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Monaten frohlocken die westlichen Geheimdienste, dass Russland der Nachschub an Waffen und Munition ausgehe. Dabei leiden die Unterstützer der Ukraine inzwischen selbst unter einem eklatanten Mangel an Kriegsmaterial, nachdem sie ihre Arsenale mit atemberaubender Geschwindigkeit geleert haben. So stellte Norwegen 45 Prozent seiner Haubitzen zur Verfügung, Slowenien 40 Prozent seiner Panzer und die Tschechische Republik 33 Prozent der vorhandenen Raketenwerfer.

In den USA sank der Bestand an Javelin-Panzerabwehrwaffen durch die Lieferungen an die Ukraine um ein Drittel und der an Stinger-Flugabwehrraketen um ein Viertel. 8500 beziehungsweise 1400 dieser Systeme fehlen nun in den eigenen Lagern. Dazu kommt unter ande-

rem noch die Abgabe von bislang 988.000 Artilleriegranaten und 150 Geschützen.

100 Milliarden Euro sind schnell weg

Trotz aller Forderungen des Militärs und der Politik schaffen und schaffen es die Rüstungsfirmen im Westen nicht, ausreichend Ersatz zu produzieren. Greg Hayes, der Chef der Raytheon Company, aus deren Waffenschmieden sowohl Bauteile für die Javelin- als auch die Stinger-Raketen stammen, sagte unlängst, sein Unternehmen kämpfe mit gravierenden Problemen, was die Beschaffung der benötigten Materialien betreffe: „Leider hat das Verteidigungsministerium seit etwa 18 Jahren keine Stinger mehr gekauft und einige der Komponenten sind nicht mehr erhältlich.“

Deshalb müsse Raytheon nun Teile der Elektronik des Flugkörpers neu entwickeln – und „das wird uns ein wenig Zeit kosten“. Letztlich rechnet Hayes damit,

dass seine Firma erst nächstes Jahr mit der Nachproduktion von 1300 Stinger beginnen kann. Daher dürfte es noch lange dauern, bis die US-Bestände an Stinger-Raketen wieder einigermaßen auf Vorkriegsniveau liegen – selbst wenn keine weiteren Lieferungen an Kiew erfolgen.

Die Bundesrepublik leidet unter noch größeren Problemen als die USA und andere Unterstützer der Ukraine. Deutschland stellte bislang folgende Mengen an Munition zur Verfügung: 30.000 Schuss für 40-Millimeter-Granatwerfer, 13.500 155-Millimeter-Artilleriegranaten, 53.000 Schuss Flakpanzer-Munition und 22 Millionen Schuss Handwaffenmunition. Dazu kommen außerdem noch 500 Stinger-Raketen, deren Nachbestellung sich angesichts der Zustände bei Raytheon definitiv erübrigt. Die Folge hiervon ist, dass Deutschland in einem Kriegsfall bereits nach maximal zwei Tagen die Mu-

munition ausgeben würde – so die einhellige Meinung von Vertretern der Rüstungsindustrie, Militärexperten und Verteidigungspolitikern. Dabei schreiben die NATO-Vorgaben Reserven für mindestens 30 Tage vor. „Wir bräuchten allein 20 Milliarden Euro zusätzlich für die Munitionsbeschaffung“, monierte deshalb Eva Högl, die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages. Doch Geld ist knapp, auch wenn die Ausstattung der Bundeswehr mit 100 Milliarden Euro verbessert werden soll. Das hat vor allem drei Gründe.

Da wären zum Ersten die steigenden Preise im Allgemeinen und die für Energie im Besonderen, mit denen die Rüstungsfirmen nun höhere Preise verlangen. Zum Zweiten steigen die Zinsen für die Kredite zur Anhäufung des 100-Milliarden-Sondervermögens. Dafür werden nun bereits sieben statt der bislang veranschlagten drei Milliarden fällig. Und zum Dritten verteuern sich die Importe von Rüstungsgütern oder Waffenkomponenten aus den USA durch den schlechten Euro-Kurs.

Beschaffungsvorhaben auf der Kippe

Das Sondervermögen reicht nach Ansicht des Bundesrechnungshofs keinesfalls aus, um die geplanten Projekte zu finanzieren. Dem stimmen Vertreter der Rüstungsindustrie zu, die mit der Begründung eine Verdopplung auf 200 Milliarden fordern. Doch das ist innenpolitisch nicht vermittelbar. Deswegen stehen nun diverse Beschaffungsvorhaben auf der Kippe.

Das betrifft unter anderem den Kauf neuer Eurofighter und Fregatten beziehungsweise Korvetten sowie jener Panzerhaubitzen 2000, die als Ersatz für die an die Ukraine gelieferten 14 Stück vorgesehen sind. Dahingegen soll am Erwerb des US-amerikanischen Mehrzweckjets Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ festgehalten werden mit der Begründung, dass das Flugzeug ein potentieller Atomwaffenträger und somit unverzichtbar für die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik sei. Allerdings dürfte die Stückzahl nur noch bei 35 liegen – zehn mehr, als sich Länder wie Griechenland oder Tschechien leisten.

Ungeachtet dieser Misere will die Bundesregierung aber weiter Waffen und Munition in die Ukraine liefern, darunter 6100 155-Millimeter Granaten und 186.000 Schuss für 40-Millimeter-Granatwerfer.



Ob die Bundeswehr Ersatz für die an die Ukraine gelieferten 14 Exemplare bekommt, ist fraglich: Panzerhaubitze 2000

FOTO: IMAGOBÄHN/TROTZKI

DESIDERIUS-ERASMUS-STIFTUNG

„Ein Gesetzgebungsverfahren ist langwierig“

Kaum Aussicht auf baldige Gleichbehandlung der AfD-nahen mit anderen parteinahen Stiftungen

Seit der vergangenen Woche verhandelt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über eine Klage der Alternative für Deutschland. Es geht um finanzielle Zuschüsse in Millionenhöhe für die parteinahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES). Die AfD fordert, dass auch die DES staatliche Zuschüsse bekommt – so wie die anderen parteinahen Stiftungen. Bisher ist das nicht der Fall. Dadurch werde sie ihr Recht auf Chancengleichheit der Parteien verletzt, erklärte der Prozessbeauftragte, der Kölner Hochschullehrer Ulrich Vosgerau.

Grundlage für die Verteilung der Gelder ist bislang das Haushaltsgesetz, das jedes Jahr verabschiedet wird. Ein spezielles Finanzierungsgesetz für politische Stiftungen gibt es bisher nicht. Auch das hält die AfD für verfassungswidrig. Mit den Stimmen aller anderen Parteien ist bisher

beschlossen worden, dass die DES leer ausgeht. Nach ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag 2017 wurde darauf verwiesen, dass eine „Nachhaltigkeit einer politischen Strömung“ vorhanden sein müsse. Nach der Wiederwahl 2021 standen dann Bedenken der Verfassungstreue im Wege. „Gegen die Stiftung gibt es überhaupt gar keine Vorwürfe oder Gerichtsverfahren. Und deshalb geht das alles ins Leere, das ist alles reine Machtpolitik, mit der die DES von staatlichen Mitteln ferngehalten werden soll“, erklärt der stellvertretende AfD-Vorsitzende Peter Boehringer dazu. AfD-Anwalt Vosgerau sieht dies etwas anders: „Dass es jetzt bei der AfD diesen Verdachtsmoment gibt, das ist selbstverständlich für mein Organstreitverfahren nicht besonders hilfreich.“ Dennoch werden die Chancen der AfD in Karlsruhe nicht unbedingt schlecht eingeschätzt.

Wohl auch deshalb macht sich Unruhe breit. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Stephan Thomae fordert nun ein Gesetz, um Geldflüsse an die DES zu verhindern. „Es darf kein Geld aus Bundesmitteln dazu verwendet werden, rechte Kaderschmieden zu fördern“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion und legte gleich mit der Forderung nach, dass eine Stiftung erst dann Fördermittel erhalte, wenn die ihr nahestehende Partei mindestens drei volle Wahlperioden im Bundestag vertreten ist. Es könnte also auf ein Zeitspiel hinauslaufen.

So erklärte die Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Doris König, dass die Frage nach der Notwendigkeit eines Gesetzes bei der rechtlichen Prüfung eine wichtige Rolle spielen werde: „Im Hinblick auf die formellen Anforderungen an die staatliche Förderung partei-

naher Stiftungen wird insbesondere zu erörtern sein, ob die Zuwendung der Globalzuschüsse in einem besonderen Gesetz geregelt werden muss.“

Ein Urteil wird frühestens in sechs Monaten erwartet. Selbst für den Fall, dass die AfD einen teilweisen oder gar vollständigen Erfolg erringen sollte, rechnet Vosgerau nicht damit, dass die AfD beziehungsweise die DES schnell zu Geld kommen wird: „Ein Gesetzgebungsverfahren ist langwierig.“

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die der Linken nahesteht, wird seit 1999 öffentlich gefördert, also knapp zehn Jahre, nachdem die umbenannte SED erstmals ins Parlament einzog. Damals hatte die PDS mit einer Klage gedroht. Die übrigen Parteien lenkten ein, obwohl Teile der Partei vom Verfassungsschutz beobachtet wurden.

Peter Entinger

STROMAUSFALL

Die Politik hat jahrelang geschlafen

Trotz zahlloser Warnungen und Forschungsprojekte: Brandenburg beginnt erst jetzt mit Vorbereitungen

VON HERMANN MÜLLER

Seit fast 20 Jahren weisen Katastrophenschutz und Sicherheitsbehörden auf die Gefahr eines Stromausfalls hin, der nicht nur wenige Minuten, sondern Tage andauert. Genützt haben die Warnungen offenbar wenig. Deutschland ist noch immer zu wenig auf einen großen Blackout, einen großflächigen und länger andauernden Stromausfall, vorbereitet. Zu denjenigen Politikern, die offenbar erst kürzlich auf das Problem aufmerksam geworden sind, scheint Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen zu gehören.

Der CDU-Politiker war am 18. Oktober zu Besuch im Zentrum für Brand- und Katastrophenschutz in Eberswalde im Landkreis Barnim. Dabei kündigte der Minister an, bis Mitte kommenden Jahres solle die Notstromversorgung für den Digitalfunk bei Polizei und Feuerwehr sichergestellt sein.

Stübgen wies in dem Zusammenhang auch auf Lieferprobleme bei Aggregaten und die Notwendigkeit hin, dass 14.000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt werden müssten. Bei seinem Besuch im Katastrophenschutzzentrum erklärte er: „Dinge, die jahrelang nicht gemacht wurden, kann man nicht in einem Jahr komplett aufholen. Wer hat schon vor fünf oder auch zwei Jahren von einem Blackout geredet?“

Mögliche Folgen längst untersucht

Diese Einschätzung ist einigermaßen erstaunlich. Das Ministerium, das Stübgen selbst führt, hat bereits im April 2016 eine Informationsbroschüre mit dem Titel „Blackout – Wenn der Strom ausfällt“ herausgegeben.

Von 2009 bis 2012 hatte zudem das Bundesforschungsministerium ein Forschungsprojekt mit dem Titel „TankNotStrom“ gefördert. Bereits damals ging es um die Frage, wie im Falle eines flächendeckenden Ausfalls der Stromversorgung die Einsatzfähigkeit aller Fahrzeuge und Geräte von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben gewährleistet werden kann.

Dass Brandenburgs Innenminister die bereits vor zehn Jahren gründlich untersuchte Problematik erst kürzlich entdeckt zu haben scheint, ist umso erstaunlicher, da bei dem Forschungsprojekt „Tank-



„Dinge, die jahrelang nicht gemacht wurden“: Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen

Foto: pa

NotStrom“ ausgerechnet anhand des Flächenlandes Brandenburg und der Millionenstadt Berlin untersucht wurde, welche Auswirkungen ein lang andauernder Stromausfall auf Polizei, Feuerwehr und Krankenhäuser hätte. An der Auswertung des Projekts war seinerzeit sogar die damalige Fachhochschule Brandenburg beteiligt.

Dabei hatten schon vor „TankNotStrom“ Fachleute in Deutschland begonnen, sich intensiver mit der Problematik eines länger andauernden und flächendeckenden Stromausfalls zu befassen. Bereits im November 2004 übten Behörden des Bundes, Bayerns und Baden-Württembergs für den Fall eines mehrtägigen Stromausfalls.

Durchgespielt wurde bei der „LÜKEX 04“ genannten Übung das Szenario einer winterlichen Extremwetterlage mit rund zweiwöchiger Unterbrechung der Elektrizitätsversorgung in großen Teilen des Landes. Auch danach griffen Behörden und Institutionen das Thema Stromausfall immer wieder auf. Das Bundesamt für

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) legte im Jahr 2010 ein „Krisenhandbuch Stromausfall“ vor. Im Jahr darauf veröffentlichte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag eine Untersuchung mit dem Titel „Was bei einem Blackout geschieht: Folgen eines langandauernden und großräumigen Stromausfalls“.

Gefangene dann auf freiem Fuß?

Vor dem Hintergrund dieser Warnungen, die schon vor mehr als zehn Jahren laut wurden, ist die Darstellung von Brandenburgs Innenminister, ein Blackout sei vor „fünf oder auch zwei Jahren“ noch kein Thema gewesen, schlicht falsch. Es liegt an der jahrelangen Ignoranz der politisch Verantwortlichen, die dazu geführt hat, dass erst jetzt Bemühungen eingeleitet werden, den Digitalfunk von Brandenburgs Polizei und Feuerwehr für den Fall eines längeren Stromausfalls zu wappnen.

Die märkische Landesregierung stellt mit ihren sehr spät kommenden Vorberei-

tungen keine Ausnahme dar. Trotz diverser Warnungen von Experten haben viele Politiker das Thema verschlafen. Eine Erhebung des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) förderte vor Kurzem zutage, dass jedes fünfte Krankenhaus in Deutschland einen Stromausfall nur wenige Stunden durchhalten könnte. Sollte es zu einem mehrtägigen Ausfall kommen, könnten laut der Umfrage nur 14 Prozent der befragten Häuser ihre Patientenversorgung normal aufrechterhalten. Am untersten Ende der Skala müssten sieben Prozent der befragten Krankenhäuser die Patientenversorgung sogar ganz einstellen.

In Berlin wiederum brachte eine Anfrage des Abgeordneten Marc Vallendar (AfD) ans Licht, dass sich Gefangnisse der Hauptstadt längstens vier Tage mit Notstrom versorgen können. Vallendar kommentierte die Antwort des Senats: „Dass nach spätestens vier Tagen Blackout in großem Maße Gefangene auf freien Fuß gesetzt werden müssten, ist selbst für Berliner Verhältnisse irre.“

UMFRAGEN

Grüne müssen sich auf Verluste gefasst machen

Ende des Wahlchaos: Am 12. Februar werden die Berliner ihr Landesparlament erneut wählen

In etwa vier Monaten sind die Berliner aufgerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. Doch obwohl mit 64 Prozent mehr als zwei Drittel der Hauptstädter mit der Landesregierung unzufrieden sind (lediglich Anhänger der Grünen und der SPD sehen das anders), zeichnet sich kein Politikwechsel ab. Laut der sogenannten Berliner Wahlkreisprognose vom 13. Oktober ist derzeit folgendes Ergebnis zu erwarten: CDU 21 Prozent, Grüne 19, SPD 18, Linkspartei 14, AfD 13, FDP fünf und für die sonstigen Parteien zehn Prozent. Ende September meldete Infratest dimap ganz ähnliche Werte, nur dass die Grünen damals noch um zwei Prozentpunkte besser abschnitten.

Diese Erhebungen spiegeln also den bundesweiten Trend sinkender Zustimmung für die Grünen wider. Mit Blick auf Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen

und Baden-Württemberg könnte dies noch interessant werden, insbesondere was die Koalitionswünsche der CDU angeht, die möglicherweise auch an der Spree ein Bündnis mit den Grünen anstrebt, was bei fortgesetztem Abwärtstrend des möglichen Wunschpartners kaum mehr machbar wäre.

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat indes erklärt, sie wolle die bisherige Regierungskonstellation aus SPD, Grünen und Linkspartei fortführen. Offenbar hofft sie darauf, dass bis zu den Wiederholungswahlen am 12. Februar 2023 ihre Partei gegenüber den Grünen aufholen wird und der SPD als stärksten Partei im linken Lager erneut das Amt des Regierenden Bürgermeisters zufällt. CDU und AfD können wohl mit deutlichen Zugewinnen rechnen. Sollte es sich aber abzeichnen, dass

die CDU bereit ist, eine Grüne – etwa die derzeitige Umweltsenatorin Bettina Jarasch – zur Regierenden Bürgermeisterin zu wählen, könnte es mit dem Aufwind für die Union wieder vorbei sein, was dann AfD und FDP zugutekäme.

Die Spree-Liberalen zittern

Bei der Frage der Zufriedenheit mit der Berliner Linksregierung ist die Ablehnung mit 95 Prozent bei der AfD-Wählerschaft am größten, aber auch die CDU-Wähler lehnen diese mit 82 Prozent deutlich ab. Bei den FDP-Wählern ist die Ablehnung mit 74 Prozent ebenfalls klar. Nach diesen Zahlen wünschen die Anhänger der drei bürgerlichen Parteien nicht nur einen partiellen Parteienwechsel im Roten Rathaus, beispielsweise Grüne-Schwarz statt Rot-Grün-Rot, sondern einen kompletten Politikwechsel.

Die Linkspartei profitiert trotz großer Bemühungen nicht von der sich abzeichnenden Energiekrise. Ihre Wahlaussichten sind zunehmend bescheidener. Solange aber das linke Lager insgesamt in Berlin mit einer Mehrheit rechnen kann, ist ihre Regierungsbeteiligung nicht gefährdet. Diese gilt vor allem dann, wenn die FDP kleiner bleibt als die Linke.

Die FDP leidet darunter, dass sie in Berlin für nichts gebraucht wird und viele ihrer Wähler – wie in Niedersachsen zu beobachten – auch zur AfD wechseln könnten. Ein Ausscheiden der Liberalen aus dem Abgeordnetenhaus würde die Mehrheit für ein Linksbündnis sicherer machen. Trotz eines hohen Anteils an Wahlpräferenzen für die „Sonstigen“ ist kaum zu erwarten, dass etwa die Freien Wähler oder die Partei „dieBasis“ die Fünf-Prozent-Hürde überwinden werden. Frank Bückler

KOLUMNE

Trübe Allianz

VON THEO MAASS

Am 21. Oktober trat der Islamkritiker Michael Stürzenberger mit dem Verein „Pax Europa“ ab 13 Uhr auf dem Berliner Alexanderplatz auf. Unterstützt wurde er von dem Kurden Kian Kermanshahi (früher Mitorganisator der israelfeindlichen Al-Quds-Demonstration) sowie dem Bosnier Irfan Peci. Beide waren früher extremistische Moslems, die sich inzwischen bekehrt haben. Etwa 250 interessierte Berliner waren gekommen. Als Störenfriede versammelten sich zunächst acht „Antifa“-Aktivisten, deren Zahl später auf etwa 15 anwuchs. Mit hilflosem Geschrei störten sie die Kundgebung nicht, sondern machten sich eher lächerlich, zumal die meisten Stürzenberger-Unterstützer Immigranten waren und der Vorwurf des Rassismus daher mehr als albern ist.

Die Szene änderte sich, als nach dem offenbar beendeten Freitagsgeschehen eine große Zahl von meist halbwegsigen Kurden und Palästinensern die „Antifa“-Aktivisten verstärkten. Sie suchten die verbale Auseinandersetzung mit Stürzenberger, Peci und Kermanshahi. Kontroversen über den Koran kamen nicht recht von der Stelle, da sich die drei Protagonisten augenscheinlich im Koran besser auskannten als ihre Kontrahenten. Auffällig war der zögerliche Unwille der Polizisten, Strafanzeigen wegen Beleidigung gegen Stürzenberger und seine Mitstreiter aufzunehmen.

Die „Antifa“ lieferte insgesamt eine erbärmliche Vorstellung ab. Eigentlich kam die Stürzenberger-Kundgebung erst durch den Aufmarsch der radikalen Moslems in Bedrängnis. Dabei sollten die Linksextremisten einmal darüber nachdenken, wer die ersten waren, die nach der Machtergreifung durch die „Islamische Revolution“ im Iran an den Laternenpfählen baumelten. Nein, es waren nicht die Schah-Anhänger, nicht die Homosexuellen oder widerspenstige Frauen. Nein, es waren die linken Gesinnungsgenossen der „Antifa“, welche zunächst die Revolution gegen den Schah unterstützt hatten, um dann zu den ersten Opfern des Umsturzes zu zählen.

MELDUNG

Nur noch Turnhallen tabu

Berlin – Im Vergleich zu den Sommermonaten haben sich im September die Anlaufszahlen von Asylbewerbern in Berlin verdoppelt. Um noch Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, will die Stadt nun sogar Menschen in leer stehenden Baumärkten und Hotels einquartieren. Laut Sascha Langenbach, Sprecher des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), werden derzeit mehr als 30 Standorte geprüft. Bei der Suche nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten sind laut dem LAF-Sprecher derzeit nur noch Turnhallen tabu. Sieht man von den Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine ab, stellten unter den Neuankömmlingen im September Syrer mit Abstand die größte Gruppe. Danach folgten als Herkunftsländer Moldau, Georgien und die Türkei. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hatte bereits im Oktober erklärt, Berlin sei am Rande seiner Möglichkeiten bei der Aufnahme von Flüchtlingen. H.M.

● MELDUNGEN

Warnung vor Zwangs-Apps

Oslo – Die norwegische Rundfunkanstalt Norsk Rikskringkasting (NRK) warnt Besucher der Fußball-Weltmeisterschaft in Katar vor mehreren Handy-Apps, welche Ausländer verpflichtend auf ihren Smartphones installieren müssen, wenn sie in das Golf-Emirat einreisen und die Spiele dort besuchen wollen. Kritisch zu bewerten seien insbesondere die App Ehteraz, welche dem Zweck diene, Corona-Infektionen nachzuerfolgen, und die App Hayya, ohne die sich der Fan nicht innerhalb von Katar bewegen und in die Stadien gelangen könne. In beiden Fällen soll es den staatlichen Behörden des Gastgeberlandes möglich sein, sensible persönliche Daten aus den Geräten abzugreifen. Norwegische Sicherheitsexperten sowie mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen rieten daher dringend, nur ein möglichst umfassend „bereinigtes“ Smartphone mitzuführen, da andernfalls unkalkulierbare Gefahren für die eigene Sicherheit drohten. W.K.

Briten bilden Chinesen aus

New York – Laut Aussage des US-Nachrichtenportals „Business Insider“ sind mehr als 30 ehemalige Piloten der britischen Luftwaffe damit beschäftigt, Kampfflieger aus der Volksrepublik China nach NATO-Standards auszubilden. Die Schulungen sollen an der 2003 gegründeten Test Flying Academy of South Africa (TFASA) erfolgen – und zwar gegen die Zahlung einer Gebühr von rund 270.000 Euro pro Person. Westliche Geheimdienste werfen der TFASA deshalb nun vor, „Verrat“ zu begehen, was der Geschäftsführer des Unternehmens, Jean Rossouw, strikt zurückweist: Der Einsatz der früheren Militärpiloten aus dem Vereinigten Königreich sei legal und London im übrigen auch schon seit Längerem bekannt. Zudem gebe es ein striktes Verbot der Weitergabe sensibler Informationen aus dem Bereich der NATO-Streitkräfte. Gleichzeitig ließ die Führung in Peking offiziell wissen, dass sie die näheren Umstände der Ausbildung an der TFASA nicht kenne. W.K.

Studienplatz nach Hautfarbe

Washington – Eine Vergabe von Studienplätzen nach Hautfarbe könnte bald der Vergangenheit angehören. Die Maßnahmen unter dem Schlagwort „Affirmative Action“ waren in den 60er Jahren im Zuge der US-Bürgerrechtsbewegung eingeführt worden. Sie zielten darauf ab, bei der Auswahl von Bewerbern für einen Studienplatz deren Hautfarbe zu berücksichtigen. Damit sollte Minderheiten der Zugang zu Universitäten erleichtert werden. Gegen diese „umgekehrte Diskriminierung“ gab es immer wieder Klagen, unter anderem klagte die Studentenorganisation „Students for Fair Admissions“ (Studenten für faire Zulassungen) gegen die private Eliteuniversität Harvard und die staatliche University of North Carolina. Ein Urteil in dem Fall vor dem Supreme Court wird für den kommenden Juni erwartet. Das konservative Lager hat am Obersten Gerichtshof der USA eine Mehrheit von sechs der neun Richter. MRK

UKRAINEKONFLIKT

Russland sucht seinen Weg

Zwischen Apathie und stillem Widerstand – Die Staatsmacht spielt mit der Angst der Bürger

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Spätestens seit der Teilmobilisierung ab Ende September dürfte selbst dem gutgläubigsten Russen klar geworden sein, dass Putins „militärische Spezialoperation“ in Wirklichkeit ein handfester Krieg ist, auch wenn das K-Wort öffentlich nicht ausgesprochen werden darf. Tausende Familien werden mit verwundeten und toten russischen Soldaten konfrontiert. Genaue Zahlen sind zwar nicht bekannt, Schätzungen gehen aber von 50.000 Gefallenen aus.

Die Kriegsrealität rückt immer deutlicher in den Blick der Bürger. Ob Fehler bei der Rekrutierung von Reservisten – Männer vom Greis bis zu solchen in wichtigen Positionen wurden einberufen –, mangelnde Ausbildung, fehlende Ausrüstung oder Misserfolge im Kriegsgebiet sowie negative Auswirkungen auf die Versorgung der Bürger – all das hat selbst treue Putin-Propagandisten zu medienwirksamen Auftritten im Staatsfernsehen veranlasst. Wladimir Solowjow, Putins Scharfmacher vom Sender Rossiya 1, nahm das verbotene Wort in den Mund: „Ich habe keine Angst. Ich sage, das ist ein Krieg mit der NATO.“ Die

bislang linientreue Chefredakteurin des Propagandasenders Russia Today, Margarita Semonjan, rückte mit Kritik an der Teilmobilisierung von der Regierung ab.

Nicht nur die Teilmobilmachung versetzt die Menschen in Angst und Schrecken, sondern auch deren Auswirkung auf die wirtschaftliche Lage. Verloren in den vergangenen zwei Jahren viele ihre Arbeitsplätze wegen der Corona-Krise und der Sanktionen des Westens, so kommt nun ein anderer Faktor hinzu. Familien fehlen durch die Rekrutierung von Männern im arbeitsfähigen Alter ihre Ernährer, Firmen ihre leistungsfähigsten Mitarbeiter. Die Zahl der freien Stellen hat sich verdoppelt. Arbeitgeber konkurrieren nicht nur untereinander, sondern auch mit der Armee um Mitarbeiter. Vor allem die gefragte Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren wurde entweder eingezogen oder ist geflüchtet. Viele kleinere und mittlere Unternehmen stecken in ernstesten finanziellen Nöten.

Insgesamt befindet sich die russische Wirtschaft im Schockzustand. Die Beschaffungskosten sind wegen der Sanktionen und Warenknappheit um 20 bis 80 Prozent gestiegen. Die Regierung versucht, gegen-

zusteuern. Sie erließ eine Fristverlängerung für Steuerzahlungen, Sozialabgaben und ähnliche Pflichtabgaben. Bei Krediten gewähren Banken Tilgungspausen. Nach Vorstellung der Regierung soll die Wirtschaft ohne Unterbrechung funktionieren, doch die Realität sieht anders aus: Alexander Kalinin von „Opora Rossii“, einer Vereinigung kleiner und mittlerer Unternehmen, fragt, wie das möglich sein soll, wenn etwa in einem der führenden Landwirtschaftsbetriebe 80 Prozent der Traktoren eingezogen wurden.

„Stiller Bürgerkrieg“

Für Putin könnte es in naher Zukunft eng werden. Mit der Teilmobilisierung hat er das Vertrauen der Bevölkerung verspielt und Angst gesät. Die Menschen reagieren unterschiedlich auf die aktuelle Situation. Die Mehrheit zieht sich ins Private zurück, viele verfallen in Apathie. Der Verbrauch von Antidepressiva und Beruhigungsmitteln ist rasant gestiegen. Ähnlich wie zu Zeiten der Sowjetunion wächst das Denunziantentum – sogar Ehepartner zeigen sich gegenseitig wegen staatsfeindlicher Äußerungen an, und Priester brechen das Beichtgeheimnis.

Dennoch berichten Beobachter von einem „stillen Bürgerkrieg“. Im Untergrund rege sich Widerstand, der sich auf Dauer nicht verheimlichen oder unterdrücken lasse. Zahlreiche Regimegegner agieren aus dem Ausland, darunter auch kommunale Bezirksabgeordnete, die wegen ihrer Kritik fliehen mussten wie Vertreter der sozialliberalen Partei Jablako.

Einige Aktivisten im Untergrund kleben Aufkleber und Plakate in Städten oder sprühen Graffiti. Sie schlagen die Regierung mit ihren eigenen Waffen, indem sie über gefälschte Konten in sozialen Medien Informationen streuen. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung bleibt aus Angst aber zurückhaltend. Die Menschen entwickelten individuelle Überlebensstrategien, so eine Aktivistin. Dennoch hegt sie Hoffnung auf eine Zeit nach Putin. „Ich sehe Russland in der Zukunft als einen normalen demokratischen Staat“, so die 38-jährige Ksenia Thorstrom, bis vor Kurzem Kommunalpolitikerin in St. Petersburg, in einem Interview.

Einige Abgeordnete in Moskau befürchten dagegen einen blutigen Bürgerkrieg, wenn sich Konflikte innerhalb der Elite Bahn brechen sollten. Der Menschenrechtsanwalt Mark Feygin, der die Band Pussy Riot vor Gericht vertrat, hält es für möglich, dass Söldner der Gruppe Wagner mit ihrem Anführer und Putinvertrauten Jewgenij Prigoschin und Tschetschenenführer Ramsan Kadyrow auf der einen, und russische Armee und FSB-Eliten auf der anderen Seite um die Herrschaft streiten.

Militanter Widerstand war vereinzelt bei den Anschlägen auf verschiedene Wehrersatzämter zu beobachten. Die Widerstandsgruppe „Stopp die Waggon!“; eine Anti-Kriegs-Gruppe, blockiert die Schienen wichtiger Bahnknotenpunkte in Moskau, St. Petersburg und nach Weißrussland, um den russischen Nachschub für die Truppen zu behindern. Weitere Widerstandsgruppen wie die „Nationale Republikanische Armee“ des im Kiewer Exil lebenden Ex-Duma-Abgeordneten Ilja Ponomarjow und rechte Gruppen haben das Ziel, Putin zu stürzen.

Hoffnung machen Mitglieder der Nichtregierungsorganisation Memorial, die kürzlich den Friedensnobelpreis erhielt. Sie organisieren politische Spaziergänge in Moskau, weil offene Anti-Kriegs-Proteste verboten sind. Andere Bürgerrechtler leisten über soziale Netzwerke Aufklärungsarbeit. Im Netz gibt es Anleitungen, wie man per VPN die staatlichen Kontrollen oder Beschränkungen umgehen kann.



Von der Realität eingeholt: Die Teilmobilisierung hat jedem Russen klar gemacht, dass in der Ukraine Krieg herrscht

VIREN-FORSCHUNG

Forscher schaffen tödliche Corona-Variante

Wissenschaftler kritisieren, dass Sicherheitsstandards verletzt wurden – Aufsichtsbehörde gefordert

Während Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ständig vor „Killer-Varianten“ des Corona-Virus warnt, haben Forscher der privaten Boston University im US-Bundesstaat Massachusetts einen solchen Erreger im Labor gezüchtet. Dazu statteten sie Viren vom ursprünglichen Wuhan-Stamm mit dem Spike-Protein der hochansteckenden, aber eher harmlosen Omikron-Mutante aus. Heraus kam eine Hybride, die 80 Prozent der infizierten Versuchstiere tötete. Der Zweck dieses Unterfangens, das vom National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) des US-Gesundheitsministeriums finanziert wurde, soll darin bestanden haben,

„therapeutische Interventionen“ zu finden, „die bei der Bekämpfung künftiger Pandemien hilfreich sein“ könnten.

Dennoch hagelte es Kritik. So meinte der Molekularbiologe Richard Elbright von der Rutgers University in New Jersey: „Es ist besonders besorgniserregend, dass diese ... Forschung ... anscheinend keine Überprüfung hinsichtlich des Risiko-Nutzen-Verhältnisses gemäß der geltenden Richtlinien der US-Regierung durchlaufen hat.“ Der Mikrobiologe David Livermore von der University of East Anglia sagte: „Angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, dass die COVID-Pandemie auf das Entweichen eines im Labor manipulierten Coronavirus

in Wuhan zurückzuführen ist, erscheinen diese Experimente sehr unklug.“

Die Züchtung der Wuhan-Omikron-Hybride sollte weltweit die Alarmglocken schrillen lassen, aber nur vier Forscher machten einen konstruktiven Vorschlag, um Derartiges künftig zu verhindern: Roland Wiesendanger von der Universität Hamburg, Sebastien Viret von der französischen Forschungsorganisation CNRS, Helen Mundler von der Université Paris-Est Créteil und André Goffinet von der belgischen Universität Catholique de Louvain. Sie forderten im Wissenschaftlernetzwerk ResearchGate die Schaffung „einer internationalen UN-Agentur zur Regulierung und

Kontrolle der Forschung an Krankheitserregern mit pandemischem Potenzial“.

Diese Behörde, die den Namen „International Pandemic Pathogen Agency“ (IPPA) tragen könnte, müsste wie die Internationale Atomenergie-Agentur IAEA arbeiten und folgende virologische Aktivitäten überwachen oder begrenzen: Die Gain-of-Function-Experimente zur künstlichen Erhöhung der Gefährlichkeit von natürlich vorkommenden Erregern und die Dual Use Research of Concern (DURC). Bis zur Gründung der IPPA sollte ein Moratorium für derartige Vorhaben gelten, weil es für die Menschheit hier um Leben und Tod gehe. Wolfgang Kaufmann

VON EVA-MARIA MICHELS

Wie überall in der EU heißt es auch in Frankreich offiziell, dass Putin Schuld an explodierenden Gas- und Elektrizitätspreisen habe. Doch die Fakten sagen etwas anderes: Die Energiepreise stiegen bereits in der zweiten Hälfte 2021 – also schon vor dem Beginn des Ukrainekriegs – so stark an, dass sich die Regierung genötigt sah, am 30. September vergangenen Jahres einen Preisdeckel für Strom und Gas für Privathaushalte einzuführen, um den sozialen Frieden zu wahren.

Nicht die eigentlich geringen Produktionskosten der lange abgeschriebenen einheimischen Atomkraftwerke bestimmen nämlich den französischen Strompreis, sondern der internationale Gaspreis und vor allem der Strompreis der extrem teuren Erneuerbaren Energien, deren Privilegierung bei der Einspeisung ins europäische Stromnetz Ex-Kanzlerin Angela Merkel 2009 durchsetzte.

Weil Frankreich zudem die Liberalisierungsvorgaben der EU zu erfüllen hat, muss die staatlich dominierte Elektrizitätsgesellschaft Électricité de France (EDF) seit 2010 ihren Atomkraft-Strom zum Festpreis von 42 Euro pro Megawattstunde an alternative Stromverkäufer, das heißt multinationale Konzerne wie Vattenfall oder TotalEnergies, abgeben, deren Marktpreis inzwischen um mehrere Hundert Euro höher ist.

EDF ist deshalb heute mit mehr als 40 Milliarden Euro Schulden de facto bankrott und wurde im Juli von der Regierung renationalisiert. Die Regierung begründete dies mit dem Wunsch nach „energetischer Unabhängigkeit“ und dem Plan, neben neuen Windparks sechs bis 14 neue Atomkraftwerke zu bauen.

Strom aus Deutschland

Vom Altbestand der 56 Atommeiler stehen mehr als die Hälfte im Moment still wegen Wartungsarbeiten, die aufgrund der Lockdowns verschoben wurden, und weil EDF sie in den letzten Jahren auf ein Minimum reduziert hatte wegen der von Deutschland dominierten atomfeindlichen EU-Politik. So ist aus Europas erstem Stromexporteur seit Ende 2021 ein Stromimporteur geworden: Frankreich bezieht Gasstrom aus Deutschland.

Ein ähnlich desolates Bild gibt der französische Gasmarkt ab: Die steigende internationale Nachfrage nach den Lockdowns und dem Krieg in der Ukraine haben nur einen marginalen Effekt. Verantwortlich für die Preisexplosion ist einerseits der europäische Emissionshandel, wo die Preise Anfang 2021 um mehr als 50 Prozent anstiegen, was zu einer ver-



Bürgerzorn wegen zu hohen Strompreisen in Frankreich: Protest vor der Zentrale des Energieversorgungskonzerns Engie bei Paris

ENERGIEKRISE

Französisches Strom-Dilemma

Chronik eines angekündigten Desasters: Das Nachbarland westlich des Rheins muss trotz vieler Atommeiler teures Frackinggas aus den USA einkaufen

stärkten Nachfrage nach Gasstrom zulasten von Kohlestrom führte, und andererseits die Investitionen in Höhe von mehr als 34 Milliarden Euro miteinander verborener französischer Großbanken, Versicherungen sowie von Engie, dem Nachfolgeunternehmen des ehemals staatlichen Gaslieferanten GDF, in die US-amerikanische Frackinggasindustrie seit Mitte der 2010er Jahre.

Mit den Lockdowns und der nachlassenden Nachfrage drohte der umstrittenen amerikanischen Frackinggasindustrie das Aus. Um die Investitionen zu retten, unterzeichnete Engie bereits 2020 mit NextGeneration einen 20-Jahres-Vertrag, der aufgrund eines staatlichen Vetos jedoch nicht zustande kam.

Ein Jahr später, immer noch vor dem Ukrainekrieg, unterzeichnete Engie in aller Stille, aber wahrscheinlich mit Wissen des Staates, einen Vertrag über ein geringeres Volumen mit dem US-Energiekon-

zern Cheniere Energy, für den offiziell nicht die Zustimmung des Aufsichtsrates, in dem der Staat Hauptaktionär ist, nötig war. Der Kriegsausbruch in der Ukraine diente demnach als Alibi, um das Vertragsvolumen mit Cheniere Energy zu aktivieren und den Vertrag mit NextGeneration doch noch abzuschließen.

Kessel droht zu platzen

Heute sind Frankreichs Gasspeicher zu 100 Prozent vor allem mit US-Frackinggas gefüllt, das zu einem im Verhältnis zu normalem Gas siebenmal höheren Preis erworben wurde, während der Preis für Erdgas am Spotmarkt wegen fehlender Nachfrage negativ geworden ist. Den wirtschaftlichen Schaden für das Land noch weiter erhöhend, wird das Unternehmen Engie einen Teil des überbeuerten Gases im Rahmen der „europäischen Solidarität“ an die Bundesrepublik Deutschland weiterleiten, damit der neue

Staatskonzern Électricité de France von dort Gasstrom in Höhe von 20 Milliarden Euro beziehen kann, was die Schulden auf 60 Milliarden Euro erhöht.

Die französische Öffentlichkeit wird von der Regierung seit dem Sommer mit infantilisierenden Slogans auf kommende Stromausfälle und auf das Einsparen von Gas und Strom eingeschworen.

Die Stimmung im Land kippt wieder einmal. 94 Prozent der Bürger sind laut Ipsos-Umfrage vom September unzufrieden, 36 Prozent davon wütend. Macrons brutale Niederschlagung der Gelbwestenproteste lähmt jedoch bisher den Widerstand. Die Demonstrationen und Streiks der Gewerkschaften und der linksextremen Insoumis finden über ihren direkten Anhängerkreis hinaus keinen Anklang mehr, weil sie mehrheitlich als Teil des verhassten Systems wahrgenommen werden. Doch irgendwann droht der Kessel zu explodieren.

STROMPREISBREMSE

Langes Warten auf Entlastung

Kommen Überbrückungshilfen zu spät? – Regierung bremst sich mit geplanter Gaspreisbremse selbst aus

Als Überbrückung bis zum Greifen der geplanten Gaspreisbremse hat die Bundesregierung eine Entlastung von Gas- und Fernwärmekunden für den Monat Dezember beschlossen. Nach dem Willen der Ampelkoalition sollen Kunden im Dezember von ihren Abschlagszahlungen freigestellt werden.

Mit dieser „Soforthilfe“ will die Bundesregierung solange einen Ausgleich für die gestiegenen Energiepreise schaffen, bis im Frühjahr die Gaspreisbremse greift. Wohlfahrtsverbände, Verbraucherschützer, die Opposition und auch die Regierungschefs der Bundesländer hatten zuletzt scharfe Kritik an der Gaspreisbremse vorgebracht. Im Fokus steht dabei der Zeitplan. Die Pläne sehen vor, die Gaspreise für die Privathaushalte erst ab März 2023 zu deckeln.

Auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Hannover hatten alle 16 Länderchefs am 21. Oktober gefordert, dass die Bürger bereits ab Januar dauerhaft bei den Gaspreisen entlastet werden sollten, nicht erst im März. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sagte, eine Entlastung durch eine Einmalzahlung im Dezember sei „außerordentlich schwer zu kommunizieren“, wenn im Januar und Februar eine höhere Belastung folge, bevor im März der Gaspreisdeckel greife.

Grüne Kritik gegen Ampel-Politik

Im Fall der Strompreisbremse drückt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) durchaus auf das Tempo. Gegenüber dem „Handelsblatt“ kündigte er an: „Die Entlastung beim Strompreis

muss in jedem Fall spätestens im Januar einsetzen. Darauf zielen wir.“

Aus der Energiebranche kommen nun allerdings Warnungen, dass die Strompreisbremse bis zum Januar gar nicht umsetzbar sei. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft bezeichnete Habecks Zeitplan als „unrealistisch“. Die Hauptgeschäftsführerin des Verbandes, Kerstin Andreae, sagte: „Das zuletzt von der Bundesregierung vorgeschlagene Modell ist in der Umsetzung extrem komplex und für die betroffenen Unternehmen in der Abwicklung weder technisch noch organisatorisch umsetzbar.“

Andreae wies auch auf viele Unklarheiten bei der Abwicklung hin. Laut der Verbandschefin ist beispielsweise bislang noch nicht festgelegt, durch welche Stelle und über welches Verfahren sogenannte

Zufallsgewinne abgeschöpft werden sollen. Nach den Plänen der Ampelkoalition sollen „Zufallsgewinne“ der Energieerzeuger genutzt werden, um die Strompreisbremse zu finanzieren. Selbst Habeck räumte inzwischen ein, die Abschöpfung der Zufallsgewinne sei „eine extrem komplexe Aufgabe“.

Massive Kritik lösten in der Energiebranche zudem Überlegungen innerhalb der Ampelkoalition aus, die sogenannten Zufallsgewinne auch rückwirkend abzuschöpfen. Angesichts solcher Gedankenspiele warnt die frühere Bundestagsabgeordnete der Grünen und jetzige Strom-Lobbyistin Andreae: „Das Vertrauen der Marktteilnehmer in staatliche Zusagen und die Stabilität des Marktrahmens sind zentral für weitere Investitionen in den Ausbau.“ Hermann Müller

MELDUNGEN

Sachsen-Anhalt leidet besonders

Magdeburg – Als Standort energieintensiver Industrie wird Sachsen-Anhalt besonders unter den hohen Gaspreisen leiden. Laut einer Studie der Rating-Agentur Scope wird die Wirtschaft dort mehr schrumpfen als in den meisten anderen Bundesländern. Demnach muss Sachsen-Anhalt mit Einbußen bei der Bruttowertschöpfung in Höhe von 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr rechnen. Eine schlechtere Prognose stellt Scope nur für Rheinland-Pfalz, wo Ludwigshafen als weltgrößter Chemiestandort eine bedeutende Rolle spielt, mit Einbußen von 1,2 Prozent. Die Wirtschaft von Sachsen-Anhalt ist wegen der Chemieindustrie in Bitterfeld, Leuna und Wittenberg-Piesteritz sowie seiner Papierindustrie stark von Gasenergie abhängig. Scope geht davon aus, dass die Stadtstaaten sowie der Süden Deutschlands weniger unter der Krise leiden. N.H.

Kein Erdgas über Pyrenäen

Paris – Die über die Pyrenäen führende Midi-Catalonia Pipeline, auch bekannt als MidCat-Pipeline, sollte Erdgas von Spanien nach Frankreich leiten – allerdings wurde das Projekt jetzt aufgegeben. Das ist ein weiterer Schlag für die deutsche Regierung, welche gehofft hatte, durch verstärkte Gasimporte von der Iberischen Halbinsel den Ausfall der russischen Lieferungen kompensieren zu können. Das Aus für die Pipeline, deren Bau innerhalb der EU lange als „prioritär“ galt, resultiert vor allem aus dem Druck vonseiten Frankreichs. Paris wies nicht zu Unrecht darauf hin, dass selbst die bislang schon existierenden Leitungen kaum ausgelastet seien. Und auch der Plan, durch die MidCat-Pipeline perspektivisch „Grünen Wasserstoff“ von Spanien nach Mitteleuropa zu leiten, ließe sich nicht realisieren, weil der Transport von Wasserstoff zur vorzeitigen Versprödung der Stahlröhren und erheblichen Dichtigkeitsproblemen führe. W.K.

Die Sorgen der Superreichen

Berlin – Die etwa 60 superreichen Corona-Gewinnler, welche während der ersten zwei Pandemie-Jahre erhebliche Vermögenszuwächse verzeichnen konnten, müssen nun ebenso drastische Einbußen von teilweise über 80 Prozent hinnehmen. Dies resultiert unter anderem aus dem Rückgang von Heimarbeit und Videokonferenzen. Des Weiteren frequentieren die Menschen wieder öfter Geschäfte oder Gaststätten, was den Logistik- und Lieferdiensten weniger Einnahmen beschert. Dazu kommt die stark sinkende Nachfrage nach Corona-Impfstoffen. Deshalb schrumpfte das Vermögen des Ehepaares Ugür Şahin und Özlem Türeci, das aus dem Verkauf des BioNTech/Pfizer-Vakzins herrührt, zwischen November 2021 und Oktober 2022 von rund 16 auf sechs Milliarden Euro. Noch schlimmer traf es den Chef des US-Entwicklers von Videokonferenz-Software Zoom, Eric Yuan: Von dessen einstmaligen 28,6 Milliarden US-Dollar blieben sogar nur noch 4,6 Milliarden übrig. W.K.

ANALYSE

Schillernder Sieger

BODO BOST

Luiz Inácio Lula da Silva wird der nächste Präsident Brasiliens sein, bestätigten Beamte der Wahlkommission nach einem langen und erbitterten Wahlkampf. Mit knappen 50,9 zu 49,1 Prozent der Stimmen lag Lula nach Auszählung fast aller Stimmen vorn. Die Wahl war mehr eine Ablehnung von Jair Bolsonaro als eine Zustimmung für den abgehalfterten Altlinken Lula da Silva.

Der Wahlkampf war in keiner Phase von inhaltlichen Themen geprägt, sodass niemand jetzt die Programme Lulas kennt. Im Vordergrund der Fernsehdebatte standen gegenseitige Vorwürfe, Unterstellungen und Drohungen beider Kandidaten. Nach 35 Jahren Demokratie war der jetzige Wahlkampf der Konfrontation ein Armutszeugnis für Brasiliens Demokratie.

Es war das erste Mal in der Geschichte der modernen brasilianischen Demokratie, dass ein amtierender Präsident nicht wiedergewählt wurde. Bolsonaro hatte das Image eines unsympathischen Macho, der allzu oft die Menschen vor den Kopf gestoßen hatte. Sogar seine engsten Anhänger, die Mitglieder der Pfingstkirchen, die ihn 2018 noch zu 80 Prozent gewählt hatten, hatte er diesmal vergrault, weil er zuletzt sogar versuchte, sich nicht nur als Anhänger der Pfingstkirchen darzustellen, sondern als ein gottgleicher Messias, als religiöser Retter sozusagen. Das war selbst den großen Predigern der Freikirchen zu viel.

Der Sieg vervollständigt die atemberaubende politische Wiedergeburt von Lula da Silva – von der Präsidentschaft ins Gefängnis und wieder zurück. 2018 war der Ex-Präsident wegen Korruption und Amtsmissbrauch in zweiter Instanz zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach 580 Tagen in Haft hob im vergangenen Jahr der Oberste Gerichtshof diese Verurteilungen auf, weil der Richter voreingenommen gewesen sei. Allerdings hob das Gericht die Lula vorgeworfenen Delikte nicht auf. Jeder in Brasilien weiß, dass Lula korrupt war, er selbst versuchte auch gar nicht, sich als Justizopfer aufzubauen. Deshalb wird er in seiner dritten Amtszeit nur ein Präsident mit Einschränkungen sein. Jeder kann ihn als „kriminell“ bezeichnen, wie dies Bolsonaro während seiner Rededuelle im Fernsehen bereits

getan hatte. Auch auf dem internationalen Parkett wird Lula nicht wieder die Rolle spielen, die er in seinen ersten Amtszeiten gerne spielte, als Retter der Armen. Zwischen 2002 und 2010 hatte er mit gigantischen Hilfsprogrammen das Lebensniveau der Ärmsten gestärkt und dadurch einen wirtschaftlichen Kaufkraft-Boom ausgelöst. Allerdings hatte Brasiliens Wirtschaft damals auch andere Zuwachsraten als heute, mit denen man solche Programme bezahlen konnte. Das einzige inhaltliche Wahlkampfthema war in diesem Jahr die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes, bei der Lula sich als Retter des Waldes und der Indianervölker inzensierte, dabei hatte unter seiner Amtszeit das große Abholzen begonnen, das Bolsonaro nur fortgesetzt hatte.

Lulas schwere Suche nach neuen Mehrheiten

Noch am Wahlabend beschwor Wahlsieger Lula die Gemeinsamkeiten aller Brasilianer. Das muss er auch, weil er in keiner der beiden Kammern über eine Mehrheit verfügt. Schon im ersten Wahlgang hatten Anhänger Bolsonaro Mehrheiten in beiden Kammern gesichert.

Mit Lula, 77, einem ehemaligen Metallarbeiter und Gewerkschaftsführer mit einer Schulbildung von fünf Jahren, wird Brasilien wieder nach links rücken. Er setzt damit die Reihe linker Wahlsiege in Lateinamerika fort. Sechs der sieben größten Länder der Region haben nun seit 2018 linke Politiker gewählt. Dabei hatte das erste linke Land des Subkontinents, Venezuela, gerade musterhaft demonstriert, mit welchen destruktiven Mitteln die Linke immer noch in der Lage ist, ein Land zu seiner Geisel zu machen und seine Wirtschaft zu ruinieren. Über sieben Millionen Venezolaner haben ihre Heimat mittlerweile verlassen, die größte politisch bedingte Fluchtwellen, die Lateinamerika je erlebt hat.

In einer Frage waren beide Kontrahenten in Brasilien einer Meinung. Beide geben Ukrainern wie Russen gleich viel Schuld am Krieg in der Ukraine. Auch Bolsonaro, der Brasilien sonst eher als Teil des Westens sah, hatte sich bei allen UN-Abstimmungen, die Russland als Kriegsverantwortlichen beschuldigten, der Stimme enthalten, das wird Lula jetzt weiter tun.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschluß von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Statt kleiner Zäune: Der Reichstag soll massiv befestigt werden

Foto: Mauritius

KOLUMNE

Der Aufstieg eines Begriffs

FLORIAN STUMFALL

Es gibt einen viel gebrauchten Begriff im politischen Sprachschatz, der neu ist, weil er in einer Lage entstanden ist, die ehemals nicht bekannt war. Dieser Begriff lautet „Wutbürger“ und hat nach kurzer Lebensdauer bereits den Stand des Unverzichtbaren und Notwendigen erreicht. Kein Wunder, denn das Wort ist mehrschichtig und strategisch anwendbar. Zunächst bezeichnet es eine Gegnerschaft zwischen Bürgern und der Regierung, gegebenenfalls auch dem Parlament. Zum Zweiten wird die unschöne Regung der Wut durch die sprachliche Verbindung mit dem Bürger diesem zugemessen. Dabei erscheint die Obrigkeit in weißer Unschuld. Und so werden, drittens, die von der Wut ergriffenen Bürger in einem Umfang ins Unrecht gesetzt, der es erlauben soll, in deren Rechte spürbar einzugreifen.

Anlass und Erklärung für diese einschneidende Maßnahme ist der sogenannte Sturm auf den Reichstag vor zwei Jahren, als eine Gruppe von Demonstranten Anstalten machte, in das Parlamentsgebäude einzudringen. Das Gewaltpotential der Leute konnte indes von zwei Polizeibeamten im Zaum gehalten werden. Doch gleichviel – auch wenn sich eine solche Szene seither nicht wiederholt hat, treffen die Verantwortlichen im Reichstag Vorkehrungen für ein nächstes Mal.

So hat man das Vorfeld des Parlaments zunächst einmal mit Pollern und Steinklötzen versehen und, offenbar in der Befürchtung, es sei zu wenig, diese Armierung jetzt durch Betonsperren ergänzt. Zudem hat man rings um das Gebäude einen zehn Meter breiten und zweieinhalb Meter tiefen Burgraben ausgehoben. Was noch fehlt, sind die Einleitung von Wasser und eine Zugbrücke. Öffnungen für das Ausschütten von Pech und heißem Öl könnten ein zusätzliches Maß an Sicherheit gewährleisten, sind aber bislang nicht vorgesehen.

Nachfolge-Bauten der Mauer

Ohne Frage: Diese Einrichtungen sind insofern augenfällige Nachfolge-Bauten der Berliner Mauer des Walter Ulbricht aus dem Jahr 1961, als es sich in beiden Fällen um das in Beton gefasste Mahnmal für ein Zerwürfnis zwischen Volk und Regierung handelt. Da man aber seitens der Obrigkeit zu ahnen scheint, welche Groteske

man hier zu verantworten hat, greift man zu einer herzerwärmenden Erklärung, welche die Frage aufwirft, ob diese denn eher unverschämte oder lächerlich sei. Denn im Bericht des Bundestages zur Genehmigung des Grabens heißt es tatsächlich: „Der Graben ist als sogenannter ‚Aha‘-Graben ausgebildet. Mit dem ‚Aha‘-Graben wird ein seit dem 19. Jahrhundert gängiges Gestaltungselement der Gartenbaukunst bezeichnet, dessen Ursprünge in der Planung englischer Landschaftsparks liegen.“

Diese skandalösen Befestigungen samt der nicht minder skandalösen Er-

„Wutbürger“ ist unverzichtbar und notwendig

klärung als Gartenbaukunst kennzeichnet in bislang nicht erreichter Deutlichkeit die Entfremdung zwischen den Bürgern und der politischen Klasse, wobei eine auch nur oberflächliche Suche nach den Gründen hierfür ergibt, dass die Schuld, anders als es das Wort vom Wutbürger einflüstern will, in der Überheblichkeit, der Selbstgefälligkeit und dem Eigennutz einer großen Zahl der Politiker liegt, und, in enger parasitärer Verbindung zu diesen, ebenso bei den meisten Medienleuten.

Dass in einer Demokratie das Volk den Souverän darstellt, und der Regierung zwar die ausübende, aber dennoch rechenschaftspflichtige Gewalt zufällt, scheint vollständig in Vergessenheit geraten zu sein. Auch die Parlamentarier sind nicht Herren aus eigener Macht, sondern vom Souverän auf Zeit mit ihrer Aufgabe betraut. Doch dessen ungeachtet bilden die verschiedenen politischen Kräfte ein unentwirrbares Ineinander. Die Bürger reagieren darauf meist mit dem vorwurfsvoll-resignierenden Wort von „denen da droben“. Nichts zeigt diese Entwicklung deutlicher als das mittlerweile blamable Absinken der Wahlbeteiligung.

Es hat sich eine Kaste gebildet, die auf einem eigenen Planeten lebt. Die Zugehörigkeit zu dieser Kaste gewährt so viele Vorteile, dass ihre Mitglieder alles daran-

setzen, ihre Zugehörigkeit zum Klub der Erwählten zu erhalten. Denn die Zahl derer, für die das Mandat eine finanzielle wie soziale Beförderung bedeutet, ist hoch und nimmt mit jenen ständig zu, die überhaupt keinen Beruf haben. Ein Blick in die Reihen des politischen Personals insbesondere der Grünen enthüllt ein erschreckendes Bild.

Kaste auf einem eigenen Planeten

Das Trachten vor allem solcher Abgeordneter muss es also sein, ihre Wiederwahl sicherzustellen, weil sie ansonsten in die Niederungen der Wirklichkeit abstürzen müssten. So werden sie zur Verfügungsmasse von Kräften, die ihre angebliche Unabhängigkeit völlig auflösen: von Partei-Obernen, Lobbyisten, Verbandsfunktionären, Sponsoren und Journalisten. Die Verantwortung vor dem Wähler rückt demgegenüber weit nach hinten. Dazu kommt die sogenannte Fraktionsdisziplin, die tatsächlich den systematischen Bruch der Bestimmung des Grundgesetzes bedeutet, gemäß der die Abgeordneten keinen Weisungen, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen sein dürfen. Botmäßigkeit gegenüber den Amtsträgern in Partei und Fraktion wird wichtiger als politischer Verstand, Gefolgschaft in der Sache zählt mehr als eine eigene politische Idee. Das alles führt dazu, dass sich die Kaste mehr und mehr vom Volk entfernt.

So ist es nicht mehr zulässig, darüber auch nur zu staunen, welch schlechte Politik in Deutschland gemacht wird. Die Kritik daran wird schon als „Delegitimierung des Staates“ verunglimpft und als justitiabel hingestellt. Auch hier offenbart sich ein verräterischer Gedanke. Bei dem Schlagwort von der Delegitimierung nämlich wird die Regierung mit dem Staat gleichgesetzt, wo sie doch nur eines seiner Organe ist. Dass alle Gewalt vom Volk ausgeht, wird in diesem Zusammenhang still schweigend gelehrt, und dem „Wutbürger“ wird die Pflicht zu Erklärung und Rechtfertigung von der Politik auferlegt. Natürlich hat sich jeder Protest an die vorgegebenen Regeln zu halten. Dasselbe gilt aber in gesteigertem Maße für jedes politische Handeln. Und vor dem Vorwurf, sich dagegen zu versündigen, helfen auch keine Betonsperren.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Skandinavische Invasoren

Mit Gewalt und Toleranz – Mannheimer Museum Zeughaus erzählt mit hochwertigen Objekten den Aufstieg der Normannen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Normannen sorgten zwischen 800 und 1200 für großes Aufsehen. Die ursprünglich in Skandinavien beheimateten „Invasoren“ übernahmen nämlich in Teilen Europas und des Mittelmeerraums die Herrschaft. Um die zu erreichen und zu sichern, nutzten sie vielfältige Mittel. Zu denen gehörten neben der militärischen Gewalt die Heiratspolitik, die Gründung und Förderung von Kirchen und Klöstern sowie die pragmatische Toleranz gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung.

Erstmals präsentiert eine umfassende Schau die Normannen. Dazu sind im Mannheimer Museum Zeughaus 300 erlesene Objekte aus internationalen Sammlungen aufgeboden. Die Ausstellungsexpedition startet in Skandinavien, führt weiter nach Osteuropa, in die Normandie, nach England, Süditalien und Sizilien. Abstecher gelten der Iberischen Halbinsel, Nordafrika, Kleinasien und Byzanz. Hör- und Mitmachstationen, Videos und Zeichentrickfilme, Tastobjekte sowie Beiträge von Schülern und Studenten bereichern das Ausstellungserlebnis.

Kuratorin Viola Skiba erklärt: „Aus skandinavischen Händlern, Kriegern und Siedlern, die meist unter dem Begriff Wikinger bekannt sind, entwickelten sich die Normannen und in Osteuropa die Rus.“ Erster Blickfang ist der aus Gotland stammende „Bildstein von Smiss“ (um 750). Im Flachrelief des oberen Teils duellieren sich zwei Schwertkämpfer.

Die Darstellung im unteren Bildfeld zeigt ein Schiff. Zunächst bevorzugten die Wikinger mit ihren Booten Fahrten über die osteuropäischen Wasserwege bis ans Schwarze Meer. Aus der Verbindung der skandinavischen Krieger, Händler und Siedler mit der einheimischen Bevölkerung entwickelte sich die Rus. Darunter versteht man sowohl ein Territorium als auch dessen multiethnische Bevölkerung.



Wilhelm der Eroberer als unehelicher „Bastard“ (Miniatur rechts): Genealogische Rolle der englischen Könige (um 1300 bis 1340)

Ein Zentrum war Kiew. Die wertvollen Objekte aus der Epoche der Kiewer Rus gelangten zu Sowjetzeiten in russische Museen. Die sagten hochwertige Leihgaben zu. Doch wegen des Ukrainekriegs wurde daraus nichts.

Im Westen sorgten die Normannen zunächst als Plünderer und Totschläger für Angst und Schrecken. Der „Viking Raider Doomsday Stone“ (1. Viertel 9. Jh.) weist auf einen frühen Überfall hin, der europaweit Aufsehen erregte. Das beidseitig mit Reliefs ausgestattete Steinfragment kommt aus dem britischen Kloster Lindisfarne. Auf der einen Seite schwingen Krieger ihre Schwerter und Streitäxte. Die andere zeigt ein Kreuz, über dem Sonne und Mondsichel stehen. Hände deuten

auf die Kreuzarme, unter denen sich zwei Gestalten zum Gebet neigen. Der Gedenkstein soll an den 8. Juni 793 erinnern: Wikinger fielen mordend, plündernd und brandschatzend über das Kloster Lindisfarne her. Ebenso suchten sie die Küsten und Flussläufe Westeuropas heim.

Nordmänner in der Normandie

Ihre Bezeichnung als „Nordmänner“ oder „Normannen“ verdanken sie den Chronisten der Klöster. Die übernahmen die Gemeinten als Selbstbezeichnung. Und als sich eine von Rollo angeführte Gruppe an der Nordküste Frankreichs festsetzte, nannten sie dieses Territorium „Normandie“. Rollo und seine Leute ließen sich taufen. Statt wie bisher Kirchen und Klös-

ter zu plündern, unterstützten sie diese nun. Das belegen zwei Steinköpfe, welche die normannischen Herzöge Wilhelm „Langschwert“ und Wilhelm „den Eroberer“ darstellen. Sie stammen aus der von ihnen geförderten Abtei Jumièges.

Wilhelm „der Eroberer“ vereinte die Normandie und England unter seiner Herrschaft. In der entscheidenden Schlacht bei Hastings 1066 kam der mit ihm um den englischen Königsthron konkurrierende Harold Godwinson ums Leben. Die in Mannheim präsentierte Miniatur (um 1280–1300) reduziert die Schlacht zum ritterlichen Duell der zu Pferde gegeneinander antretenden Anführer. Dargestellt ist der Moment, als Wilhelm den Gegner mit der Lanze tödlich verwundet.

Die Miniatur weist einen erläuternden Text auf. In ihm trägt Wilhelm nicht etwa den Ehrentitel „der Eroberer“, sondern er hat – da unehelich geboren – den Beinamen „Bastard“.

Friedrich II. war halber Normanne

Der Papst förderte die Ansiedlung der Normannen in Süditalien. Gegen ein Schutzversprechen erkannte er 1059 Robert Guiscard als Herzog von Apulien und Kalabrien sowie Sizilien an. Die Eroberung der unter muslimischer Herrschaft stehenden Insel war unter Führung Rogers I. 1091 abgeschlossen. Nach seinem Tod regierte seine Witwe Adelasia für den noch minderjährigen Sohn Roger II. Die Residenz verlegte sie nach Palermo.

Kuratorin Skiba erläutert: „In den Palastwerkstätten waren Handwerker und Fachwissen aus dem gesamten Mittelmeerraum versammelt.“ Davon kündet etwa das exquisite Mosaik der „Madonna der Fürsprache“ (12. Jh.) aus der Kathedrale von Palermo. Auftraggeberin war vermutlich Elvira, die Gattin Rogers II. Er machte Sizilien zum normannischen Königreich.

Rogers Tochter Konstanze erbt das Königreich Sizilien. Verheiratet war sie mit dem Staufer Heinrich VI. Ihr gemeinsamer Sohn, der spätere Kaiser Friedrich II., war also ein halber Normanne. Ihm verdanken wir eines der wertvollsten Zeugnisse der normannisch-sizilianischen Textilkunst: den sogenannten „Mantel Karls des Großen“. Den später zum liturgischen Obergewand umgearbeiteten Mantel aus roter Seide schmücken vier goldene Adler. Den in den Palastwerkstätten Palermos angefertigten Prachtmantel trug Friedrich II. vermutlich bei seiner Kaiserkrönung, die Papst Honorius III. im Jahr 1220 vollzog.

● Bis 26. Februar im Museum Zeughaus C5, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 13,50 Euro. www.normannen-ausstellung.de

KUNSTSCHÄNDUNG

Herostraten des Klimas

Protestaktionen in Museen – Wie die Kunst unter der Ruhmsucht mancher Aktivisten zu leiden hat

Der ionische Hirte Herostratos war ein Niemand. Um das zu ändern, setzte er im Jahr 356 v. Chr. eines der Sieben Weltwunder in Brand: den Tempel der Artemis im heute türkischen Ephesos. Unter Folter gestand er, aus Ruhmsucht gehandelt zu haben, woraufhin er mit einer „Damnatio memoriae“ überzogen wurde: Bei Strafe wurde es untersagt, seiner zu gedenken oder auch nur seinen Namen zu nennen. Tatsächlich trat das Gegenteil ein. Heute ist Herostratentum ein Synonym für die Zerstörung von Kunst aus Geltungssucht.

Mit Anschlägen auf Kunstwerke aus solchen persönlichen Motiven haben Museen schon viel schlechte Erfahrung gemacht. Skulpturen wurden mit Hämmern traktiert wie Michelangelos „Pietà“ im Petersdom von Rom und Gemälde mit Messern aufgeschlitzt oder mit einer ätzenden Flüssigkeit übergossen. Rembrandts „Nachtwache“ in Amsterdam war gleich dreimal Opfer solcher Anschläge. Allein der „Dürer-Attentäter“ Hans-Joachim Bohlmann verursachte Kunstschäden in Höhe von 130 Millionen Euro.

Die aufwendig restaurierten Kunstwerke kann man seitdem nur noch hinter Panzerglas bewundern. Und wer heute ein großes Kunstmuseum betritt, der muss sich fast wie auf einem Flughafen einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Wasserflaschen müssen am Eingang ebenso abgegeben werden wie meistens auch Rucksäcke, Mäntel und Taschen.

Trotzdem decken zeitgenössische Herostraten immer wieder Sicherheitslücken auf. Jetzt treten sie im Namen des „Klimas“ auf, kleben sich an den Rahmen von Raffaels „Sixtinischer Madonna“ in Dresden oder an einen Dinosaurier im Berliner Naturkundemuseum, schütten hineingeschmuggelte Tomatensuppe auf einen van Gogh in London oder Kartoffelbrei auf einen Monet im Potsdamer Museum Barberini (die PAZ berichtete). Den Gemälden selbst ist nichts geschehen, da sie verglast sind.

Doch den Museen selbst entsteht ein nicht unerheblicher Schaden. Dem privatfinanzierten Barberini entgingen Einnahmen, nachdem man sich entschlossen

hatte, das Haus fünf Tage lang komplett zu schließen, um die Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen. Außerdem ist der Ruf dauerhaft ramponiert. Wenn die Sicherheit für die Kunst nicht gewährleistet ist,



Monets „Heuschober“ mit Kartoffelbrei: „Klimaprotest“ im Museum Barberini

wird es zukünftig schwer werden, Leihgeber für Sonderausstellungen zu gewinnen.

Die Klima-Aktivisten, die sich anmaßend die „Letzte Generation“ nennen, haben sich dabei ein warmes Plätzchen für ihren Protest ausgesucht. Sie draußen auf viel befahrenen Straßen mit Sekundenkleber auf Asphalt festzukleben, ist auf Dauer ja auch zu kalt und zu riskant, zumal die von ihnen als Klimakiller beschimpften und zum Anhalten genötigten Autofahrer auch schon mal wutentbrannt ihre Fäuste sprechen lassen.

Da sucht man sich lieber einen Ort aus, der sich nicht wehren kann. Museen, Bilder und Dino-Skelette sind nicht gerade als Klimawandel bekannt, bieten aber eine mediale Aufmerksamkeit, die auch Herostratos gefallen hätte. Wer erfolgreich ein Gemälde geschändet hat, befriedigt auch eigene Egoismen, mit denen man sich in der Protestszene ruhmstüchtig hervorheben kann. Man ragt aus der Menge der Aktivisten heraus. Ums Klima geht es dabei weniger als um das eigene Prestige – und die Kunst muss darunter leiden. Harald Tews

● MELDUNG

Tierische Kunstformen

Stade – Das Kunsthaus Stade, Wasser West 7, zeigt bis zum 15. Januar Tierkulpturen und graphische Arbeiten von Ewald Mataré, Hans Martin Rowlund und Renée Sintenis. Mataré war Mitglied der revolutionären „Novembergruppe“. Er arbeitete an einer Kunst der elementaren Formen. Rowlund trat 1928 in die Hamburgische Sezession ein. Seine Tierplastiken zeugen von einer bestechenden Beobachtungsgabe, die mitunter die Grenze zum Menschlichen verwischt. Die 1888 im schlesischen Glatz geborene Renée Sintenis war zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine der ersten professionellen Bildhauerinnen. Ihr emanzipiertes, glamouröses Auftreten erregte viel Aufmerksamkeit in der Weimarer Republik. Mit den von ihr gestalteten Tierplastiken drückt sie ihre Naturverbundenheit aus. Der „Berliner Bär“, Wahrzeichen der Stadt und gleichzeitig begehrter Filmpreis der Berlinale, ist Sintenis' bekanntestes Werk. www.museen-stade.de H. Sch.

KATHOLISCHE KIRCHE

Gemeinsam gegen die Not

Nach dem Raphaelswerk, das sich auf Auswanderer beschränkt, entstand vor 125 Jahren der Deutsche Caritasverband

VON BODO BOST

Zunächst sah die Kirche in der durch die Industrialisierung erzeugten Massenarmut eine Folge des sittlichen Verfalles und der Entchristlichung. Doch vertraten zunehmend christliche Stimmen die Ansicht, dass es auch Aufgabe der Kirche sei, mit ihren karitativen Mitteln der sozialen Not zu begegnen und vorzubeugen. Massenarmut und Arbeitslosigkeit begünstigten die Massenauswanderung der Deutschen nach Übersee.

Während sich um die verarmten Arbeiter und Arbeitslosen Pfarreien, Ordensleute und Bruderschaften kümmerten und vereinzelt Unternehmer in Eigenregie erste Sozialkassen für ihre Arbeiter einführen, die ab den 1880er Jahren vom deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck als Modell übernommen wurden, kümmerte sich um die Auswanderer, die Deutschland für immer verließen, fast niemand mehr.

Die beiden Gründer verband vieles

Am 26. Juni 1865 sank auf dem Atlantik nach einem Brand der Dreimaster „William Nelson“ mit deutschen Auswanderern an Bord. 438 Menschen kamen in den Fluten ums Leben, weitaus weniger konnten sich retten. Die Geretteten wurden nach Le Havre in Frankreich gebracht.

In Le Havre wirkte damals ein junger deutscher Kaufmann, Peter Paul Cahensly (1838–1923) als Mitglied der Gemeinschaft der Vinzenzbrüder. Cahensly hörte sich die Schilderungen der 62 in Le Havre angekommenen Überlebenden der „William Nelson“ an und machte sich zum Anwalt der Auswanderer. Er forderte nicht nur bessere materielle Bedingungen auf den Auswanderungsschiffen, die eigentlich Frachtschiffe für den Transport von Tabak und Baumwolle von Amerika nach Europa waren und von Europa aus Auswanderer als Fracht mitnahmen. Denn Cahensly schockierten mehr noch als die materiellen die psychischen und seelischen Bedingungen der Auswanderer auf den Schiffen. Sechs Wochen nach dem



Bei einem Besuch in einem Lazarett 1914: Der Gründer und erste Präsident der Caritas Lorenz Werthmann (M.)

Schiffsuntergang berichtete er den Teilnehmern der Generalversammlung des Katholikentages in Trier von den dramatischen Ereignissen.

1868 gründete er auf dem Katholikentreffen in Bamberg das „Comité zum Schutze deutscher Auswanderer“ und 1871 den nach dem als Schutzengel der Reisenden geltenden Erzengel Raphael benannten St.-Raphaels-Verein, das heutige Raphaelswerk. Auch in den Vereinigten Staaten, Algerien und in Australien wurden Raphaels-Vereine zur Betreuung der Auswanderer nach ihrer Ankunft gegründet.

Cahensly stammte aus Limburg an der Lahn. Ebenfalls aus dem Bistum Limburg stammte der junge Priester Lorenz Werthmann (1858–1921). In ihm fand Cahensly einen Mistreiter und Freund. Der konservative Sozialpolitiker war wie Cahensly

Migrationsexperte. Beide hatten zunächst bei ihrer Fürsorge vor allem Auswanderer im Blick. Für Werthmann und Cahensly war dabei zentral, dass die auswandernden Katholiken neben ihrer Würde auch ihre Kultur und ihren Glauben behielten, beides hing für sie zusammen. Aus dieser Sorge machten Kritiker beiden später den Vorwurf der Deutschtümelei.

Am 9. November 1897 gründete Werthmann in Köln den „Charitasverband für das katholische Deutschland“, den heutigen Deutschen Caritasverband (DCV). Er wurde der erste Präsident dieses Verbandes, der seinen Sitz später nach Freiburg i. Br. verlegte. Werthmann erweiterte den Fokus der Betreuten über die Armen und deutschen Auswanderer hinaus auf fast alle Notleidenden in Deutschland. Dazu gehörten Saisonarbeiter, Seeleute, Ob-

dachlose, Waisen, Alkoholiker sowie körperlich und geistig behinderte Menschen.

Das Deutsche Reich war zu groß, als dass sich die Not im Lande bürgernah von einem einzigen Ort aus hätte bewältigen lassen. So entstanden ab 1901 auf Diözesenebene die ersten Diözesanverbände der Caritas, der erste in der Freiburger Nachbardiözese Straßburg, die damals zum Deutschen Reich gehörte. Der Deutsche Katholikentag von 1913 in Metz und der Beginn des Ersten Weltkriegs gaben den letzten Impuls zur Gründung von Diözesanverbänden überall in Deutschland.

Die Wohltaten zahlten sich aus

Der Erste Weltkrieg und die grassierende Spanische Grippe brachten neue Notsituationen für die Menschen, brachten Kriegsversehrte, Waisen und Witwen. Im

Jahre 1916 legitimierten die deutschen Bischöfe den Caritasverband als Sozialdienst der katholischen Kirche und sicherten ihm ihre Förderung zu. Als der erste Präsident des Caritasverbandes fünf Jahre später starb, hatte dieser eine feste organisatorische Basis. Werthmanns Nachfolger Benedict Kreutz investierte in den 1920er Jahren in die Ausbildung der Mitarbeiter des Verbandes.

Ab 1933 führte der Monopolanspruch des NS-Staats auch im Sektor Wohlfahrtspflege zur Auflösung vieler kirchlicher Einrichtungen. Der Deutsche Caritasverband wurde jedoch als einziger solcher Träger nicht gleichgeschaltet. Dies gilt als Verdienst des unablässigen, zugleich mutigen und vorsichtigen Einsatzes des Präsidenten Kreutz, der im Ersten Weltkrieg Feldgeistlicher gewesen war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren der Caritasverband und sein protestantisches Pendant, das neu gegründete Hilfswerk der Evangelischen Kirche, als einzige überregionale Organisation sofort arbeitsfähig und kümmerten sich um die notleidende Bevölkerung. In dieser Situation halfen als erste die Nachkommen der deutschen Auswanderer in Brasilien und Argentinien dem am Boden liegenden Deutschland. Nun zahlte sich aus, dass man schon im 19. Jahrhundert die Auswanderer nicht alleingelassen hatte.

Aus dieser Hilfe aus Ländern, die teils selbst arm waren, entstand in den 1950er Jahren die Auslandshilfe des Deutschen Caritasverbandes. Heute leistet Caritas international als für Auslandseinsätze zuständige Abteilung des DCV in mehr als 80 Ländern weltweit Not- und Katastrophenhilfe. Mit fast 700.000 Mitarbeitern in 25.000 Einrichtungen ist die Caritas heute der mitgliederstärkste Wohlfahrtsverband in Deutschland.

● **Bodo Bost** studierte Theologie in Straßburg und Islamkunde in Saarbrücken. Seit 1999 ist er Pastoralreferent im Erzbistum Luxemburg und seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Public Responsibility an der kircheneigenen Hochschule „Luxembourg School of Religion & Society“.

HANNSHEINZ PORST

Sein Unternehmen opferte er seinen sozialistischen Idealen

Vor 100 Jahren kam der „Millionär und Marxist“ zur Welt, der „Photo Porst“ der Belegschaft schenkte

Der vor 100 Jahren, am 8. November 1922, in Nürnberg geborene Hannsheinz Porst war wie sein Vater Hanns Porst ein innovativer Unternehmer mit pfliffigen Ideen. Wie der Sohn liebte der Vater die Fotografie und hatte deshalb bereits als 23-Jähriger nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg in seiner Heimatstadt Nürnberg einen Fotoladen aufgemacht, Photo Porst. Der einzige Sohn Hannsheinz stieg nach mittlerer Reife und einer Werkzeugmacherlehre bei Kodak nach der Währungsreform als gleichberechtigter Gesellschafter in das „der Welt größte Photohaus“ ein.

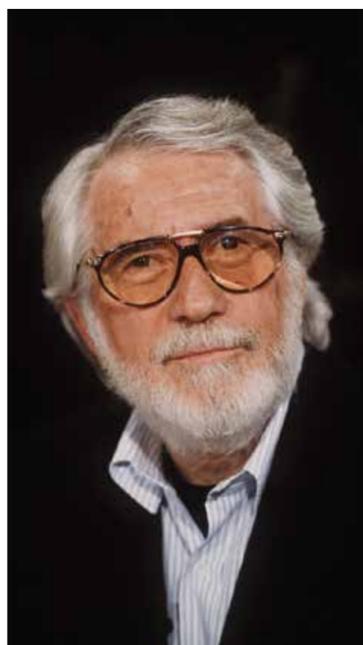
Anfänglich konzentrierte sich der Sohn auf den Aufbau der von ihm gegründeten Akzidenzdruckerei Maul & Co., die sich zu einer der größten Tiefdruckanstalten der Bundesrepublik entwickelte. Ihre ursprüngliche Aufgabe war es, das Werbematerial für Photo Porst zu drucken. Das war viel, denn der Vater hatte den Versandhandel als Absatzmöglichkeit entdeckt. Und trotzdem arbeitete Maul & Co.

schließlich auch noch für andere große Firmen.

Im Jahre 1960 übernahm der Sohn die Gesamtleitung bei Photo Porst. In Foto Quelle entstand dem Unternehmen auf dem Gebiet des Versandhandels ein gefährlicher Konkurrent. Deshalb wurde der Betrieb nun zu einer Ladenkette umgebaut. Ein halbes Jahrzehnt nachdem der Sohn die Gesamtleitung übernommen hatte, bestand diese Kette bereits aus mehr als 100 eigenen Läden und 600 im Franchise-System arbeitenden Vertriebsstellen.

Bei der Weiterentwicklung des Unternehmens nahm es Porst nicht so genau mit der Steuer. 1964 wurde er wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung verhaftet. Insgesamt 11,5 Millionen D-Mark musste er an Steuerstrafe und -nachzahlung berappen.

Doch nicht nur, weil er Gewinne lieber reinvestierte, als sie an den Staat abzutreten, geriet Porst mit der Obrigkeit in Konflikt. Der „Millionär und Marxist“, als den



Hannsheinz Porst

er sich selbst bezeichnete, hatte bessere Kontakte zur DDR, als es der Bundesrepublik lieb war. 1969 wurde er zu über zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, wurde aber bereits im Folgejahr vorzeitig entlassen.

Porst, der zeitweise das SED- und das FDP-Parteibuch parallel besaß, kann man nicht vorwerfen, dass er wie die heutigen Gutmenschen in erster Linie von den Anderen Opfer für seine eigenen Ideale erwartet habe. Bereits sein Vater hatte sich durch weit überdurchschnittliche Sozialleistungen wie großzügige Urlaubsregelungen als sozial orientierter Arbeitgeber erwiesen. Dessen Mitarbeiter profitierten von betriebseigenen Ferienheimen, modernem Wohnraum und Fortbildungseinrichtungen. Der Sohn ging darüber noch weit hinaus. Er wagte den Schritt vom Sozialen zum Sozialistischen einschließlich Selbstenteignung als Kapitaleigner zugunsten der Werktätigen in seinem Betrieb.

Doch nicht nur als Kapitaleigner, sondern auch als Besitzer der Verfügungsge-

walt, also als Geschäftsführer, zog Porst sich nach seiner Haftentlassung sukzessive zurück. Führungskräfte wurden von den Mitarbeitern gewählt. Er selbst nannte das „totale Mitbestimmung“.

1978 besaß er nur noch 19 Prozent des Unternehmens, die Belegschaft hingegen 81. Nun gab er auch die Unternehmensführung ab.

Obwohl Porst anschließend noch privates Geld zuschoss, scheiterte das sogenannte Porst-Modell kläglich. Das Unternehmen geriet in Schieflage. Die „totale Mitbestimmung“ wurde aufgegeben. Und Investoren von außen lösten die Belegschaft als Mehrheitseigner ab. Es nützte nichts. 2002 meldete das Unternehmen Insolvenz an.

Angeblieh ohne Gram über dieses deprimierende Ende seines Experiments, das ihn das väterliche Erbe kostete, verbrachte Porst seinen Lebensabend im vormaligen Wochenendhaus seines Vaters in Artelshofen. Dort starb er am 29. April 2010. *Manuel Ruoff*

RICHARD NIXON

Auf die Watergate-Affäre reduziert

Vor 50 Jahren wurde der Republikaner als Präsident bestätigt. Sein Wirken steht im Schatten des Rücktritts

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 7. November 1972 errang Richard M. Nixon einen fulminanten Wahlsieg. Hinsichtlich der Wählerstimmen handelte es sich um das beste Ergebnis, das ein republikanischer Präsidentschaftsbewerber in den USA bislang erreicht hat. Gegenkandidat George McGovern, der in der Demokratischen Partei weit links stand, war chancenlos. Nixon, der vier Jahre zuvor lediglich mit einer hauchdünnen Mehrheit erstmals zum Präsidenten gewählt worden war, hätte nun gestärkt in seine zweite Amtszeit gehen können.

Mit Beginn dieser zweiten, vorzeitig beendeten Amtszeit des 37. US-Präsidenten sollten sich jedoch bald die Schatten der sogenannten Watergate-Affäre ausbreiten. Namengebend wurde ein Einbruch in das Hauptquartier der Demokraten im Watergate-Gebäudekomplex in Washington im Juni 1972 im Zuge des Wahlkampfes. Aus dem Umfeld Nixons war versucht worden, Informationen zu beschaffen, die Täter wurden dingfest gemacht. Der Präsident selbst hatte von deren konkretem Vorgehen wohl keine Kenntnis, war aber im Anschluss um Vertuschung bemüht. Zunächst war das Thema wenig präsent und sollte auch keinen Einfluss auf die Wahl haben.

Angestoßen von Reportern der „Washington Post“ kamen dann allerdings nicht nur die Umstände des Watergate-Einbruchs an die Öffentlichkeit, sondern auch eine Reihe von Aktivitäten Nixons, durch die über Jahre politische Gegner ausspioniert und bekämpft worden waren. Gewertet wurden diese Aktivitäten schließlich als „Missbräuche von Regierungsvollmachten“. Einer Amtsenthebung kam Nixon mit seinem Rücktritt am 9. August 1974 zuvor.

Nixon wusste zu imponieren

In der allgemeinen Erinnerung herrscht das Bild des skrupellosen, sich illegaler Methoden bedienenden konservativen Republikaners Nixon vor. Auch ein um



Vor 50 Jahren im Washingtoner Shoreham Hotel: US-Präsident Richard Nixon (l.) und sein Vize Spiro Agnew feiern den Wahlsieg

Ausgleich berühmter Historiker wie der USA-Experte Manfred Berg urteilt: „Nixon stürzte nicht über seine Gegner, er stürzte, weil der brillante politische Analytiker in ihm es nicht vermochte, den paranoiden, rachsüchtigen Machtmenschen zu kontrollieren.“

Bei den gern als negativ herausgestellten Zügen wird oft übersehen, dass das Bekämpfen politischer Gegner mit harten Bandagen, auch jenseits der Legalität, selbst in Demokratien kein Alleinstellungsmerkmal Nixons ist und dass das überwältigende Wählervotum vom November 1972 eine Ursache gehabt haben muss. Nixon wusste zu imponieren. Dass seine „außenpolitischen Leistungen weiterhin unbestritten“ sind, gesteht auch der Historiker Berg zu.

Der im Januar 1913 im Süden Kaliforniens geborene Nixon galt als talentiert, ehrgeizig und diszipliniert. 1946 zog er für die Republikaner ins Repräsentantenhaus ein und profilierte sich im Kampf gegen den Kommunismus, er gehörte dem „Auschluss zur Untersuchung unamerikanischer Aktivitäten“ an. Nixon, der aufgrund seines Vorgehens gern als „Tricky Dick“ bezeichnet wurde, amtierte von 1953 bis 1961 als Vizepräsident unter Dwight D. Eisenhower. Seit dieser Zeit galt der Außenpolitik sein besonderes Interesse.

Erstmalige Ambitionen auf die Präsidentschaft musste Nixon im November 1960 begraben, er wurde von John F. Kennedy äußerst knapp geschlagen. Wahlmanipulationen des Demokraten gelten heu-

te auch unter Wissenschaftlern als wahrscheinlich.

Frieden mit Vietnam

Nachdem Nixon 1962 die Wahl zum Gouverneur von Kalifornien ebenfalls verloren hatte, kündigte er seinen Rückzug aus der Politik an. 1969 sollte er dann jedoch als siegreicher Präsidentschaftsbewerber ins Weiße Haus einziehen. Innere Sicherheit, Patriotismus und Tradition waren Themen, auf die er gesetzt hatte.

Das militärische Engagement der USA in Vietnam war in der eigenen Bevölkerung mittlerweile derart unpopulär, dass Nixons demokratischer Vorgänger als Präsident, Lyndon B. Johnson, unter anderem deshalb auf eine weitere Kandidatur verzichtet hatte. Von Nixon erwarteten nun

viele Wähler einen Rückzug ihres Landes aus Vietnam, den Ausstieg aus dem Krieg. Nixon kam diesem Wunsch mit der sogenannten Vietnamisierung des Vietnamkrieges entgegen. Um sich in eine vorteilhafte Verhandlungsposition zu bringen, betrieb er allerdings erst einmal eine Eskalation und geographische Ausdehnung des Krieges. Der Gegner sollte „an den Verhandlungstisch gebombt“ werden. Mit dem Vertrag von Paris vom 27. Januar 1973 beendeten die USA ihr Engagement mit eigenen Soldaten in Vietnam.

Besuche in China und der UdSSR

Nixon besuchte als erster amtierender US-Präsident 1972 China und die UdSSR. Die Beziehungen mit den Chinesen normalisierten sich. Mit den Sowjets wurde der Handel ausgeweitet, vor allem aber wurde mit den SALT-I- beziehungsweise ABM-Verträgen der Rüstungswettlauf eingedämmt. Mittels „Pendeldiplomatie“ und ständiger Reisen von Außenminister Henry Kissinger konnte die insbesondere nach dem Jom-Kippur-Krieg vom Oktober 1973 angespannte Lage im Nahen Osten stabilisiert werden.

Im Inneren setzte Nixon auf Zentralisierung auf Kosten der Einzelstaaten. So wurden etwa Bundesbehörden für Arbeits- und Umweltschutz geschaffen. Eine Sozialhilfereform mit Mindesteinkommen für Familien scheiterte am Kongress. Durch einen befristeten Lohn- und Preisstopp sowie die Festlegung einer Importabgabe und die Freigabe des Wechselkurses des US-Dollars im August 1971 gelang eine Belebung der Konjunktur und die Abschwächung der Inflation. Nixon verwendete sich zugunsten der Rechte der Indianer. Die sogenannte Rassenintegration der Schwarzen wurde in seiner Regierungszeit erheblich forciert, auch wenn er hier persönlich gegenteilige Präferenzen erkennen ließ.

Als er im April 1994 starb, wurde er mit einem Staatsbegräbnis geehrt. Ausgewogene, nicht auf die Watergate-Affäre fokussierte Darstellungen Nixons sind nach wie vor eher die Ausnahme.

CONRAD AHLERS

Sein Artikel „Bedingt abwehrbereit“ löste die Spiegel-Affäre aus

Der spätere Regierungssprecher Brandts und Intendant der Deutschen Welle kam vor 100 Jahren in Hamburg zur Welt

Ein Stückchen bundesdeutsche Geschichte schrieb Conrad Ahlers durch seine Beteiligung an der Spiegel-Affäre. Vor gut vier Jahrzehnten löste er die Affäre mit seinem „Spiegel“-Artikel „Bedingt abwehrbereit“ aus. Der brachte ihn in Regierungskreisen den Vorwurf des Landesverrats ein. Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß ließ ihn an seinem Urlaubsort in Spanien verhaften.

Wer deshalb glaubt, Ahlers wäre ein rebellischer Outlaw gewesen, der irrt. Das Gegenteil war der Fall. Der vor 100 Jahren, am 8. November 1922, in der Hansestadt Hamburg geborene Journalist mit großbürgerlichem Hintergrund hat vielmehr eine Bilderbuchkarriere mit Leitmedien und staatlichen Stellen als wechselnden Arbeitgebern hingelegt.

Der Sohn eines Exportkaufmannes und einer Pastorentochter meldete sich nach dem Abitur 1941 zu den Fallschirmjägern, wo es der „schöne Conny“ bis zum Ordonanzoffizier brachte. Während viele seiner Altersgenossen zu dieser Zeit noch in alliierter Kriegsgefangenschaft saßen, nahm er 1945 in seiner Geburtsstadt ein

Studium der Volkswirtschaft auf. 1948 schickte der britische Universitätsoffizier den Mitbegründer der Jungen Union (JU) zum Deutschen Dienst der BBC nach London. Der Redaktionsleiter des Hamburger „Sonntagsblattes“ Hans Zehrer holte ihn zu seiner Zeitung und damit nach Hamburg zurück, wo er den damaligen Redakteur des Hamburger SPD-Blattes „Hamburger Echo“ Herbert Wehner kennenlernte.

1951 holte ihn der Referent im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Günter Diehl zu sich ins Amt, wo Ahlers als Chef vom Dienst arbeitete. Diehl hatte bei Ahlers Mutter, die seit 1943 Witwe war, während seiner Zeit als Redakteur beim „Hamburger Abendblatt“ Wohnung genommen. 1952 verließen die beiden Männer das Presse- und Informationsamt. Diehl ging ins Auswärtige Amt und Ahlers zum Vorläufer des Verteidigungsministeriums, zur Dienststelle Blank.

1954 kehrte Ahlers vom Staatsdienst wieder zur Presse zurück. Über die Zwischenstationen „Welt“, „Spiegel“ und „Frankfurter Rundschau“ landete er

schließlich 1962 als stellvertretender Chefredakteur beim „Spiegel“, wo der vormalige Ordonanzoffizier der Wehrmacht und Reserveoffizier der Bundeswehr mit Erfahrungen in der Dienststelle



Conrad Ahlers

Blank sich mit militärischen und militärpolitischen Fragen wie der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr beschäftigte.

Obwohl Mitbegründer der JU war Ahlers mittlerweile eher im Dunstfeld der

SPD zu verorten. Nachdem die SPD, deren Mitglied er 1968 auch wurde, 1966 Regierungspartei geworden war, wechselte er wieder in das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in dem Diehl seit 1960 bereits wieder als Ministerialdirigent arbeitete. In der Zeit der Großen Koalition wurde nun Diehl Leiter und Ahlers stellvertretender Leiter des Amtes.

Nach dem erneuten Regierungswechsel, nun von der Großen zur sozialliberalen Koalition, wechselte Diehl in den Ruhestand und Ahlers wurde dessen Nachfolger, sicherlich ein Karrierehöhepunkt. In Ahlers Amtszeit als Sprecher der Bundesregierung und Leiter ihres Presse- und Informationsamtes fällt die wohl eklatanteste Desinformation von Regierungsseite in der Geschichte der Bundesrepublik. Am zweiten und letzten Tag der palästinensischen Geiselnahme israelischer Sportler während der Olympischen Sommerspiele 1972 in München sprach Ahlers von einer „glücklichen und gut verlaufenen Aktion“ und ließ sich vom Präsidenten des Internationalen Olympi-

schon Komitees Avery Brundage zur Befreiung der Geiseln gratulieren. Nach der noch im selben Jahr stattfindenden siebten Bundestagswahl wurde Ahlers durch Rüdiger Freiherr von Wechmar ersetzt.

Natürlich fiel Ahlers weich. Seit 1972 saß er als Abgeordneter im Bundestag. Naheliegenderweise engagierte er sich dort im Verteidigungsausschuss. Nebenbei arbeitete er noch in führenden Positionen und Funktionen bei der „Hamburger Morgenpost“ wie der „Wirtschaftswoche“ und machte Öffentlichkeitsarbeit für die Krupp-Stiftung.

1979 erreichte seine Karriere das nach seinen Worten „höchst erreichbare Ziel“. Dafür opferte er sogar sein Bundestagsmandat. Der stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates der Deutschen Welle wurde vom Rundfunkrat des Auslandsrundfunks der Bundesrepublik zu dessen Intendanten gewählt. Lange konnte Ahlers sich dieses Amtes nicht erfreuen. Am 1. März 1980 trat er das Amt an. Am 18. Dezember des Jahres starb der erst 58-Jährige überraschend an einem Kreislaufversagen. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Unter Verweis auf den angeblich vom Menschen verursachten Klimawandel wird nun auch zum Großangriff auf unsere bisherige Ernährungsweise geblasen. Dabei lautet das dystopische Zauberwort „Alternativproteine“. Die sollen vor allem aus der „zellulären“ und „azellulären Landwirtschaft“ kommen. Im ersteren Fall geht es um die Herstellung von Fleischsurrogaten: Von lebenden Tieren stammende Muskelzellen werden in einem Bioreaktor in speziellen Laborkulturen vermehrt und dann mittels Drei-D-Druck zu etwas verarbeitet, was angeblich wie Fleisch aussehen und schmecken soll. Im letzteren Fall stammen insbesondere Milch, Käse und Honig aus dem Labor. Hier besteht der Trick darin, die Gene der Hauptinhaltsstoffe der Lebensmittel in Bakterien oder Pilze einzubringen und diese hernach massenhaft zu vermehren.

Das klingt nicht nur unappetitlich, es bringt überdies Produkte hervor, deren Nährwert überaus fraglich ist, denn es fehlt ihnen an Vitaminen, Mineralien und Enzymen. Doch damit nicht genug: Was füllen die Hersteller eigentlich alles in ihre Bioreaktoren? Ein typisches Medium, in dem Fleischzellen wuchern sollen, enthält Glukose, synthetische Aminosäuren, Antibiotika, fetales Rinderserum, Pferdeserum und Hühnerembryo-Extrakt. Dass derartig „designtes“ Fleisch nicht nur zu Mangelernährung führen, sondern auch noch anderweitig krank machen kann, liegt auf der Hand. Ganz zu schweigen vom Argument des Tierwohls. Irgendwie müssen die ganzen Muskelzellen, Seren und Extrakte ja gewonnen werden.

Schwere gesundheitliche Risiken birgt ebenso der Verzehr von Insekten, welcher inzwischen als weiterer Königsweg der „klimafreundlichen“ Ernährung gilt. So enthalten 100 Gramm Schweinefleisch 65 Milligramm Cholesterin, 100 Gramm „essbare“ Grillen hingegen 228 Milligramm. Dazu kommt der hohe Chitinegehalt vieler Insekten. Chitin greift die Nervenzellen an und zählt daher zu den möglichen Auslösern der Alzheimer-Demenz. Außerdem übertragen Insekten oftmals Bakterien, Viren und Pilze oder verursachen bei empfindlichen Menschen Allergien.

Reiche Investoren stark engagiert

Gleichermaßen steht die Frage im Raum, ob die Gewinnung der „Alternativproteine“ tatsächlich „nachhaltiger“ beziehungsweise besser für die Umwelt ist als die konventionelle Tierzucht. Der Betrieb der Bioreaktoren und die Herstellung der Laborkulturen erfordert jedenfalls sehr viel Energie. Ebenso schadet die Entsorgung der Nährbrühe der Umwelt. Und für die gezielte Insektenvermehrung bedarf es wiederum großer Mengen an Wasser



Aus ihnen soll etwas entstehen, was aussieht und schmeckt wie „richtiges“ Fleisch: Insekten als Nahrung für Menschen

Foto: pa

ERNÄHRUNG

Die zweifelhafte Verheißung vom künstlichen Fleisch

Synthetische Nahrung statt Tierverzehr: Was wie ein moralischer und ökologischer Geniestreich klingt, birgt gesundheitliche, ökologische und sogar politische Gefahren von ungeahnter Tragweite

und Futter. Wozu also das Ganze, wenn die Umweltbelastungen am Ende doch bestehen bleiben? Die Antwort hierauf lautet wie so oft: Gewinnsucht.

Investoren wie die japanische Softbank Group, die Abu Dhabi Growth Fund und die Milliardäre Bill Gates, Richard Branson und John Doerr suchen ständig nach neuen lukrativen Anlagemöglichkeiten. Daher statten sie Firmen, welche in die Produktion von Kunstmilch eingestiegen sind, seit einiger Zeit mit Unsummen von Dollars aus, wobei Gates dies nach eigener Aussage zugleich noch tut, weil er die Überzeugung vertritt, dass die reicheren Nationen als Erste auf synthetische Lebensmittel umsteigen sollten.

Von dem Geldsegen profitieren unter anderem die Fleisch- und Milchsektorzusteller Upside Foods, Perfect Day, Impossible Foods, Remilk, Beyond Meat und Change Foods, welche die konventionelle Nahrungsmittelindustrie innerhalb der kommenden 15 Jahre in den Ruin treiben

wollen. So erhielt Upside Foods allein zwischen Januar und April 2020 insgesamt 561 Millionen US-Dollar Risikokapital. Kräftig gesponsert wurde darüber hinaus auch die kalifornische Firma MeliBio, die 2021 ankündigte, bald einen Honig aus „Präzisionsfermentation“, das heißt ohne jedwedes Zutun von Bienen, auf den Markt zu bringen.

Herrschaft durch Nahrungskontrolle

Flankiert wird das alles durch die Bemühungen von im „Klimaschutz“ engagierten Nichtregierungsorganisationen. Beispielsweise setzte die Lobbygruppe International Platform of Insects for Food and Feed (IPIFF) durch, dass Insekten innerhalb von Europa seit dem 1. Januar 2018 als zugelassene Lebensmittel im Sinne der Novel-Food-Verordnung gelten. Ebenso versuchen das Weltwirtschaftsforum (WEF) sowie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), den Verzehr von

Würmern, Heuschrecken und ähnlichen „Delikatessen“ salonfähig zu machen.

Der Hauptdrahtzieher der angestrebten Revolutionierung unseres gesamten Ernährungssystems ist allerdings eine in New York und London ansässige Investmentfirma namens Coller Capital. Die rief 2016 die Initiative FAIRR (Farm Animal Investment Risk and Return, zu Deutsch: Risiko und Rendite von Investitionen in Nutztieren) ins Leben, um die angeblichen Gefahren der konventionellen Tierhaltung aufzuzeigen und diesen durch die verstärkte Produktion „alternativer Proteine“ zu begegnen.

Die Liste der Mitglieder des Netzwerkes umfasst nahezu alle großen US-amerikanischen Banken und Investmentgesellschaften, darunter den Branchenführer BlackRock. Zusammen verwalten die „Philantropen“ von FAIRR sagenhafte 68 Billionen US-Dollar Kapital und erwarten nun durchschnittliche Fünfjahreswachstumsraten von 91 Prozent.

Darüber hinaus spielt wohl auch Machtstreben eine Rolle. So wusste schon der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger: „Wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen.“ Unterschrieb US-Präsident Joe Biden aus diesem Grund seine „Executive Order“ über die Intensivierung der staatlichen Förderung der „biotechnologischen Herstellung“ von vielerlei essentiellen Produkten wie eben Lebensmitteln?

Auf jeden Fall wäre es falsch, angesichts all dessen Illusionen über die Zukunft zu hegen. Liegt die Ernährung der Menschheit nicht mehr dezentral in der Verantwortung von Millionen von Landwirten rund um die Welt, sondern konzentriert in den Händen einiger weniger Finanzoligarchen und Großkonzerne, dann sind die meisten Erdenbewohner nur noch Geiseln derer, die mit der Abgabe oder Verweigerung ihrer industriell hergestellten Lebensmittel Gehorsam erzwingen können.

GESUNDHEIT

Wenn die Polio-Impfung zur Polio-Schleuder wird

Jüngst Geimpfte scheiden Teile des Erregers aus – und können Ungeimpfte damit infizieren: Erste Fälle in New York und London

Das Humane Polio-beziehungsweise Poliomyelitis-Virus (PV) ist ausgesprochen heimtückisch. Es kann beim Menschen schwerwiegende bleibende und teilweise auch tödliche Lähmungen verursachen, wobei überwiegend Kinder betroffen sind. Noch 1952 starben in der Bundesrepublik 9000 Personen an der Krankheit, und viele weitere trugen lebenslange Schäden davon.

Inzwischen hat die sogenannte „Kinderlähmung“ ihren Schrecken weitgehend verloren. Hierzulande gilt sie sogar als „faktisch ausgerottet“. Dies ist eine Folge der Impfkampagnen seit 1955, denn die Impfungen erzeugen lang anhaltende Immunität. Dennoch haben die ab 1960

verwendeten, oral zu verabreichenden Polio-Vakzine (OPV) einen Nachteil, der dazu führt, dass das Virus nicht komplett aus der Welt verschwindet und neuerdings sogar verstärkt zurückkehrt, obwohl es keinen tierischen Wirt hat, in dem es überleben könnte.

Der Polio-Erreger gehört zur Gattung der Enteroviren und siedelt im Darm. Nach einer oralen Aufnahme kommt es zur Infektion, die aber meist ohne Symptome verläuft. Nur in einem Prozent der Fälle befallen die Viren die Nervenzellen und lösen so die „Kinderlähmung“ aus. Bei einer OPV-Schluckimpfung erhält der Proband stark abgeschwächte PV. Allerdings vermehren

sich diese Impfviren im menschlichen Körper und werden mehrere Wochen lang mit dem Kot ausgeschieden. Deshalb ist es möglich, dass Geimpfte unter schlechten hygienischen Bedingungen das Impfvirus auf Ungeimpfte übertragen. So erfolgt quasi eine Sekundärinfektion – wenn alles gut geht.

Ein neues Vakzin soll helfen

Doch dafür gibt es keine Garantie, weil die abgeschwächten Impfviren genetisch instabil sind und schon durch einige wenige Mutationen ihre alte Gefährlichkeit zurückerlangen können. Das wird in solchen Situationen zum ernstesten Problem, in denen das zurückevolvierte Impfvirus

(Vaccine-Derived Poliovirus, VDPV) auf Nichtimmunisierte trifft. Dies passiert vorzugsweise in Ländern, in denen keine flächendeckenden Impfungen erfolgen wie beispielsweise in Nigeria, Afghanistan oder Pakistan. Dabei erkrankt zwar nur ein kleiner Prozentsatz der vom VDPV Befallenen, allerdings scheiden die Vireenträger ohne Symptome den Erreger aus und verbreiten ihn – bei hoher Mobilität – unter Umständen weltweit.

Das ist der Grund, warum die „Kinderlähmung“ nun auch wieder in westlichen Staaten auftritt, wo die Impfmündigkeit angesichts des scheinbaren Verschwindens der Poliomyelitis zugenommen hat.

Entsprechende Fälle gab es im vergangenen Sommer in New York und London. Deshalb warnt Gérard Krause, Leiter der Abteilung Epidemiologie am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung: „Wir werden uns auch in Europa wieder mit Polio beschäftigen müssen.“

Angesichts dieser Situation gelten nun Impfungen mit nOPV als Königsweg der endgültigen Auslöschung der „Kinderlähmung“. nOPV sind Vakzine, bei denen die abgeschwächten Impfviren genetisch verändert wurden, um die Entstehung von VDPV zu verhindern. Ob diese ihren Zweck erfüllen und keine neuen, bislang unentdeckten Probleme aufwerfen, muss sich erweisen. W.K.



MEMEL

Bundeswehr leitet NATO-Aktion

100 deutsche Soldaten verstärken eine Kampftruppenbrigade – Unterstützung auch für Volksbund

VON BODO BOST

Mit einer Fähre aus Kiel erreichten Anfang September 100 Soldaten samt Gerät des verlegbaren Brigadegefechtsstands der Panzergrenadierbrigade 41 Vorpommern die zur Republik Litauen gehörende Hafenstadt Memel. Bei der Panzergrenadierbrigade 41 handelt es sich um Jäger aus Torgelow und Neubrandenburg sowie Soldaten aus Hagenow (Mecklenburg-Vorpommern) und Aufklärer aus Eutin (Schleswig-Holstein). Sie sollen die Ostflanke der NATO verstärken. Das Forward Command Element (FCE) soll im 250 Kilometer entfernten Rukla stationiert werden, wo die Bundeswehr bereits seit 2017 den Kern einer NATO-Kampftruppe stellt. Auch 40 Bundeswehrfahrzeuge wurden für den Weitertransport nach Rukla in Memel entladen.

Hintergrund der Verlegung ist die Zusage von Bundeskanzler Olaf Scholz, die in Litauen stationierten NATO-Kräfte zu verstärken. Zwar sollte schon seit fünf Jahren die von Deutschland geführte NATO-Kampftruppe Litauen für den Fall eines russischen Angriffs schützen, nach dem Angriff auf die Ukraine sollte dieser Schutz aber verbessert werden. Deutschland soll dabei eine Kampftruppen-Brigade mit 3000 bis 5000 Soldaten für Litauen führen.

Der deutsche Brigadegeneral Christian Nawrat leitet das Führungskommando, das dauerhaft in Litauen stationiert ist. Der größte Teil der Soldaten wird jedoch in der Bundesrepublik bereitgehalten. Dass dieses Gros der Truppe weiterhin in Deutschland verbleibt, ist jedoch nicht das, was sich das baltische Land erhofft hatte. Scholz hatte im Juni mit Präsident Gitanas Nausėda eine schrittweise Aufstockung der Bundeswehrpräsenz in Litauen vereinbart, dabei hatte das Land weit mehr als 100 Soldaten erwartet.



Ankunft in Memel: Deutsche Soldaten kamen mit schwerem Gerät mit einer Fähre über die Ostsee

Foto: pa

Der Kommandeur der litauischen Streitkräfte, Brigadegeneral Arturas Radvilas, bedankte sich in Memel für die Führungsrolle der Bundeswehr bei dieser Aktion. „Dieses Engagement ist für unser Land von großer Bedeutung“, teilte Radvilas nach der Ankunft der Gäste aus der Bundesrepublik mit. „Wir sind entschlossen, eng zusammenzuarbeiten und die notwendigen Schritte zu unternehmen“, so Radvilas weiter.

Nicht, was Litauen erhofft hat

Litauen grenzt an die russische Ostsee-Exklave Königsberg sowie an Russlands Verbündeten Weißrussland. Derzeit ist in dem Baltenstaat im Nordosten Europas ein von der Bundesrepublik geführtes NATO-Bataillon mit etwa 1600 Soldaten

stationiert, davon gehören mehr als die Hälfte der Bundeswehr an.

Memel war im Spätsommer auch das Ziel des ersten freiwilligen Arbeitseinsatzes des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in diesem Jahr. Freiwillige verschiedener Altersklassen und aus allen Regionen Deutschlands setzten zwei Wochen lang den Soldatenfriedhof der Hafenstadt instand.

Etwa 1300 bei den Rückzugsgefechten gefallene deutsche Soldaten fanden 1944 ihre letzte Ruhe in Memel. Derzeit liegen dort 1855 Gefallene. Im Auftrag der Bundesregierung hat der Volksbund diesen Friedhof nach der friedlichen Revolution 1991 zu einem Sammelfriedhof ausgebaut. Von den kleineren deutschen Soldatenfriedhöfen in den umliegenden

Bezirken sollen sukzessive die sterblichen Überreste weiterer Soldaten nach Memel überführt werden. Wegen dieser Umbettungen mussten der Friedhof erweitert und Bodenflächen ausgeglichen werden. Dazu waren die Freiwilligen im Einsatz, die Bundeswehr hatte mit Zelten und Sitzgarnituren sowie einer Gulaschkanone einen zweckmäßigen Versorgungsbereich aufgebaut.

Am Hochkreuz, vor einer Ehrenabordnung der litauischen Marine, berichtete Volksbund-Koordinator Bodo Henze von den Aufgaben und Ergebnissen der zurückliegenden Wochen. Der Bürgermeister von Memel, Vytautas Grubliauskas, und der deutsche Honorarkonsul Arūnas Baublys dankten für den geleisteten Arbeitseinsatz.

MELDUNGEN

Verschwinden die Kiefern?

Taberbrück – Die Förster der Oberförsterei Liebemühl, Kreis Osterode, schlagen Alarm. Die Kiefern im Naturreservat „Taberbrücker Kiefern“ nähern sich dem Ende ihrer biologischen Existenz. Sie sterben ab, da sie ein geschwächtes Wurzelsystem haben. Bei einem Sturm im Juli dieses Jahres ist ein sehr bekannter Baum umgefallen, ein fester Punkt auf der Route aller Besucher des Reservats. Er war wegen seiner Qualität und Maße als Zuchtbaum ausgewählt worden. Die Taberbrücker Kiefern wurden schon seit der Zeit des Deutschen Ordens gehandelt, als Mastbäume genutzt und sogar auf der Weltausstellung in Paris 1900 präsentiert. Die jetzigen Kiefern sind etwa 250 Jahre alt und bis zu 40 Meter hoch, tragen aber zuletzt weniger Zapfen mit weniger Samen. Von dem gestürzten Baum gibt es viele Nachfahren überall auf der Welt, aber es ist nach Aussage der Förster wichtig, neue Setzlinge dort zu pflanzen, woher diese Kiefern kommen. Samen von einigen prachtvollen Bäumen des Reservats sind zur Aufzucht jedenfalls vorhanden. U.H.

Neue Regeln für Autofahrer

Allenstein – Ab dem 31. Oktober müssen in der gesamten Republik Polen alle Autofahrer eine Flasche oder einen Kanister mit Scheibenwaschwasser zum Auffüllen der Scheibenwaschanlage des Fahrzeugs bei sich führen. Eine Ein-Liter-Flasche soll laut Angaben des Vertreters der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein vor Ort jedoch ausreichend sein. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung droht ein Bußgeld in Höhe von umgerechnet gut 100 bis zu mehr als 1000 Euro. PAZ

ALLENSTEIN

„Patriotische“ Bänke müssen weichen

Aufstellung erfolgte ohne Ausschreibung – Opposition prangert Steuerverschwendung an

Ende November soll die sogenannte patriotische Sitzbank vor dem Woiwodschaftsamt in Allenstein entfernt werden. Ein ähnliches Schicksal wird auch andere Anlagen dieser Art im ganzen Land ereilen. Die Idee des Projekts war, in jeder der 16 Woiwodschaften Bänke mit Unterständen mit den Umrissen des Territoriums der Republik Polen aufzustellen.

Wie die überregionalen Medien meldeten, werden diese Installationen jedoch nur bis Ende November an den jeweiligen Orten verbleiben. Dies gab Beata Daszyńska-Muzyczka, Vorsitzende der Nationalen Wirtschaftsbank (Bank Gospodarstwa Krajowego), bekannt. Die Kosten für eine solche Anlage belaufen sich auf etwa 20.000 Euro. Insgesamt zahlte die staatliche Bank also rund 320.000 Euro für die Errichtung der patriotischen Bänke.

Bemerkenswert ist, dass für die Errichtung der Bänke keine Ausschreibung erfolgt ist. Abgeordnete der Oppositionsparteien wetterten kürzlich, dass die Aufstellung von Bänken für solch hohe Summen



Stein des Anstoßes: Eine der „Nationalbänke“ in Allenstein

Foto: D.K.

eine Verschwendung öffentlicher Gelder darstelle, während es in einer Zeit galoppierender Inflation Hunderte notwendiger und dringender Aufgaben gäbe. Die patriotischen Sitzbänke sollten Teil einer von der Nationalen Wirtschaftsbank unterstützten Kampagne zur Förderung der Republik Polen sein.

Äußerst mangelhafte Verarbeitung

In Allenstein wurde die Bank vor dem Woiwodschaftsamt aufgestellt und so ausgerichtet, dass die darauf Sitzenden bestens ein bestimmtes Objekt bewundern können – das umstrittene sowjetische Denkmal zur „Befreiung der Ermländischen und Masurischen Erde“. Das hatte die vielen kritischen Stimmen nur noch lauter werden lassen. Vor einiger Zeit veranstaltete die Ortsgruppe des Komitees zur Verteidigung der Demokratie eine Demonstration vor dem Amtsgebäude, bei der es unter anderem darum ging, die ausgeklügelte, 15 Punkte umfassende Sitzbankbenutzungsordnung ins Lächerliche zu ziehen.

Wenn man davon ausgeht, dass die Anlagen Ende November verschwinden, kostete jeder Tag der landesweiten Aktion den Steuerzahler rund 3400 Euro. Mittlerweile stellte sich heraus, dass die bauliche Ausführung der Sitzbänke bereits wenige Tage nach der Montage in Breslau begannen sich die Platten, aus denen die Grundlage des Bauwerks bestand, zu lösen.

In Posen zum Beispiel hielt die Konstruktion den starken Regenfällen nicht stand, die hölzernen Teile des Gerüsts wurden beschädigt und die Farbe von der Überdachung weggespült. In Rzeszow wackelte das Treppengeländer bereits wenige Tage nach der Montage. In Breslau begannen sich die Platten, aus denen die Grundlage des Bauwerks bestand, zu lösen.

Die Idee, patriotische Bänke aufzustellen, wurde unter anderem vom Abgeordneten der oppositionellen Bürgerlichen Koalition, Dariusz Joński, scharf kritisiert: „Sie sind ein Machtsymbol der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit: teuer, geschmacklos und sie erregen bitteres Gelächter.“ Dawid Kazański

Wir gratulieren...



Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kerstan, Waltraud, geb. **Nowotka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November

Purwin, Brigitte, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 8. November

Roeder, Erika, aus Markau, Kreis Treuburg, am 7. November

Sabrowsky, Lotti, aus Eisenburg, Kreis Heiligenbeil, am 5. November

Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Heise, Paul, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 7. November

Köhler, Hanna, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November

Neumann, Waltraud, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November

Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November

Petersen, Edith, geb. **Zakrzewski**, aus Bartengut, Kreis Neidenburg, am 6. November

Steinert, Eva, geb. **Kropeit**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Babbel, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 7. November

Blankenhein, Irene, geb. **Wosylus**, aus Heydekrug, Kreis Wehlau, am 10. November

Bondzio, Günther, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 5. November

Nowack, Erika, geb. **Bahlo**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November

Sauerland, Edith, geb. **Bloch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. November

Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November

Stübbe, Horst, aus Seegertswalde, Kreis Mohrunen, am 5. November

Werner, Erna, geb. **Noetzel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Hella, geb. **Alex**, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. November

Blessing, Gertraud, geb. **Kiparski**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Daebel, Erich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November

Geisler, Erika, geb. **Tonk**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 4. November

Glowatzki, Liesbeth, geb. **Kraffzik**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 6. November

Hellwich, Alfred, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 4. November

Heynemann, Brigitte, geb. **Schorby**, aus Lyck, Danziger Straße 37, am 10. November

Kaufmann, Hannelore, geb. **Weichert**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November

Kaufmann, Maria, geb. **Schulz**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 5. November

Klimaschewski, Siegfried, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. November

Mittelstädt, Elfriede, geb. **Brodowski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November

Przyborowski, Edeltraut, geb. **Dziadek**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. November

Völker, Inge, geb. **Lengwenus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 6. November

Weituschat, Bruno, Lenzendorf, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bromberg, Lisbeth, geb. **Schmittka**, aus Großalbrechtstorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Heinrich, Willi, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 4. November

Kobus, Lucie, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 9. November

Koschorrek, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 8. November

Mittag, Ingelore, geb. **Bendrien**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 8. November

Nötzig, Edith, geb. **Langecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November

Rilat, Wolfgang, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 10. November

Salomon, Gerhard, aus Samplaten, Kreis Ortelsburg, am 10. November

Schiffer, Hans-Georg, aus Lueken, Kreis Ebenrode, am 10. November

Stotz, Elli, geb. **Krause**, aus Warscheiten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. November

Wrobel, Heinz, aus Lyck, Steinstraße 4, am 6. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blaurock, Horst, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. November

Erzberger, Heinz, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 6. November

Krebstekies, Heinz, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 8. November

Kuberski, Edeltraut, geb. **Olschewski**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 4. November

Kulozik, Christa, geb. **Petermann**, aus Nötticken, Kreis Fischhausen, am 7. November

Lange, Klaus, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 8. November

Lepenis, Helga, aus Nikolaiken, Kreis Sensburg, am 29. Oktober

Masuch, Gerda, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 10. November

Montzka, Bernhard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 10. November

Schwarz, Anneliese, geb. **Karschau**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 8. November

Spittka, Gertrud, geb. **Sontowski**, aus Ostfließ, Kreis Ortelsburg, am 9. November

Traska, Eitel, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 4. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Angermann, Gerda, geb. **Sodeikat**, aus Hellbrun, Kreis Ebenrode, am 5. November

Dannowski, Ilse, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. November

Göring, Gertrud, geb. **Quallo**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. November

Graszat, Erhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 10. November

Hippe, Gabriele, geb. **Willamowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 6. November

ANZEIGE

4 Wochen gratis lesen
Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Kaufmann, Elisabeth, geb. **Krohm**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 4. November

Krawelitzki, Martin, aus Lyck, am 5. November

Lüders, Eva, Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, am 9. November

Plath, Helga, geb. **Fischer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. November

Marquardt, Alfons, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 5. November

Ramm, Inge, geb. **Biermann**, aus Wokellen, Kreis Preußisch Eylau, am 9. November

Roose, Erhard, aus Jaugehnen, Kreis Fischhausen, am 9. November

Schild, Wilfried, aus Neidenburg, am 5. November

Seidensticker, Ilse, geb. **Quallo**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. November

Werschull, Hildegard, geb. **Hundrieser**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 9. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brien, Doris, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. November

Conrath, Siegburg, geb. **Kühn**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 4. November

Dibbern, Hans-Jürgen, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 5. November

Erwied, Siegmund, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 6. November

Geissler, Urte, geb. **Friedrichkeit**, aus Lötzen, am 7. November

Horn, Renate, geb. **Fechter**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. November

Kordas, Rosemarie, geb. **Schwarck**, aus Lötzen, am 5. November

Kraska, Adalbert, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 4. November

Kuhr, Rüdiger, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 7. November

Wolf, Werner, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 4. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Konopka, Udo, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November

Stiftung
»Zukunft für Ostpreußen!«

Forst Fugger Privatbank
IBAN: DE56 7203 0014 1002 6349 83
BIC: FUBKDE31

Zusendungen für die Ausgabe 46/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 46/2022 (Erstverkaufstag 18. November) **bis spätestens Dienstag, den 8. November**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Ostpreußisches Landesmuseum**

Lüneburg – Sonnabend und Sonntag, 5. bis 6. November, 10 bis 18 Uhr, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 2,50 Euro (inklusive Besuch der Dauerausstellung: Museumsmarkt 2022 – Tradition trifft Modernes.

Eröffnung mit Bürgermeisterin Christel John am Freitag, 4. November, 18.30 Uhr, Eintritt frei!

Die lebendige Präsentation von traditionellem Handwerk und modernem Design lockt in diesem Jahr am ersten Novemberwochenende wieder auf den beliebten Museumsmarkt des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, Telefon (0421)
3469718

Markt der Ost- und Westpreußen

Bremen – Donnerstag, 17. bis Freitag, 18. November, Einkaufszentrum Berliner Freiheit: Markt der Ost- und Westpreußen. Seit 13 Jahren gibt es in Bremen-Vahr den Markt der Ost- und Westpreußen. Er soll auch in diesem Jahr an zwei Tagen ganztägig veranstaltet werden. Die Veranstalter der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen wissen, dass das Interesse an den Heimatgebieten und deren Kultur und Geschichte nach wie vor groß ist.

Hauptattraktion des Marktstandes wird erneut das Verkaufsangebot mit Marzipan, Büchern, Landkarten und Kalendern, vor allem aber das äußerst umfangreiche Antiquariat sein.

Gerade in der heutigen Zeit, in der es immer weniger Neuerscheinungen der Literatur und von Sachbüchern aus Ost- und Westpreußen gibt, ist das umfangreiche Angebot der Landsmannschaft für Liebhaber solcher Bücher eine wahre Fundgrube. Mehrere Hundert gebrauchte Bücher können wieder gekauft werden. Das Antiquariat füllt sich übers Jahr immer wieder auf, weil Angehörige verstorbener oder in eine Heimwohnung verzogene Vertriebenen um den kulturhistorischen Wert dieser Bücher wissen und dankbar sind, sie nach einer Wohnungslösung der Landsmannschaft spenden zu können.

Doch es geht den Bremer Ost- und Westpreußen nicht nur um den Verkauf ihrer kulturellen Schätze. Mehr und mehr kommen auch junge Menschen der Enkelgeneration der Vertriebenen an den Stand, die sich für die Heimat ihrer Großeltern und damit auch für ihre eigenen familiären Wurzeln interessieren. Sie realisieren, dass der oft schon eingetretene Verlust der Vorfahren auch Fragestellungen nach Einzelheiten deren Lebens und deren Herkunft vereilt. Wenn sie vielleicht auch nicht einmal wissen, wo sie deren Heimat verorten können, helfen Karten und Findbücher, die von den Veranstaltern des Infostandes gerne zur Verfügung gestellt werden.

Der Stand lässt viele Besucher jedes Jahr erneut staunen, wirkt er doch „positiv aus der Zeit gefallen“. Die Veranstalter freuen sich daher auch in diesem Jahr wieder auf zahlreiche Begegnungen und Gespräche. *Heinrich Lohmann*



Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Christkindmarkt

Hamburg – Sonnabend, 12. November, 10.30 bis 16.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Christkindmarkt. Der Stand



Holzmindener feiern: Treueurkunden und Blumen für Marianne Nütz, Gisela Ehrenberg und Pastor i.R. Günther Grigoleit *Foto: Renate Bohn*

der Ostpreußen wird in diesem Jahr nicht vertreten sein.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

75 Jahre Holzmindener Ostpreußengruppe

Holzmindener – Für die Holzmindener Ostpreußengruppe war dieser Nachmittag im Vereinsheim „Felsenkeller“ mehr als ein gemütliches Zusammensein. Die Vorsitzende Renate Bohn hatte alle Mitglieder und Gäste zum 75. Gründungsjubiläum eingeladen. Besinnlich warf sie einen Blick auf die Geschichte der Gründung dieser Gruppe im November 1947. 1944 Flucht und Vertreibung und der Weg der Menschen in den Westen. Viele verschlug es, zuletzt bis 1947, ins Weserbergland, in die kleine Ackerbürgerstadt Holzmindener, am Rande des Sollings. Durch das Schicksal verbunden trafen sich im November 1947 die ersten Ostpreußen in der „Lutherschänke“. Daraus entstand die Ortsgruppe Holzmindener in der Landsmannschaft Ostpreußen. 1. Vorsitzende war zunächst Elisabeth Sievert, gefolgt von Dieter Schlokat, Heinz Müller, ab 1976 Lothar Brzezinski und seit 2011 wahrscheinlich als letzte Nachfolgegeneration Renate Bohn. Mühsam war der Anfang damals ab 1947. Was gab es da für Schreibarbeiten, Papier war knapp, keine Schreibmaschine, geschweige Computer oder Handy. Und doch wurde die Geselligkeit gepflegt, man hatte sich viel zu erzählen. Anfang der 50er Jahre wurde ein Chor gegründet, beginnend mit Dieter Schlokat, Johanna Achenbach und ab 1984 Gisela Ehrenberg. Der Chor war die tragende Säule der Landsmannschaft, präsent auf jeder Weihnachtsfeier, bei Veranstaltungen, Geburtstagen, Hochzeiten und auch auf dem letzten Lebensweg. Beliebt waren die Weihnachtsfeiern. Weit über 100 Mitglieder mit ihren Familien und Kindern erlebten einen unterhaltsamen Nachmittag mit Kaffee und Selbstgebackenem aus der

Weihnachtsbäckerei. Und es kam der Weihnachtsmann persönlich mit prall gefüllten Geschenksäckchen für Groß und Klein. Die älteren Mitglieder erhielten eine Weihnachtstüte mit Keksen, Äpfel, Nüssen, die die Weihnachtsbäckerrinnen gemeinsam befüllt hatten. Vor diesen Feiern fand ab 1975 ein Gottesdienst in Altpreußischer Union statt. Ein Geschenk des Himmels war es, dass ausgerechnet ihr Mitglied Günther Grigoleit Pfarrer war. Zunächst in der Lutherkirche, ab 1980 in der St. Paulikirche in Altendorf und seit 2018 vor der traditionellen Weihnachtsfeier im Restaurant „Felsenkeller“. Die Mitglieder sind inzwischen auch älter geworden, die Beine wollen nicht mehr so recht, somit wurde die adventliche Andacht von der nicht ganz nahen Kirche ins Restaurant verlegt.

Damals stolperten auch noch drei als Vagabunden verkleidete Kerle lautstark in den Saal mit Teufelsgeige und Brummtopp, um ein paar „Dittchen“ für Spendenzwecke zu erbitten. Alle Jahre wurden Mehrtagesfahrten unternommen, die erste Busfahrt führte 1987 nach Masuren, der nördliche Teil Ostpreußens blieb vorerst noch verwehrt. Diese Fahrten stimmten traurig, was aus dieser einstigen „Kornkammer“ Ostpreußens mit seinen dunklen Wäldern, den goldenen Feldern und den Seen geworden ist. Diese ist wirklich immer noch eine rege Gruppe mit abwechslungsreichem Jahresprogramm, auch wenn die Mitgliederzahl kontinuierlich sinkt und kaum Jugend interessiert nachrückt. Auch gibt es die Wandergruppe nicht mehr und 2010 löste sich der Chor mangels Stimmen auf. Diese Gruppe ist zu einer kleinen ostpreußischen Familie fest zusammengewachsen. Leider litten durch die Pandemie die Treffen, und auch heute waren alle achtsam. Und so trafen sich immerhin 24 Personen, um das 75-jährige Bestehen der Ostpreußengruppe bei Kaffee und Kuchen zu feiern. Das jüngste sehr interessierte Mitglied, Julian Patzer, hatte eigens zum Jubiläum drei Himbeerkuchen gebacken, dazu eine zum Kuchen passende Geschichte gekonnt vorgelesen, Renate Bohn machte auf der Leinwand eine spannende Fotoreise der vielen Vereinsaktivitäten seit 1988.

Höhepunkt waren Treueurkunden und ein bunter Herbststrauß für langjährige Mitglieder: Marianne Nütz (56 Jahre), Gisela Ehrenberg (65 Jahre) und Pastor i.R. Günther Grigoleit (51 Jahre) Es war ein harmonischer „75. Geburtstag“. Bohn dankte allen Mitgliedern für ihre Treue. „Eigentlich gebührt jedem Mitglied eine Treueurkunde“. Mit dem Ostpreußenlied war der Nachmittag been-

det. Das nächste Treffen ist das Königsberger Klopsessen am 20. November und am 4. Advent die Weihnachtsfeier. *R. B.*

Vortrag mit Bildern

Oldenburg – Mittwoch, 9. November, Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg-Eversten, 15 Uhr, Telefon (0441)5009-0: Reisebericht von Prof. Dr. Siegmund Fröhlich: „Neues aus der Marienburg, Wolfsschanze und Wanderungen um Lyck und auf dem Lycker See“; Ein Vortrag mit Bildern. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.



Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Volkstrauertag

Bielefeld – Sonntag, 13. November, 14 Uhr, Kreuz der Gedenkstätte der ostdeutschen Landsmannschaften auf dem Sennfriedhof: Volkstrauertag der Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen Bielefeld. Der Veranstaltungsort ist gut zu erreichen über den Eingang Mitte/Friedhofstraße. Gerade jetzt, wo wieder Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa geschehen, wollen wir mahnen und für den Frieden beten. Den Gottesdienst leitet Pastor i.R. Falk, die musikalische Begleitung übernimmt der Posaunenchor „Hunte-taler Bläserquartett“.

Anschließend treffen wir uns im nahen Kaffee zum Plachandern. Wir laden alle interessierten Menschen ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Info und Anmeldung unter (0521) 82026 (Die Telefonnummer in der PAZ-Ausgabe 43 enthielt eine Null zu viel).

Treffen

Essen – Freitag, 18. November, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen.



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe und Tremsbüttel – Im Juli waren die Ost- und Westpreußen zu Gast bei Annemarie Knopf in Tremsbüttel. Zu Beginn las Renate John das Gedicht „Der Apfelbaum in meines Vaters Garten“ von Eva M. Sirowatka. Der Mensch erlebte als Kind Vaters Garten und den Apfelbaum als Paradies. Im Leben wanderte er über viele Straßen und Wege, die aber zu keinem Ziel führten. Er hatte das Gefühl, nur im Kreis gelaufen zu sein. Eines Tages kommt er wieder in Vaters Garten, streicht über die Rinde des alten Apfelbaumes. Und damit ist er endlich am Ziel seiner Reise angekommen.

Weiter ging es mit Allenstein, dem Sitz des Regierungspräsidenten, der größten Stadt des Ermlandes und wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt Südostpreußens. Das ermländische Domkapitel errichtete eine Kapitelburg mit Mühle und Ansiedlung. Die Handfeste erhielt die Stadt am 31. Oktober 1353 vom Domkapitel. Vier Großbrände zerstörten die Stadt – 1622 blieben nur Schloss, Pfarrkirche und die Ringmauern verschont. Die Große Pest von 1709 bis 1711 raffte ein Drittel der Einwohner dahin. Im Januar 1807 besetzten Franzosen die Stadt und plünderten drei Tage lang. Am 3. Februar 1807 traf Napoleon in Allenstein ein.

1772 kam Allenstein zu Preußen. Bis dahin hatte kulmisch magdebургisches Recht gegolten. 1871 wurde Allenstein Kreisstadt mit 2100 Einwohnern. Erst nach dem Bau der Bahnstrecke von Thorn

nach Insterburg nahm die Bevölkerung zu. 1905: Sitz der Regierung Südostpreußens.

Ziegeleien, Mühlen, Maschinen- und Möbelfabriken, Getreide- und Holzhandel, eine Zündholzfabrik und eine Glockengießerei bestimmen die blühende Wirtschaft.

Die Stadt im Grünen und die landschaftlich reizvolle Umgebung locken Feriengäste an. Besondere Baudenkmale: St.-Annenkapelle, die nach 1772 der evangelischen Gemeinde diente, St.-Jakobikirche, 1315 einbaut, eine der bedeutendsten Bauten der Backstein-Gotik. Bis 1866 hatte sie 12 Altäre. Im Winter 1807 hielten die Franzosen in der Kirche 1500 deutsche und russische Soldaten gefangen. Hohes Tor, das einzige erhaltene Stadttor, wurde Jugendherberge und Stadtgefängnis.

Persönlichkeiten: Benno Böhm, geb. 1891, Sohn eines Realschullehrers, kehrte nach dem Studium als Gymnasiallehrer zurück, schrieb über Sokrates im 18. Jahrhundert, war ein hervorragender Pädagoge. Lucas David, geb. 1503 Sohn eines Tuchmachers, Magister an der Univ. Leipzig, schloss sich 1533 der Lehre Martin Luthers an, kehrte 1540 als Kanzler des Kulmer Bischofs in die Heimat zurück, trat dann in den Dienst des Herzogs von Preußen, schrieb eine Preußische Chronik und wurde Bahnbrecher der preußischen Geschichtsschreibung. Erich Mendelsohn, geb. 1887, Architekt, führte seit 1919 größere Bauten aus: Einsteinurm in Potsdam. Kaufhäuser in Nürnberg, Stuttgart, Chemnitz und Bamberg. In Jerusalem baute er das Medizinische Zentrum der Universität und die Anglo-Palästina Bank. Als Professor lehrte er in Kalifornien. Hugo Haase, geb. 1863, Jurist und Politiker, leitete zusammen mit Friedrich Ebert - 1. Reichspräsident der Weimarer Republik - von 1911 bis 1916 die SPD. Er starb an den Folgen eines Attentates.

Klaus-Joachim Zülch, geb. 1910, Sohn des Allensteiner Oberbürgermeisters, arbeitete in der Hirntumorforschung.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Wenn Ihr an mich denkt, dann seid nicht traurig. Erzählt lieber von mir und traut Euch ruhig zu lachen.

Lasst mir einen Platz unter Euch, so wie ich ihn im Leben hatte.

Eine Ära geht zu Ende.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Christel Kloevekorn

geb. Gehlhar

* 12. Dezember 1919 in Lötzen/Ostpreußen † 12. September 2022 in Köln/Rheinland

In Liebevoller Erinnerung

**Frank und Ute
Philipp und Susanne mit Johannes und Friedrich
Jan und Lea mit Max, Tom und Ina
Anna und Gunnar mit Jonathan und Elias
Rüdiger und Wiebke
Ulf und Beate
Maike und Markus mit Marla und Mads
Bärbl
Timm
Moritz und Franziska mit Amalie
Lotte und Mirko mit Freya und Britta
sowie alle Anverwandten**



Traueranschrift: Christel Kloevekorn,
c/o Bestattungen Frings GmbH, Hauptstr. 63, 53819 Neunkirchen
Die Beisetzung findet im engsten Kreis statt.

Anstelle von freundlich zugedachten Blumen und Kränzen bitten wir, im Sinne der Verstorbenen, um eine Spende an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Commerzbank Kassel IBAN: DE23 5204 0021 0322 2999 00

Kennwort: **Christel Kloevekorn**

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15

Allenstein war auch als Schulstadt bekannt.

1939 hatte die Stadt 50.396 Einwohner. Regierungsbezirke in Ostpreußen waren außerdem Königsberg und Gumbinnen; von 1920 bis 1939 auch Marienwerder.

Gespräche zu verschiedenen Themen schlossen sich an. Die Teilnehmer dankten Annemarie Knopf für den gelungenen Nachmittag.

Gisela Brauer

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg - Sonntag, 13. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenhügel: Volkstrauertag.

Flensburg - Bericht: Das Treffen anlässlich des Tages der Heimat am 18. Oktober war wieder gut besucht. Der Vorsitzende Hans Legies begrüßte als Gäste Brigitte Kulessa und Manfred Rütlein, die von der Ortsgruppe Neumünster nach Flensburg gekommen waren, gab einen kurzen

Überblick über den weiteren Tagesablauf und trug zum Sachstand der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Stein des Ostens“ am Totensonntag vor. Anschließend war ausreichend Zeit zum Plachandern - vor wie während des traditionellen, reichhaltigen Wrukenessens.

Nach einem kurzen Überblick des Vorsitzenden über die bisherigen Festlegungen für unser Jahresprogramm 2023 trug Bärbel Hansen aus Tellingstedt vor. Sie hatte zwei Erzählungen ausgewählt, um beiden bei uns vereinigten Landsmannschaften gerecht zu werden.

Zum einen war dies „Schmalhans war Küchenmeister“ von Franz Rehbein aus dem Buch „Kindheitserinnerungen aus Pommern“, worin der Autor die Situation der ärmeren Bevölkerung - hier ein Schneidermeister mit seiner Familie - zur Zeit Wilhelms I. in anschaulicher Weise darstellte, autobiographische Züge eingeschlossen.

Für die Ostpreußen hatte die Vortragende die Erzählung „Unter Tage“ aus dem Buch „Wolfslund oder Geschichten aus dem alten Ostpreußen“ von Arno Surminski ausgewählt, welche im Preußen Wilhelms II. beginnend und bis in die 1920 Jahre reichend deutlich später spielt als die Erzählung aus Pommern. Auch hier war die Beschreibung der Lebensumstände in damaliger Zeit sehr aufschlussreich.

Zum Abschluss hatte sich Bärbel Hansen noch ein Ratespiel ausgedacht und stellte zu jeder der Geschichten fünf Fragen an das Auditorium. Die drei Zuhörer mit den meisten richtigen Antworten erhielten als Präsent einen Thermobecher „Heimat“ oder zwei vierwöchige Abonnements der PAZ - eine gelungene Überraschung.

Mit einer Tasse Kaffee und einem Stück Blechkuchen, weiterem Plachandern und dem Singen des Ostpreußen- wie Pommernliedes ging ein gemütlicher wie informativer Nachmittag zu Ende.

Michael Weber

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf - Vor unserem diesjährigen Mohrunger Heimatkreistreffen fand am 16. September die Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2021 statt.

Im Anschluss daran fanden die Kreis- und Kreistags-Sitzungen statt. Schriftliche Einladungen erfolgten termingemäß. Die Tagungsordnungspunkte wurden intensiv behandelt.

Schatzmeister Frank Panke und der Vorstand wurden für das Geschäftsjahr 2021 entlastet, da die Kassenprüfung ohne Beanstandungen durchgeführt wurde.

Die Vorstands-Mitglieder berichteten über die Vereinsarbeit. Kreisvertreterin teilt mit, dass die Bruderhilfegelder für 2022 in Mohrungen und Umgebung an hilfsbedürftige Landsleute ausgezahlt wurde. Über die finanzielle Unterstützung freuten sich die Empfänger sehr.

Am 27. August feierte der Verein der Deutschen Bevölkerung „Herder“ sein 30-jähriges Jubiläum.

Eine Delegation der Kreisgemeinschaft hat an den Feierlichkeiten, die in der Kirche und im Gemeindesaal der Michal-Kozal-Gemeinde in Mohrungen stattgefunden haben, teilgenommen. Es folgten Grußworte, Glückwünsche in deutscher und polnischer Sprache, Blumen und Geschenke wurden der Vorsitzenden Urszula Manka übergeben. Es bleibt ein unvergessenes Fest und eine starke Leistung des Herder-Vereins!

Es gab am 4. September noch einen besonderen Anlass, und zwar die Einweihung des Gedenksteins auf dem Immanuel-Kant-Platz in Groß Arnsdorf im Kreis Mohrungen. Dieser soll an die deutschen und polnischen ehemaligen Einwohner, die auf diesem Friedhof ruhen, erinnern. Von der Kreisgemeinschaft haben an den Feierlichkeiten Marlene Wölk, stellvertretende Kreisvertreterin und Axel Pohl teilgenommen und ein Blumengesteck von der KG

Mohrungen niedergelegt. Für Pohl, der Vorfahren aus Groß Arnsdorf hat, war es eine besonders bewegende Teilnahme.

Sehr erfreut waren wir über die gute Teilnehmerzahl, die zum Heimatkreistreffen kamen. Einlass in die Veranstaltungsräume war am 17. September Uhr mit der Begrüßung der Teilnehmer und Eröffnung der Ausstellung: „Trakener Pferdezucht - UNESCO-Weltkulturerbe“ durch Kulturreferentin Gisela Harder. Die Ausstellung war sehr interessant und hat bei den Teilnehmern großes Interesse gezeigt. Danach ging es zum Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumenniederlegung.

Am Abend folgte ein Vortrag von Josephina Strößner: Das Konstrukt „Heimat“ im Nachkriegsdeutschland - Musik und Brauchtum ostpreußischer Vertriebener! Danach fand ein gemütlicher Abend mit Musik und kulturellen Einlagen.

Die Feierstunde am Sonntag wurde mit Glockengeläut aus dem Königsberger Dom eröffnet. Danach gemeinsamer Gesang: „Land der dunklen Wälder ...“. Musikalisch begleitete uns Josephina Strößner auf der Querflöte.

Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin. Grußwort der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, in Vertretung vorgetragen von Christopher Spatz, dem Leiter des Verbindungsbüros zur Landesbeauftragten im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Grußworte wurden auch von der Patenstadt Gießen übermittelt. Geistliches Wort und Totenehrung sprach Pfarrer i.R. Gerd E. Friede Kolakowski. Festrede: „Gegen das Vergessen; Heimat, Menschen, Vertreibung“ von Horst Sommerfeld.

Gehrt wurde mit dem „Ehrenzeichen in Silber“ Bernd Krause für seine Leistungen und seinen Einsatz für die Kreisgemeinschaft Mohrungen und Ostpreußen.

Nach den Schlussworten der Kreisvertreterin sangen wir gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandliedes. Die Mitgliederversammlung fand nach dem gemeinsamen Mittagessen statt.

Wichtige Bekanntgabe

Die Amtszeit des 9. Kreistages der KG Mohrungen e.V. läuft im Herbst 2023 aus. In den Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten Herbst/Winter-Ausgabe 2022 erhalten Sie weitere Informationen! Unser nächstes Heimatkreistreffen wird am 2. und 3. September 2023 stattfinden. I.T.



Mohrunger in Bad Nenndorf: Das nächste Heimattreffen der Kreisgemeinschaft findet am 2. und 3. September statt Foto: Ingrid Tkacz

PAZ wirkt!

Rätsel

A large crossword puzzle grid with various clues in German. The clues include words like 'seelischer Schock', 'Klasse, Gattung', 'Frau, die ein fremdes Kind stillt', 'Fischfanggerät', 'Amtstracht', 'im Kehl- kopf erzeugter Klang', 'Grundform, Muster, Idee', 'Fluss durch München', 'dt. Tennisspieler (Tommy)', 'Unfug, Dummheit', 'Abgasreiner (Kurzwort)', 'elektronische Post (engl.)', 'Futterpflanze', 'Kleideraufhänger', 'Essen, Speise', 'indisches Getränk aus Joghurt', 'Abk. für Bundeskriminalamt', 'sich eingeklebt hin u. her wiegen', 'Malkäferlarve', 'Lappe', 'Prüfer', 'Bergweide', 'männlicher Nachkomme', 'Wirklichkeit', 'durchtriebene Person', 'Heidekraut, Frauenname', 'längster Fluss Albaniens', 'eine Ware bestellen', 'griech.-römischer Gott', 'mittel- u. südamerikanische Währung', 'britischer Sagenkönig', 'gebrannter Zucker', 'Nachkommen aus Eiern', 'Radio-, Fernsehübertragung', 'unaufhörlich; unbegrenzt', 'Schafjunges', 'griechische Halbinsel', 'Kauf, Anschaffung', 'Klage- lied', 'kleines, spitzes Bruchstück', 'trocken; mager', 'Binde- wort', 'am Tages- ende', 'Werk Homers', 'kurzer, leichter Galopp (Reiten)', 'eine der Nordfriesischen Inseln', 'Abfahrt, Verlassen eines Ortes', 'Stück vom Ganzen', 'Mehrzahl (Grammatik)', 'Rest im Glas', 'Duftstoff, Moschus', 'Vorname Einsteins', 'Wohnung, Heim', 'geübter Wunsch', 'Staat in Süd- asien', 'undichte Stelle', 'Hauptstadt von Rheinl.-Platz', 'Vornamen', 'Fischfanggerät', 'Idol, Kultfigur', 'Moeresalgenpflanze', 'Luftkurort im Odenwald', 'kuban. Politiker: ... Guevara', 'asiatischer Affe', 'Kommunikationsform im Internet', 'Kriechtier', 'kühne Unternehmungslust', 'selbstsüchtiger Mensch', 'getrocknetes Gras', 'starkes Schiffsseil', 'Zarenname', 'immer, zu jeder Zeit', 'kuban. Politiker: ... Guevara', 'kostspielig', 'Asiat, Kaukasier', 'englische Schulstadt', 'sandfarbene (franz.)', 'Blechblasinstrument', 'edle Blume', 'Zarenname', 'Begeisterung, Schwung', 'gefeierter Künstler', 'Radmittelstück', 'Haut zu Leder verarbeiten', 'Frage- wort (2. Fall)', 'irgendjemand', 'Pfleger, Fürsorger', 'Nationalitätszeichen Tunesien', 'Abk. für Langspielplatte', 'eiförmig', 'Straßenbahn (südd.)', 'Roman von Emile Zola', 'chem. Zeichen für Barium', 'Flaschenmaterial', 'über- teilen', 'Himmelsrichtung'.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 2, 7, 6, 4, 6, 3, 5, 7; Row 2: 5, 2, 9, 3, 7, 6; Row 3: 4, 2, 7, 1; Row 4: 3, 8, 5, 1, 4, 2; Row 5: 3, 5, 2, 8; Row 6: 8, 7, 9, 3.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 placed along the main diagonal. The numbers are: 1, 2, 3, 4, 5, 6.

Diagonalrätsel

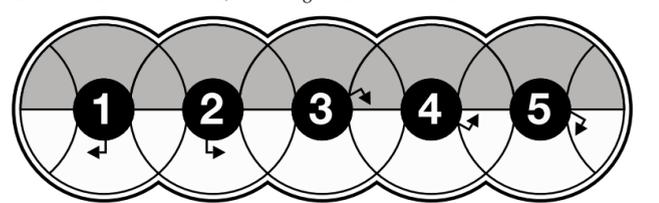
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten.

- 1 kurzer Schrei
2 Anstoß, Anregung
3 Sportrunderboot
4 linker Nebenfluss der Donau
5 selbstsüchtiger Mensch
6 Kirchengalerie

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine spezielle Art der Zierpflanzenanlage.

- 1 Speisemuschel, 2 Art und Weise, 3 schriftlicher Zusatz; Begleitung (ugs.), 4 Uferstreifen zum Baden, 5 Eier legen und ausbrüten



Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE



Ehrungen beim Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Osterode: Zum Ende der Feierstunde ergriff Waldemar Czichon (Mitte) das Wort und nahm mit gesetzten Worten und feierlicher Miene eine Ehrung vor. Uwe Dempwolff (rechts) und Burghard Gieseler (links) erhielten aus seiner Hand das Ehrenzeichen in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Die beiden Geehrten, die von dieser hohen Auszeichnung nichts geahnt hatten, waren sichtlich gerührt und dankbar
Foto: Waldemar Czichon

Tilsit-Ragnit
Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de
Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wrister Str.1, 24576 Wed-delbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Kreistagsitzung 2022
Verden/Aller – Die diesjährige Kreistagsitzung der Kreisgemein-schaft Tilsit-Ragnit fand am 15. Ok-tober statt.

Im Rahmen der seit Jahrzehn-ten bestehenden Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit hatte sich auf der letzten Tagung der drei Vorstände im März ergeben, dass allgemein der Wunsch bestand, Möglichkeiten eines kurz- oder mittelfristigen Zusammenschlusses der drei Vereine möglichst bald zu erörtern. Voraussetzung dazu war die Zustimmung der be-schlussberechtigten Organe unse-rer drei Gemeinschaften.

Tilsit und die Elchniederung hatten sich bereits jeweils einstimmig auf ihren Delegiertenver-sammlungen dafür ausgesprochen, und auch in Verden ergab sich jetzt diesbezüglich eine einstimmige Zustimmung. Auf der nächsten Tagung der drei Vorstände im März in Eisenach, dem sogenannten Nachbarschaftsgespräch, werden also die Beratungen über einen Zu-sammenschluss ihren Anfang neh-men.

Es sei jetzt schon darauf hinge-wiesen, dass im nächsten Jahr wie-der eine Mitgliederversammlung mit Neuwahlen abgehalten wird, wahrscheinlich am 19. Mai in Lü-neburg. Das Nachbarschaftstreffen unserer drei Kreis- beziehungs-weise Stadtgemeinschaften wird eben-falls in Lüneburg stattfinden, am 20. Mai, organisiert von der Kreis-gemeinschaft Elchniederung. Nä-here Angaben über beide Veran-staltungen in Kürze an dieser Stel-le in der PAZ.
Dieter Neukamm, Kreisvertreter

Ostpreußisches Landesmuseum



250 Jahre Teilungen Polen-Litauens – Das Ereignis und seine Folgen für die Ge-schichte Preußens. Mittwoch, 9. November, 18.30 Uhr, Heil-igegeiststraße 38, 21335 Lü-neburg, Eintritt: 5,- Euro: Vortrag von Prof. Dr. Hans-Jürgen Bö-melburg (Gießen).

chen? Kann man die Teilungen in eine lange Geschichte einer preußisch (deutsch)-polnischen Verfeindung einordnen, die erst 1945/47 mit der Auflösung Preußens und Ostpreußens en-dete? Der Vortrag diskutiert aus Anlass des 250. Jahrestages die-se und andere Fragen.

„Die Teilungen Polen-Litauens 1772 – 1793 und 1795, die die polnischen und litauischen Staatlichkeiten für mehr als 120 Jahre von der europäischen Landkarte tilgten und stattdes-sen eine Dominanz Preußens und Russlands festschrieben, jähren sich 2022 zum 250. Mal. Welche Folgen besaß die Erste Teilung 1772 für die preußische und ostpreußische Geschichte, welche neuen Institutionen und Eliten bestimmten die Geschich-te der Region? Wie sah das neu entstandene preußisch-pol-nisch-litauische Verhältnis aus? Inwieweit schufen Begriffe wie „Polnische Wirtschaft“, die im Gefolge der Teilungen entstan-den, langfristig lastende Stereo-type? In welchem Maße können wir von preußischer Geopolitik, ja von preußischem Kolonialis-mus in Ostmitteleuropa spre-

Hans-Jürgen Bömelburg ist seit 2007 Professor für Ostmitteleu-ropäische Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gie-ßen. Zuvor war er wissenschaft-licher Mitarbeiter am Nordost-Institut Lüneburg und am Deut-schen Historischen Institut Warschau, dessen stellvertre-tender Direktor er von 1999 bis 2002 war. Zu seinen For-schungsschwerpunkten zählen die Geschichte der Frühen Neu-zeit Ostmitteleuropas, die deutsch-polnischen Beziehun-gen wie auch Regional- und Stadtgeschichte im östlichen Europa. Darüber hinaus setzt er sich auch mit zeithistorischen Fragestellungen Ostmitteleuro-pas auseinander.

Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.



Landeskulturtagung der LOW in Hessen Die zweitägige Landeskul-turtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landes-gruppe Hessen e.V., bot ein vielfältiges Programm. Einen Schwerpunkt bildete der Vortrag eines Gymnasiallehrers: „Die Vermittlung der The-men Flucht und Vertreibung im Geschichtsunterricht“ mit Vorstellung der im Rahmen eines Abitur-Leistungskurses erarbeiteten Ergebnisse „Im Rücken der Geschichte – vom Schicksal der Ostpreußischen Wolfs-kinder“. Ebenso beeindruckte der Filmvortrag „Der Segen vom Alten-berg – Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus auf dem Altenberg / Wetzlar“. Im Rahmen der Kulturtagung wurde auch die neue Internetseite der LOW vorgestellt.
Foto: HMDIS Hessen

Ein schöner Brauch.

Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

28.11. Annahmenschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige

Große Grußanzeige

Ihr Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schweidnitzer Keller als moderne Bar

Im Breslauer Rathaus wird wieder Bier gebraut – Gaststätte verankert ihren Namen einem mittelalterlichen Privileg

VON FRIEDRICH NOLOPP

Seit dem 2. Juli ist der Schweidnitzer Keller in Breslau nach mehrjähriger Pause wieder geöffnet. Auf der Speisekarte stehen traditionelle Fleischgerichte, aber auch Vegetarier finden etwas für sich. Es gibt zwei wichtige Neuerungen: In das Kellergewölbe wurde eine eigene, kleine Brauanlage eingebaut. Seit dem Spätsommer wird dort unter anderem selbstgebrautes Bier ausgeschenkt. Die zweite Neuerung ist das Design der Gaststätte am Breslauer Ring, die alten Tüfelungen und Holzstühle sind verschwunden, jetzt bestimmen Plastikstühle, Barhocker und moderne Tische die Szene. Das Restaurant sieht nun weniger wie ein bürgerlicher Ratskeller, sondern eher wie eine moderne Bar aus.

Ob Gerhart Hauptmann sich heute in diesem neuen Schweidnitzer Keller wohlfühlen würde? Dem großen schlesischen Schriftsteller war die Gaststätte am Breslauer Ring gut vertraut. Seine Beobachtungen fließen beispielsweise in seinen Roman „Wanda“ mit ein: „Der Schweidnitzer Keller ist schließlich ein Volkslokal. Der Briefträger kann neben den Oberlehrer, der Eckensteher neben den Stadtrat oder Stadtverordneten zu sitzen kommen. Dieser Gedanke, verbunden mit der Wirkung des Bieres, tilgte allmählich die Zurückhaltung, die man anfangs gegen Maskos beobachtete.“ Ob dem Wein-Liebhaber Hauptmann die Stimmung in dieser Bier-Schenke wirklich gefallen hat? Jedenfalls war er dort oft zu Gast und hat den Zechern aufs Maul und in die Krüge geschaut.

Gerhard Hauptmann war Gast

Wenn Gerhart Hauptmann heute die Treppe zum Keller hinabsteigen würde, dann würde ihm im Eingangsbereich die neue Metallplakete auffallen, auf der an die 700-jährige Geschichte der Gaststätte und die vielen prominenten Besucher erinnert wird. Doch unten müsste er fest-



Das historische Rathaus von Breslau: Im Keller befindet sich das umgestaltete Gasthaus

Foto: F.N.

stellen, dass der alte Keller, so wie er ihn kannte, restlos verschwunden ist. All die Wandgemälde, die Holzstühle und -stühle, die Kannen und Krüge, die Ausschmückungen der Buchten – alles ist weg. Dies ist für den heutigen Betrachter auch nicht weiter verwunderlich, denn die Gaststätte wurde nach Kriegsende mehrfach stark umgestaltet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Schweidnitzer Keller (Piwnica Świdnicka) erst in den 1960er Jahren wieder eröffnet und bis 2017 betrieben. Aber auch in den ersten Jahrzehnten unter polnischer Verwaltung versuchte man, mit viel Holz und farbigen Ausschmückungen einen bürgerlichen Ratskeller zu gestal-

ten. Zwar waren die deutschen Bilder und Namen verschwunden, aber anschließend wurde eine phantasievolle polnische Dekoration geschaffen. Wer beispielsweise 1995 oder 2002 dort war, konnte an einem Holztisch ein Glas Pilsener bekommen – und erlebte weiterhin diesen Keller als gutbürgerliche, rustikale Schenke.

Der neue Betreiber will ganz andere Wege gehen; keine historisierenden Bilder, weder deutsche noch polnische. Keine Holzbänke und kein bürgerliches Flair, sondern moderne Lampen und schickes Design. Immerhin sind die roten Backsteinwände geblieben. In den Keller-Räumen finden rund 360 Gäste Platz. Für eine solche Zahl sind auch

Sitzplätze im Außenbereich vorgesehen. Zum Vergleich: 1919 bot die Gaststätte im Keller bis zu 700 Personen Platz. Durch den Einbau der Brauanlage hat sich die Fläche deutlich verringert. Zu den Neuerungen gehören sogenannte Bier-Walls oder Bier-Wände; an diesen Selbstbedienungstheken kann sich jeder sein Bier selber zapfen.

In Werbebroschüren kann man gelegentlich den Hinweis lesen, dass der Schweidnitzer Keller unter dem historischen Rathaus das einzige Gasthaus in Breslau sei, das jahrhundertlang seine ursprüngliche Innenausstattung bewahrt habe. Dies ist unzutreffend. Schon das Interieur, an dem die Grenadiere des Alten

Fritzen 1750 ihr Bier tranken, war 150 Jahre später, als Gerhart Hauptmann erschien, verschwunden. Entsprechendes gilt für das Mobiliar aus dem Mittelalter oder aus dem Dreißigjährigen Krieg. Jener Schweidnitzer Keller, der sich in den Jahren 1880 bis 1945 so großer Beliebtheit erfreute, ist ein Kind seiner Zeit, eine historisierende Ausschmückung. Diese Entwicklungen wurden in den Büchern von Thomas Maruck „Der Schweidnitzer Keller im Breslauer Rathaus“ (2009) und Rudolf Stein „Der Schweidnitzer Keller im Rathaus zu Breslau“ (1982) zutreffend beschrieben.

Mehrere Umgestaltungen

Man muss bei der Bewertung des aktuellen Schweidnitzer Kellers fairerweise beachten, dass eine Gaststätte kein Museum, sondern ein Wirtschaftsbetrieb ist; der Gastwirt muss sehen, dass er den Geschmack seiner Kunden trifft. Und solche Umgestaltungen sind auch in westdeutschen Hansestädten nichts ungewöhnliches. So mancher ehrwürdiger Ratskeller wurde von dem aktuellen Pächter entrümpelt und neu gestaltet.

Den Namen verdankt die Gaststätte einem mittelalterlichen Privileg. Denn am 28. September 1273 verlieh Herzog Heinrich IV. von Schlesien der Stadt Breslau das Recht zum alleinigen Ausschank von Wein und auswärtigem Bier. Für diesen Ausschank richtete die Stadt im Keller des um 1275 erbauten Breslauer Rathauses Räume ein. Besonders begehrt und beliebt war seit ab 1300 in Schlesien das Schweidnitzer Bier. Dieses wurde denn auch im Breslauer Rathauskeller ausgeschenkt. Dadurch erhielt die Gaststätte den bis heute gebräuchlichen Namen.

Folglich steht im kommenden Jahr ein besonderes Jubiläum an: Der 750. Jahrestag der Verleihung dieses Privilegs. Diesen 750. Geburtstag will man auch in der Gaststätte im Sommer 2023 groß feiern. Am Festprogramm wird aktuell noch gearbeitet.

VERTRIEBENSELSORGE

„Nicht Sprengstoff, sondern Baustein“

Integration der katholischen Heimatvertriebenen im Westen – Zum 75-jährigen Bestehen der Ackermann-Gemeinde

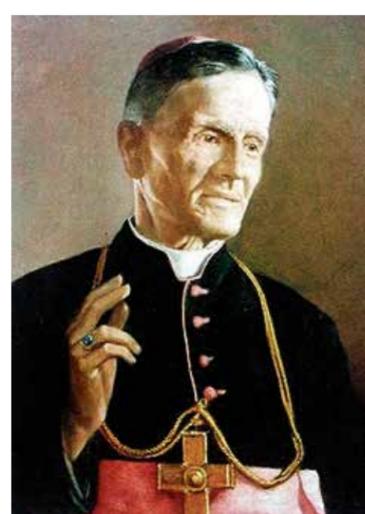
In seinem Buch „75 Jahre Seelsorge für die Deutschen aus der Tschechoslowakei“ dokumentiert Rainer Bendel den Beitrag von katholischen Vertriebenen bei ihrer Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft, trotz Widerständen aus dem Episkopat.

Bendel geht es trotz anderslautendem Titel seines Buches um die katholische Vertriebenen-seelsorge überhaupt. Das erste der vielen Fotos in seinem Buch zeigt den vertriebenen ermländischen Bischof Maximilian Kaller (1880–1947), der nach Kriegsende der erste Päpstliche Sonderbeauftragte für die deutschen Vertriebenen wurde. Kaller war mit Abstand der dynamischste unter den vertriebenen Bischöfen. Schon als Priester war der aus Schlesien Stammende offen für neue Wege der Pastoral, womit er in seiner nur kurzen Zeit als Vertriebenenbischof Wegmarken setzte. Unter schwierigen Bedingungen schuf Kaller den Grundstock für das neue Zentrum der katholischen Vertriebenen in Königstein.

Das dem Buchtitel vorangestellte Zitat „... daß sie Boten der Versöhnung und Boten des Friedens seien“ stammt von dem Augustinerpater Paulus Sladek

(1908–2002), dem ehemaligem Leiter der kirchlichen Hilfsstelle Süd in München. Sogar in der Sprache zollte man dem Versöhnungsgedanken von Anfang an Rechnung, die Vertriebenen hießen am Anfang „Umquartierte“, das Wort Vertriebene konnte man ja mit Gewalt assoziieren. Im Sprachduktus der 1950er Jahre sollten die Vertriebenen „nicht Sprengstoff, sondern Baustein sein“. Ganz in diesem Sinne arbeitete sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde (AG). Das 75-jährige Bestehen der AG war Anlass für dieses Buch.

Schon im Vorfeld der „Charta der Heimatvertriebenen“ von 1950 gelobten die Vertriebenen auf ihrer Wallfahrt in Altötting 1947 den „Verzicht auf Rache und Vergeltung“. Diese Wallfahrt war auch ein Zeichen an die zögernden, ja abweisenden einheimischen Bischöfe, die der Notwendigkeit einer Sonderseelsorge für Vertriebene ablehnend gegenüberstanden. Mit dem Erzbischof von Breslau, der Primas von Deutschland war, hatten die deutschen Bischöfe auch ihr Oberhaupt verloren. Hinweise auf Spannungen der katholischen Vertriebenen-seelsorge mit der Bischofskonferenz (DBK) durchziehen das Buch. Auch beim Versöhnungsprozess der Bischofskonferenzen mit Polen, der



Päpstlicher Sonderbeauftragter: Bischof Maximilian Kaller

Foto: pa

Tschechoslowakei, Ungarn etc. wurden die Vertriebenen außen vor gelassen, so ganz vertraut hat man ihnen trotz Charta doch nicht.

Auch die Visitatoren der in den Vertriebungsgebieten liegenden Diözesen, denen schon, bevor sie 1998 die Bischofs-

konferenz verlassen mussten, das Stimmrecht genommen worden war, sind ein gutes Beispiel für mangelndes Vertrauen. Dieses gestörte Vertrauensverhältnis geht bis heute weiter.

Kein Heimatvertriebener gehörte den ersten Gremien des nach der friedlichen Revolution 1989 gegründeten Osteuropahilfswerkes Renovabis an. Zuletzt wurde der Katholische Flüchtlingsrat bei der Besetzung des Stiftungsrats der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) zugunsten von Pax Christi von der DBK umgangen. Das führte dazu, dass Vertriebenenverbände und deutscher Flüchtlingsrat ihre eigenen Hilfswerke und ihre eigenen Versöhnungs- und Erinnerungsprojekte mit den Herkunftsgebieten begannen, davon zählt das Buch viele auf.

Noch heute warten die katholischen Vertriebenen auf eine Aufarbeitung des Verhaltens des polnischen/tschechischen/slowakischen Klerus einschließlich Bischöfe gegenüber den 1945 vertriebenen deutschen Priestern und Bischöfen. Eine Gerechtigkeitsfrage, die anlässlich des Ukrainekrieges jetzt wieder Aktualität erlangt hat.

Auch Rom hat sein anfänglich positives Verhältnis zu den Heimatvertriebe-

nen geändert. Als der Vatikan die Bistumsgrenzen in den Oder-Neiße-Gebieten 1972 neu regelte, wurde das Unrecht der Vertreibung von Millionen Deutscher gar nicht erwähnt. Von Anfang an, so Bendel, sollte der künstliche Europagedanke bei den Vertriebenen über den Verlust der Heimat hinwegtrösten. Allerdings die Saarländer, die nicht vertriebenen worden waren, entschieden sich noch 1955 in einem Referendum gegen ein Europastatut für ihr Land. In der gesamten deutschen Bevölkerung hatte Europa, wie das Saarland beweist, kaum reelle Bedeutung.

Bendel ist Historiker und Theologe in Tübingen. Er hat sich mit einer Arbeit über die kirchliche Integration der Vertriebenen in der jungen Bundesrepublik habilitiert.

Bodo Bost



Rainer Bendel:
„75 Jahre Seelsorge für die Deutschen aus der Tschechoslowakei“, Aschendorff Verlag, Münster 2021, gebunden, 346 Seiten, 24,80 Euro

NATURKATASTROPHE

Zerstörerische Flut vor 150 Jahren

Ostseehochwasser von 1872 riss das kleine Dorf Damerow fort

VON K.-H. ENGEL

Sie muss den Bewohnern der südlichen Ostseeküste wie die Apokalypse, wie die biblische Sintflut vorgekommen sein. Am 13. November 1872, vor 150 Jahren also, peitschte ein Orkan aus Nordost die Ostsee so verheerend gegen pommerische, mecklenburgische, schleswig-holsteinsche und süddänische Küstengestade, dass noch heute da und dort Denkmäler von der Katastrophe künden. Das Inferno kostete mindestens 271 Menschenleben. Es zerstörte tausende Gebäude und hunderte Schiffe. Außerdem soll Vieh in großer Zahl umgekommen sein. Weite Teile küstennahen Acker- und Wiesenlandes waren mit Seesand zugeschwemmt.

Die Novemberflut von 1872 wird als schlimmste aller Hochwasserkatastrophen im südlichen Ostseeraum bezeichnet, und von denen ereigneten sich im Laufe der Geschichte viele. Doch die Flut forderte nicht nur Menschenleben und materielle Güter, sondern veränderte auch die Gestalt des Küstenlandes.

Usedom mit veränderter Topographie

Die vorpommerische Insel Usedom etwa erhielt durch das dramatische Naturereignis für kurze Zeit eine andere Topographie. Das kam so: Die Wogen brandeten nach ihrem 1000 Kilometer weiten Lauf von Nordskandinavien und dem nördlichen Baltikum im direkten Winkel auf die Strandlinie. Zwischen den Orten Zempin und Koserow wird die Küste vom Achterwasser nur durch eine 300 Meter schmale Landenge, auf der heute die B 111 entlangführt, getrennt. Und genau in diesem sensiblen Bereich überwand die aufgepeitschte See in der Nacht zum 13. November, ein Mittwoch, die schützende Dünenbarriere. Sie ergoss sich als mehrere hundert Meter breiter Schwall ins Achterwasser und zerschnitt die Insel in einen nordwestlichen und einen südöstlichen Teil.

Das war auch bei früheren Hochwassern schon passiert, aber nicht mit so existenziellen Folgen für das kleine Dorf Damerow. Das stand dem reißenden Strom im Weg und wurde von ihm fort-



Dieses kleine Denkmal erinnert an der B111 auf der Insel Usedom an die Ostseehochwasser von 1872. Damals wurde das kleine Dorf Damerow von den Fluten fortgerissen: Am Haus des Hafenamtes in Greifswald-Wieck befindet sich ebenfalls eine Pegelmarke von 1872. Das Wasser stand dort damals in Türgriffhöhe

Foto: Engel

gespült. Temperaturen nur wenig über dem Gefrierpunkt, Schnee und Hagel begleiteten das grausige Geschehen in nächtlicher Finsternis.

Im Februar 1874 wiederholte sich die Unbill, allerdings in etwas schwächerer Form. Felder und Wiesen waren danach

aber knietief mit Schlick und Sand bedeckt und für die Landwirtschaft zunächst unbrauchbar geworden. Die Lücke zwischen den Inselteilen wurde später durch umfangreiche Baumaßnahmen geschlossen, von einer Wiedererrichtung des verwüsteten Dorfes aber sah man ab-

Ein Denkstein an der B 111 erinnert an das Schicksal von Damerow.

Übel mitgespielt hat die Katastrophe auch dem Fischerdorf Wieck am Greifswalder Bodden, wo das Hochwasser einen Teil der Häuser einstürzen ließ und andere stark beschädigte. Die Flut soll Balkenwerk und Hausgerät bis nach Greifswald getragen haben. Neun Menschen starben.

Regelrecht zerschnitten wurde auch Rügens Schwesterinsel Hiddensee, als die Macht der schäumenden See bei Neuendorf den südlichen Inselteil sechs Meter tief vom höher gelegenen nördlichen Teil abtrennte. Ähnlich erging es der Halbinsel Darß, die nach einem Durchbruch bei Zingst ihren östlichen Teil einbüßte. Auf der Weideinsel Großer Kirr ertranken fünf Personen, in Prerow, dem Küstenort einige Kilometer westlich von Zingst, waren es sogar 15.

Tod und Zerstörung

Wie kam es zu einer so schweren Katastrophe, bei der es sich ja um keine Gezeitensturmflut handelte, wie von der Nordsee bekannt, sondern um ein durch Wind hervorgerufenes Hochwasser, das aber ebenfalls enormes Zerstörungspotenzial birgt. Meistens fallen einige Faktoren zusammen. So hatte vor dem 13. November tagelang zum Teil heftiger Südwestwind geweht und das Ostseewasser weit nach Norden gedrückt, was zu erheblichem Niedrigwasser an den Südküsten führte. Skagerrak und Kattegat füllten das Pegeldefizit aber auf, womit sich alsbald mehr Wasser im Ostseebecken sammelte, als es seine Ufer zu halten vermochten.

Am 10. November soll sich Windstille eingestellt haben, und der entwuchs zwei Tage später ein fürchterlicher Orkan aus Nordost, der in den frühen Morgenstunden des 13. November seinen Gipfelpunkt erreichte. Er warf das viele Wasser mit aller Wucht auf die südlichen Küstenstriche. Die Zerstörungen an der pommerischen Küste waren immens. Mit 99 die meisten Menschenopfer hatten aber die südlichen dänischen Inseln zu beklagen. Die höchsten Pegelstände verzeichneten indes Städte an der Küste Schleswig-Holsteins. In Eckernförde etwa wurden kaum vorstellbare 3,76 Meter über Normalnull gemessen.

GREIFSWALD

Ein Kelch fürs Landesmuseum

Anlässlich der Übergabe einer neuen Dauerleihgabe für das Pommerische Landesmuseum fand am 24. Oktober ein Vortrag im Greifswalder Alfried-Krupp-Kolleg mit der Historikerin Ruth Slenczka statt: „Der Naugarder Abendmahlskelch im Pommerischen Landesmuseum. Fallstudie für das Konzept eines Regionalmuseums im europäischen Kontext.“

Der Vortrag eröffnet die Vortragsreihe „Nordost. Die Region in der Mittelalterforschung“ des Mittelalterzentrums Greifswald im Wintersemester 2022/23 und fand im Alfried-Krupp-Wissenschaftskolleg, Martin-Luther-Straße 14 statt. Die Direktorin des Pommerischen Landesmuseums, Ruth Slenczka, stellte einen spektakulären Neuzugang vor: eine mittelalterliche Goldschmiedearbeit aus dem frühen 14. Jahrhundert.

Außergewöhnlich sind neben dem hohen Alter des Abendmahlskelchs die szenischen Darstellungen auf seinem Fuß. In den Wirren nach Kriegsende gelangte er 1945 aus Naugard zunächst nach Grimmen und später in das Konsistorium der neugebildeten Pommerischen Evangelischen Kirche in Greifswald. Anhand der Objektgeschichte wird lebendig, warum pommerische Geschichte immer zugleich europäische Geschichte und das Pommerische Landesmuseum mehr als ein Landesmuseum ist.

Im Anschluss an den Vortrag fand die Übergabe des Naugarder Kelchs



Naugarder Abendmahlskelch
Foto: Detlef Witt

durch Bischof Tilman Jeremias statt. Die neue Dauerleihgabe der Evangelisch-Lutherischen Nordkirche ist ab dem 25. Oktober im Lichthof des Pommerischen Landesmuseums zu sehen. Die Präsentation des Neuzugangs ist im Eintritt der Dauerausstellung inbegriffen, kann aber auch gesondert für 2,50 Euro besichtigt werden.

● Pommerisches Landesmuseum, Raskower Straße 9, 17489 Greifswald, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr (bis Ende April) und ab Mai bis Oktober von 10 bis 18 Uhr.
www.pommerisches-landesmuseum.de

Vorankündigung: Kunsthandwerkermarkt Advent am Grauen Kloster am 26. und 27. November

Ein Wochenende voller Düfte und Farben: Regionale Künstler und Kunsthandwerker verwandeln das Landesmuseum in einen stimmungsvollen Markt, der Lust auf Weihnachten macht. Dazu gibt es Theater, Musik und Mitmachangebote für große und kleine Gäste.

Geöffnet am Sonnabend von 10 bis 18 Uhr und Sonntag von 10 bis 17 Uhr im Pommerischen Landesmuseum.

MYTHISCHE KOSTBARKEIT

Der Peterfitzer Goldring

Bedeutendes Fundstück aus dem 6. Jahrhundert

Nicht immer erschließt sich sofort der Wert und die Bedeutung eines Fundstücks. So war es auch im Fall eines Reifes, der 1913 beim Kiesabbau nahe Peterfitz bei Kolberg gefunden wurde. Überzogen mit dunkler Patina hing er jahrelang in einer Peterfitzer Dorfschänke am Tresen. Um Haaresbreite entging er der Metallsammlung im Ersten Weltkrieg.

Dann wurde sein wahrer Wert erkannt und der Goldene Halsring zum Prachtstück des Kolberger Museums, seitdem bezeichnet als Peterfitzer Goldring. Abenteuerliche Geschichten ranken um das wertvolle Stück, in weiser Voraussicht wurden Nachbildungen hergestellt und das Original stets sicher im Safe verwahrt.

Patina schütze den Ring

Als 1945 die Rote Armee vor den Toren Kolbergs stand, öffnete Stadtamtmanntmann Wachholz den Tresor des Museums, nahm den Ring an sich, und hütete unter

schwierigen Bedingungen diesen Schatz. Der Ring begleitete ihn auf der Flucht nach Niedersachsen. Über Dannenberg, dort wurde er zunächst gut versteckt, sogar vergraben und unter abenteuerlichen Bedingungen immer wieder sicher beschützt. Der weitere Weg führte nach Lüneburg, dort verblieb der Goldring im Museum, bis sein letztendlicher Standort festgelegt wurde. Im Zuge der Übernahme der Patenschaft der Hansestadt Lüneburg für Kolberg am 5. Juli 1953 fand der goldene Halsring seinen Platz in Lüneburg.

Zurück in Pommern

1999 kehrte er nach Pommern zurück und befindet sich seitdem im Pommerischen Landesmuseum in Greifswald. Laut alter Beschreibung ist die Goldspirale einen Meter lang und hat einen Durchmesser von 20 Zentimetern, besteht aus purem Gold und gehört zu den größten und schönsten dieser Art. Für die Herstellung

verwendete ein Schmied 1,8 Kilogramm des edlen Metalls, das er vermutlich aus über 400 römischen Goldmünzen ge-



Der Goldring von Peterfitz: Fundort ist Peterfitz bei Kolberg-Körlin

wann. Der Goldschatz stammt wohl aus dem 6. Jahrhundert nach Christi und ist skandinavischer Herkunft. Dafür spricht auch die prächtige Verzierung, die rechts in einem Vogelkopf und links in einem Tierkopf mit Entenschnabel endet. Bei dem Vogel könnte es sich um einen Adler handeln – dem Symboltier des nordischen Gottes Odin. Dessen Eigenschaften Stärke und Mut sollten wohl auf den Besitzer des Ringes übergehen.

Im virtuellen Museum zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns liest man: Ob der Goldreif jemals einen Hals zierte, ist fraglich. Die meisten der 71 bekannten ähnlichen Ringe gelangten als Opfer für die Götter in den Boden, die Moore oder die Gewässer Nordeuropas, so vielleicht auch der Goldring von Peterfitz. Möglicherweise diente er als Kultobjekt oder sollte seinen Besitzer im ewigen Leben schmücken und die standesgemäße Aufnahme in Walhall sichern. B. Stramm

„Wir haben eine kollektive Psychose“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Es ist stets ein großes Vergnügen, die PAZ zu lesen“

Wilhelm Kreuer Unkel



Ausgabe Nr. 43

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

REGIERUNGSPROPAGANDA
ZU: IMMER MEHR MENSCHEN HABEN VON NACHRICHTEN DIE NASE VOLL (NR. 42)

Dieser Artikel spricht mir aus dem Herzen. Gestern Abend fragte meine Frau, gerade eine hochgeistige Kochsendung sehend, „oder willst du die Nachrichten sehen?“ Meine Antwort war: „Ich will nicht wieder von Regierungspropaganda belämmert werden.“

Und Printmedien? Ich erinnere mich gut, dass Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel eine abendliche Zusammenkunft mit der Spitze des Mainstreams hatte, dass Medienhäuser mit teuersten Anzeigen der Regierung geflutet werden, dass einzelne aufgabenstarke Repräsentanten plötzlich Millionen-Beträge aus den USA bekommen.

Und freue mich, dass es die *Preußische Allgemeine* und deren Onlineauftritt www.paz.de sowie andere gibt, die mir nahestehen und mich nicht für jeden Lebensschritt oder zu jeder existierenden Krankheit belehren wollen – grässlich!

Bernhard Meier, Berlin

DER ENDSIEG FÄLLT AUS
ZU: IMMER MEHR MENSCHEN HABEN VON NACHRICHTEN DIE NASE VOLL (NR. 42)

Politische Nachrichten aus dem deutschen Mainstream? Muss man sich nicht antun. Oder aber sofort versuchen, die üblen Auswirkungen auf die geistige Gesundheit beispielsweise mittels unabhängiger Medien aus dem Internet zu neutralisieren. Noch gibt es sie.

Ein großes Thema der staatlichen Sprachrohre waren vor 80 Jahren sogenannte Wunderwaffen. Die heutigen Bezeichnungen sind „Sondervermögen“, Mehrfach-„Wumms“ und dergleichen. Das Ergebnis wird aber wie 1945 ausgehen. Der Endsieg fällt aus.

Die große Frage damals wie heute – was kommt danach? Ein böses 1984 auf deutschem Boden? Die Anfänge sind

gemacht: Eine totalitäre Medien-Sekte hat sich wie ein Leichentuch über unser Land gelegt.

Ich persönlich tippe aber aufgrund wegfallender wirtschaftlicher Basis eher auf libanesisische Verhältnisse. Die kommenden Jahrzehnte in unserem Land werden viele Ähnlichkeiten mit den Verhältnissen in sogenannten failed states (gescheiterte Staaten, d. Red.) aufweisen. Großer Nachteil aber dabei für unsere Breitengrade: Die Heizkosten sind in der Levante oder am Horn von Afrika kein Thema.

Henry Bleckert, Berlin

INFORMATIONSTERRORISMUS
ZU: IMMER MEHR MENSCHEN HABEN VON NACHRICHTEN DIE NASE VOLL (NR. 42)

Ich schaue einfach seit Corona keine Nachrichten mehr, denn es wurde Informationsterrorismus betrieben, mit dem ständigen ätzenden Aufzählen der C-Daten, und das Ganze ist danach nahtlos in ein ständiges ätzendes Russen-Bashing übergegangen.

90 Prozent sind einseitig manipulierte, nicht entsprechend recherchierte Nachrichten, damit von geringem Wert und schon gar nicht relevant. Dazu kommt ein Sensationsjournalismus, welcher uns nur aufzeigt, wie verdorben unsere Gesellschaft ist. Und politische Nachrichten sind ein hohler Einheitsbrei, welcher nur das ständige Wiederholen von Fehlern aus der Geschichte zeigt. Nachrichten? Nein, danke, und schon gar nicht aus der Glotze!

Dietmar Schneider, Teneriffa

IN DER ANGSTGESELLSCHAFT
ZUM WOCHENRÜCKBLICK: STILL RUHT DIE OSTSEE (NR. 42)

PAZ-Redakteur Hans Heckel hat den Nagel wieder einmal auf den Kopf getroffen. Wer hat denn Interesse daran, dass Nord-Stream keine Energie mehr aus Russland liefert? Natürlich der US-Amerikaner, der Deutschland zuerst mit Sanktionen beleg-

te, um sein dreckiges Fracking-Gas nach Deutschland zu verschern. Deshalb hat auch die Bundesregierung genauso wenig Interesse an einer Aufklärung der Pipelinezerstörungen wie die EU.

Wir haben mittlerweile mit der Pandemie die raffinierteste Form, eine Gesellschaft zu beherrschen. Es wird Angst geschürt und von den eigentlichen Problemen abgelenkt, sodass leider immer noch zu viele Bürger meinen, die da oben werden es schon richten.

Wir erleben gerade das Ende einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung. Das kritische Ende ist erreicht. In dieser Krise stecken wir drin. Der Kampf der Eliten gegen das Volk wird immer noch globaler, noch digitaler, noch universaler werden. Alles und jeder kann durch die Superreichen aus den USA gekauft werden. Klaus Schwab, der Gründer und Präsident des Weltwirtschaftsforums, nannte das „die kreative Zerstörung“, und wir sind bereits mittendrin.

Wir haben eine kollektive Psychose, das heißt die Ausgrenzung von Kritik. Die Corona-Politik hat dabei bereits faschistische Züge angenommen. Die Politik in Deutschland wird zunehmend anmaßender und undemokratischer. Das ist nur denkbar in einer Angstgesellschaft.

Hoffentlich erkennen das immer mehr Menschen und machen dieses Spiel nicht mehr mit. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Claus Hörrmann, Neustadt in Sachsen

KEINE WAFFEN FÜR DIE UKRAINE
ZU: „ERSCHIESSEN WIE SCHWEINE“ (NR. 42)

Ich bin dagegen, dass die Bundesregierung Waffen an die Ukraine liefert. Unsere Bundesregierung sollte sich ein Vorbild an Israel nehmen, welches keine Waffen dem Präsidenten der Ukraine zur Verfügung stellt. Stattdessen sollte Bundeskanzler Olaf Scholz sofort mit einer Shuttle-Diplomatie zwischen Kiew und Moskau beginnen, damit zeitnah Frieden in der Ukraine einkehrt. Solange die militärischen Auseinandersetzungen zwischen

der Ukraine und der Russischen Föderation anhalten, sollte kein Euro an die Ukraine gezahlt werden, auch nicht unter dem Deckmantel „Wiederaufbauhilfe“.

Es besteht nämlich die erhebliche Gefahr, dass dieses deutsche Geld zur ukrainischen Kriegsfinanzierung missbraucht wird. Solange keine Friedensverhandlungen zwischen Kiew und Moskau beginnen, sollte Deutschland engagiert auf einen NATO-Austritt hinarbeiten: Israel war und ist auch nicht in der NATO.

Dieter Reimann, Freiberg

ES „RIECHT“ NACH KRIEG
ZU: POLEN LÄSST BUNKER PRÜFEN (NR. 41) UND: VIEL UND VIELFÄLTIG (NR. 41)

Ob wir das sind – das Volk in Deutschland – oder die in Polen: Uns werden wesentliche Tatsachen nicht mitgeteilt. Wir können nur vermuten, also Verschwörungstheorien loslassen. Aus anderen, früheren Nachrichten über Polen weiß ich, dass dieses Land ein wesentlicher Waffenlieferant der Ukraine ist.

Polen ist auch eine Drehscheibe für internationales Personal, das sich am Krieg für die Ukraine beteiligen will. Auch las ich, dass Polen an einem Stück Westukraine interessiert ist. All das zusammen kann eigentlich nur provokativ auf die Russen wirken, es „riecht“ nach Krieg.

Ich gehe davon aus, dass, wenn Russland „Ruhe“ in seine neuen Provinzen gebracht hat und der westliche Nachschub klickert, Russland konventionell über Polen nach Deutschland ziehen und es wieder besetzen wird. Vielleicht im beginnenden Winter 2023/24, wenn das deutsche Volk weder heizen kann noch in den Läden genug zu essen bekommt und die Firmenpleiten von den Öffentlichkeiten nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden können, damit einhergehend die Zahl der Arbeitslosen „dynamisch“ gewachsen ist.

All das ist nicht mehr relevant, wenn die USA sich zu direkten Verhandlungen mit Russland breitschlagen lassen.

Markwart Cochius, Chemnitz

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Die Insider-Geschichte des Laptops, der das schmutzigste Geheimnis des US-Präsidenten enthüllt

■ Als der drogensüchtige Hunter Biden im Frühjahr 2019, nur 6 Tage vor der Bekanntgabe der Präsidentschaftskandidatur seines Vaters, seinen mit Wasser vollgesogenen Computer in einer Mac-Reparaturwerkstatt in Delaware zurückließ, wurde dieser zur tickenden Zeitbombe im Schatten von Joe Bidens Kampagne.

Die schmutzigen Geheimnisse auf Hunters Laptop hätten beinahe die Präsidentschaftskampagne seines Vaters zum Scheitern gebracht und haben einen der größten Propagandafeldzüge in der amerikanischen Geschichte ausgelöst.

Dies ist die ungeschminkte Wahrheit darüber, was sich wirklich auf dem Laptop befindet und was China über die Bidens weiß – geschrieben von der Journalistin der *New York Post*, die alles ans Licht brachte.

Sie enthüllt die koordinierte Zensurkampagne der Internet-Giganten, des Medien-Establishments und ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter, welche zum Ziel hatte, die Berichterstattung über den »Laptop aus der Hölle« zu unterdrücken. Eine abschreckende und unverholene Demonstration politischer Macht 3 Wochen vor den Wahlen 2020.

Der Laptop ist eine wahre Fundgrube an Unternehmensdokumenten, E-Mails, Textnachrichten, Fotos und Sprachaufnahmen aus einem ganzen Jahrzehnt. Er liefert den Beweis dafür, dass Präsident Joe Biden trotz seiner wiederholten Dementis in die dubiosen Geschäfte seines Sohnes in China, der Ukraine und darüber hinaus verwickelt war.

Dieser intime Einblick in Hunters ausschweifenden Lebensstil zeigt, dass er nicht in der Lage gewesen wäre, einen Job zu behalten, ganz zu schweigen davon, zig Millionen Dollar für seine Tätigkeit von ausländischen Interessengruppen zu bekommen, wenn er nicht etwas Wertvolles zu bieten gehabt hätte – was er natürlich hatte. Er war der Sohn des Vizepräsidenten, der später einmal der »Führer der freien Welt« werden sollte.

Lesen Sie hier die unglaubliche Geschichte von Korruption, Skandalen und Vertuschung an höchster Stelle der USA. Dies ist das Buch, das möglicherweise eine US-Regierung zu Fall bringen wird.

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Miranda Devine: Hunter Bidens Laptop from Hell • gebunden • 280 Seiten • Best.-Nr. 986 300 • 22,99 €

WESTFÄLISCHER FRIEDE

Mahnende Friedensstadt

Steckenpferdreiter und Städtebotschafter – In Osnabrück ist der Appell nach Verständigung eine historische Verpflichtung

VON HELGA SCHNEHAGEN

Auf den ersten Blick fasziniert Osnabrücks Altstadt allein durch ihr quirliges Flair, die große Zahl an Fachgeschäften, die hier nicht von Ketten dominiert werden, die trotz Corona-Nachwirkungen florierende Gastronomie, die zur Vorbestellung zwingt, und die Freundlichkeit des Personals. Von Leerständen keine Spur. Osnabrücks gelungene Sanierungspolitik hat das historische Zentrum für Einwohner wie Besucher zu einem nicht nur attraktiven, sondern auch unübersehbar beliebten Aufenthaltsort gemacht.

Doch schon beim zweiten Blick kann man dem Kernthema der viertgrößten Stadt in Niedersachsen mit dem Beinamen „Friedensstadt“ nicht entgehen. Das rund 160.000 Einwohner zählende Osnabrück hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Friedens- und Toleranzgedanken auf besondere, zum Teil einzigartige Weise und mit verschiedenen Institutionen, Tagungen und Preisen zu feiern, zu fördern und zu erforschen.

Gerade rund um den 25. Oktober, den Osnabrücker Friedenstag, inszeniert sie diese Haltung jedes Jahr mit einer Vielzahl städtisch, aber auch bürgerschaftlich organisierter Veranstaltungen. Neben Diskussionen, Vorträgen, Lesungen und Theateraufführungen oder dem Konzert „Musica pro Pace“ erfüllen vor allem das Osnabrücker Steckenpferdreiten und der ökumenische Gottesdienst den Friedenstag mit Leben.

Eine Brezel vom Bürgermeister

Am 25. Oktober 1648 war von Osnabrücks Rathausstiege aus der Westfälische Frieden verkündet worden, der den Dreißigjährigen Krieg nicht mit Gewalt, sondern mit Verhandlungen beendete – für die Stadt Osnabrück und ihre Bürgerschaft ein bis heute gültiges historisches Vermächtnis.

Schon damals wurde speziell für Osnabrück eine in Deutschland einzigartige Friedenslösung gefunden. Fortan wech-



Dreh- und Angelpunkt in Osnabrück: Von der Rathausstiege aus wurde der Westfälische Friede von 1648 verkündet

Foto: pa

selten sich katholische und evangelische Bischöfe im Amt ab. Bis zur Säkularisation und Aufhebung des Hochstifts Ende 1802 saßen drei katholische und drei evangelische Fürstbischöfe auf dem Bischofsstuhl. Am Domhof versinnbildlichen zwei unterschiedlich geformte, aber gleich schwere Metallplatten aus Kupfer und Stahl, die sich die Waage halten, den Gedanken „Toleranz, Gleiches Gewicht – Gleichgewicht“ auf moderne Weise.

An der Katharinenkirche erinnert der Steckenpferdreiter-Brunnen weniger abstrakt an das gleichnamige Kinderfest. Erstmals 1948, seit 1953 regelmäßig, ziehen an einem Tag um den 25. Oktober herum – je nach Schulferien – bis zu 1400 Viertklässler mit selbst gebasteltem Steckenpferd und buntem Reiterhut durch die Innenstadt zum Marktplatz, um dort

über die Rathausstiege zu reiten und vom Oberbürgermeister eine süße Brezel in Empfang zu nehmen. Dieses Volksfest der besonderen Art ist für die meisten nicht nur ein erstes, sondern oft auch ein prägendes Erlebnis im Zeichen des Friedens. Als herausragende Beispiele europäischer Friedenskultur wurde den Rathäusern von Münster und Osnabrück – in beiden wurde der Westfälische Friede jahrelang verhandelt – 2015 das Europäische Kulturerbe-Siegel verliehen.

Remarque ist allgegenwärtig

Das Rathaus ist Dreh- und Angelpunkt geblieben. Schon 1964 hatte Osnabrück eine für Deutschland einmalige Einrichtung angeregt. Nach Abschluss der Partnerschaftsverträge mit Haarlem und Angers beschlossen alle drei Städte, innerhalb

ihrer Stadtverwaltung eine bezahlte Stelle für junge Leute aus den jeweiligen Partnerstädten einzurichten. Inzwischen haben fast 300 Städtebotschafter jeweils für ein Jahr mitgewirkt, die Beziehungen zu fördern und zu vertiefen. Unter Osnabrücks elf Freundschafts- und Partnerstädten sind derzeit Twer (Russland), Haarlem (Niederlande), Angers (Frankreich) und Çanakkale (Türkei) im Rathaus mit Botschaftern vertreten.

Hauptattraktion des historischen Rathauses ist zweifellos der Friedenssaal, in dem die Delegierten einst tagten. Nur eine Treppe höher fällt der Blick sogleich auf die lange Liste der Preisträger des Erich-Maria-Remarque-Friedenspreises, die sich mit Themen des „Inneren und äußeren Friedens“ auseinandergesetzt haben. Seit 1991 wird er von der Stadt in der

Regel alle zwei Jahre verliehen. Jüngster Preisträger ist der kenianische Schriftsteller und Kulturwissenschaftler Ngugi wa Thiong'o.

Als die Preußen kamen

Erich Maria Remarque wurde 1898 in Osnabrück geboren. In der ehemaligen Löwenapotheke gleich neben dem Rathaus betreiben Stadt und Universität das Erich-Remarque-Friedenszentrum. Eine Dauerausstellung informiert detailliert über Leben und Werk des weltberühmten Antikriegs-Schriftstellers. Erwartungsgemäß dominant ist sein Roman „Im Westen nichts Neues“, der schon ein Jahr nach Erscheinen 1930 verfilmt wurde. Die jüngste preisverdächtige Verfilmung kam Ende September in die deutschen Kinos.

Einem weiteren Sohn der Stadt, dem jüdischen Maler Felix Nussbaum, der 1944 in Auschwitz starb, setzt das von Daniel Libeskind entworfene Museum seit 1998 ein Denkmal. Die Bauskulptur versinnbildlicht durch Form und Material Nussbaums Schicksalswege, wobei besonders der scheinbar ausweglose langgestreckte fensterlose Gang aus Sichtbeton seine tragische Wirkung nicht verfehlt. Das Felix-Nussbaum-Haus ist Teil des Museumsquartiers, in dem auch das Kulturgeschichtliche Museum eine zeitgemäße Präsentation gefunden hat.

In der stadthistorischen Abteilung fällt die Vitrine mit einer Pickelhaube ins Auge. Dazu ist zu lesen: „Nach dem Sieg Preußens über die hannoverschen Truppen im deutschen Krieg endet mit dem Annexionspatent am 3. Oktober 1866 die Selbständigkeit des Königreichs Hannover. Bürgermeister Johannes Miquel setzt sich dafür ein, dass Osnabrück Teil der preußischen Provinz Hannover wird. Die Zahl der in der Stadt stationierten Soldaten, die häufig privat einquartiert sind, vervierfacht sich gegenüber der hannoverschen Zeit. Die preußischen Militärhelme sind nun auch in Osnabrück gegenwärtig.“

● friedensstadt.osnabrueck.de

ARCHITEKTUR

Preußens weiße „Prinzenburg“

Das Kleine Schloss im Potsdamer Park Babelsberg wird saniert – Friedrich III. verbrachte hier seine Jugend

Abseits von Schloss Babelsberg, der Sommerresidenz von Kaiser Wilhelm I., wartet der Potsdamer Park Babelsberg mit wahren architektonischen Kleinodern auf. In der von Peter Joseph Lenné sowie später von Fürst Hermann von Pückler-Muskau angelegten und seit 1990 zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Gartenanlage findet sich neben dem Dampfmaschinenhaus für die Bewässerung des Parks, der Gerichtslaube, dem Matrosenhaus oder dem Flatowturm auch das schneeweiße Kleine Schloss.

Allerdings befindet sich dieses Gebäude in keinem guten Zustand. Die weiße Farbe blättert sichtbar ab und auch das Innere ist sanierungsbedürftig. Daher hat die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), die Park Babelsberg verwaltet, beschlossen, das Haus für zwei Jahre, in denen es grundlegend instandgesetzt werden soll, zu schließen. Danach wird es – wie bisher auch – als Gastronomiebetrieb fungieren, wobei es um einen Außenverkauf erweitert wird. Außerdem soll es zwei Wohnungen aufnehmen.

Das heute als „Kleines Schloss“ bekannte Café und Restaurant im Babelsberger Park am Havelufer unweit der Grenzanlagen ist erst 1980 eingerichtet worden. Im 19. Jahrhundert war das von Eduard Gebhardt 1841 nach englischen

Vorbildern gestaltete neogotische Haus als „Prinzenburg“ zunächst Wohnsitz des preußischen Prinzen Friedrich Wilhelm, der 1888 als Kaiser Friedrich III. den Thron bestieg. Danach diente das Gebäude viele Jahre als „Damenhaus“ für die

Gräfin Luise von Oriola (1824–1899), einer Hofdame Kaiserin Augustas.

Vor dem Erwerb durch den damaligen Prinzen Wilhelm, den späteren preußischen König und deutschen Kaiser Wilhelm I., hatte das Haus einem Weber Blume aus Nowawes gehört. Nach dem Ende der Monarchie 1918 wurde es von der Schlösserverwaltung für Wohnzwecke vermietet. Ab 1934 wohnte dort der aus Potsdam stammende Komponist Hans Chemin-Petit mit seiner Familie. Im April 1945 erlebten sie hier den Luftangriff auf Potsdam, durch den das Kleine Schloss stark beschädigt wurde. Die Chemin-Petits überlebten die Bombennacht in einem eigens für sie gebauten Luftschutzbunker.

Der Luftschutzbunker blieb beim Um- und Ausbau des ruinösen Gebäudes zur „Parkgaststätte Strandterrassen“ nach 1958 erhalten und wird bis heute als Vorratskeller genutzt. Nach dem Ausbau der Grenzanlagen ab 1961 setzte man den Betrieb der Strandterrassen noch wenige Jahre fort. Nach längerem Leerstand erfolgte 1980 ein erneuter Umbau zur Gaststätte „Kleines Schloss“. H. Tews/SPSG



Der Außenputz blättert ab: Das Kleine Schloss im Potsdamer Park Babelsberg

SOZIALE MEDIEN

Jugend steht auf TikTok

Dass die Vorherrschaft der Social-Media-Unternehmen aus den USA ins Wanken gerät, wissen Nutzer längst. Facebook, YouTube, WhatsApp oder Instagram sind auf dem absteigenden Ast. Eine „Jugend-Digitalstudie“ der Postbank hat das jetzt statistisch untermauert. Zwar sind die Plattformen unter Jugendlichen weiterhin weitverbreitet – mehr als drei Viertel der 16- bis 18-Jährigen verwenden sie –, doch das chinesische Kurzvideoportal TikTok schließt rasant auf. 63 Prozent der jungen Nutzer betrachten dort Clips oder erschaffen selbst Inhalte.

Bei Mädchen (70 Prozent) ist der Dienst erheblich populärer als bei Jungen (56 Prozent). TikTok ist der klare Aufsteiger der Pandemie-Jahre. Noch Anfang 2020 nutzte nur ein Viertel der Jugendlichen die Plattform. Für ihre Studie ließ die Postbank 1000 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 18 Jahren befragen. Stark im Kommen ist auch der Chat-Dienst Discord. Man sieht auch hier: Moden kommen und gehen. tws

● FÜR SIE GELESEN

Am Ende ist alles gut

Hexenbücher kann es gar nicht genug geben, dachte sich wohl der in Belgien geborene Comiczeichner Jean-Luc Englebert bei seinem Bilderbuch „Anna, die kleine Hexe“. Anna wohnt mit ihrer Hexen-Mama am Rande eines Waldes. Sie mag es, durch den Wald zu rennen und Esskastanien zu sammeln. Eines Tages sieht sie, dass am See in der Nähe ein Junge sitzt und angelt. Plötzlich tauchen drei weitere Jungen auf und ärgern den kleinen Angler. Wie es dann mit Hexenkräften weitergeht, ist spannend und unterhaltsam geschrieben und gezeichnet von Englebert, der Vater zweier Kinder ist.

Es ist ein wunderbares Herbstbilderbuch. Die Botschaft, dass man zusammen stärker ist, erschließt sich auch den ganz Kleinen. Natürlich wendet sich am Ende alles zum Guten, und schließlich gibt es Kastanientorte für alle. *Silvia Friedrich*



Jean-Luc Englebert: „Anna, die kleine Hexe“, Picus Verlag, Wien 2022, gebunden, 40 Seiten, 15 Euro



FOTO: SHUTTERSTOCK

Lievito madre heißt die „Mutterhefe“, mit der Meisterkoch Claudio del Principe wunderbar duftende Brote backt. Das Rezept gibt es im neuen „a casa“-Band neben vielen anderen, als Kalender nach Jahreszeiten geordnet. Anhängern der „Culinary Correctness“, die sich wie die „Cancel Culture“ anmaßen, wie man sich korrekt zu ernäh-

ren habe, erteilt er eine heftige Absage. „Kocht einfach wie eure Großmütter, das ist gesund und nachhaltig“, so sein Credo. Eingebettet in unterhaltsame und lustige Texte stellt der Koch viele abwechslungsreiche Gerichte aus der italienischen Küche vor, die sich meist ohne großen Zeitaufwand nachkochen lassen. *MRK*



Claudio del Principe: „a casa, Band 2, Noch mehr Inspiration für jeden Tag“, at-Verlag, Zürich 2022, gebunden, 248 Seiten, 39 Euro

RELIGION

Geschichten für Sinnsucher

Der Theologe Thomas Meyerhöfer spricht ehrlich von sich, erzählt von anderen und sucht dabei Gott und den Sinn des Lebens

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Erst im Polizeidienst, dann Jugendpastor – der Theologe Thomas Meyerhöfer hat schon viel erlebt. Sieben Jahre lang zwang ihn eine Depression zur Passivität. Seit 2019 produziert er eine wöchentliche Redezeit mit dem Titel „superfromm“, er schreibt Blogbeiträge, filmt, fotografiert und malt. Das vorliegende Buch „Lost. Sinnsuchergeschichten“ enthält ausgewählte Texte seines Blogs. Er beobachtet Alltägliches, trifft ganz normale Menschen, aber auch Leute, denen es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gut geht. Dabei zieht der Autor von den Alltagsgeschichten Parallelen zu Bibelversen, findet Gott im Kleinen und setzt sich so einen Kompass, den er mit seinem Tun auch anderen anbieten möchte.

Wie gehe ich mit einem Menschen um, der emotional am Boden liegt? Diese Frage führt den Autoren beispielsweise zu Hiob und Psalm 23, aber auch zu der Erkenntnis, dass fromme Sprüche und Handeln allein aus Pflichtgefühl keinem helfen. Bei anderen Geschichten greift der Autor auf Monty Python zurück: „Kommt ein Buchhalter zum Arbeitsamt ...“ Er will Löwenbändiger werden und landet doch wieder bei seinem Beruf Buchhalter. Meyerhöfer spricht dabei vom Alltagskämfig und erzählt von Johannes im Gefängnis.

Der Autor, Jahrgang 1962, ist Jugendpastor, und das merkt man seinen Texten auch an. Wer Jugendsprache nicht mag, sollte die Finger von diesen Sinnsucher-

geschichten lassen. Ein „Nope“ oder „Yes“ kommt immer wieder vor, auch kurze, elliptische Sätze, oft nur ein einziges Wort mit einem Punkt können den Leser mehr oder weniger ansprechen. Meyerhöfer schreibt, so scheint es, wie die Gedanken kommen, die Verbindungen zur Bibel wirken hin und wieder zu sehr gewollt. Wer darüber hinwegsehen kann, findet in dieser Blogtextsammlung immer wieder eine kleine Auszeit, die den Leser aus seinem Alltagskämfig rüttelt, zum Nachdenken anregt und einem so die Möglichkeit bietet, in einem turbulenten Alltag immer wieder das Gespräch mit Gott zu suchen.

Die 39 kurzen Geschichten sind im Schnitt drei Seiten umfassend und werden von Schwarz-Weiß-Bildern begleitet. Pro Text gibt es als Fußnote einen Bibelversverweis, den Meyerhöfer oft in eigenen Worten im Textverlauf erzählt. Aufgrund dieser eigenen Worte, die so gar nichts mit der Poesie der Lutherübersetzung zu tun haben, ist dieses Glaubenszeugnis aber auch für Leser, die eher kirchenfern sind, eine Möglichkeit, über das Leben, Gott und den eigenen Glauben nachzudenken.



Thomas Meyerhöfer: „Lost. Sinnsuchergeschichten“, Brunnen Verlag, Gießen, 2022, gebunden, 182 Seiten, 16 Euro

VON KARLHEINZ LAU

Die Ampelregierung ist noch kein Jahr im Amt, und schon wird eine Aussage gemacht, wie eine neue Generation von Politikern Deutschland verändert. Die Journalistin Anna Sauerbrey bemüht sich in „Machtwechsel“, in 13 Kapiteln, die nicht der Chronologie seit Amtsantritt der Ampel folgen, die neue Art einer Kommunikation zwischen den Entscheidungsträgern dreier Parteien zu zeigen. Sie berichtet über zahlreiche Politiker der Ampel, mit denen sie persönliche Gespräche oder Interviews vor und nach dem Wahltermin 2021 geführt hat.

Aus den Kapitelüberschriften ist allerdings nicht zu entnehmen, um welche Politiker es sich handelt. Kapitel 8 lautet beispielsweise: „Elite wider Willen. Vom Überleben in der Berliner Bubble“. Es handelt sich um den aktuellen Chef des Bundeskanzleramts, Wolfgang Schmidt. Im Blickpunkt der Autorin erscheinen folgende Politiker: Hubertus Heil, Christian Lindner, Lars Klingbeil, Kevin Kühnert, Robert Habeck, Annalena Baerbock, Marco Buschmann und natürlich Olaf Scholz und Angela Merkel.

Scharf trennt Sauerbrey die Generationen in die Ära Merkel und die darauffolgende „Generation X“, wobei Übergänge fließend seien. Friedrich Merz sei eindeutig nicht dieser Generation zuzuordnen. Alle Kapitel – sie müssen nicht hintereinander gelesen werden – bringen interessante Details und Hintergründe über das

POLITIK

Erste Gehversuche der neuen Ampelregierung

Die Journalistin Anna Sauerbrey beschreibt die Entscheidungsträger, die aus der letzten Bundestagswahl hervorgegangen sind, und geht der Frage nach, wie diese Nachwuchs-Politikergeneration unsere Gesellschaft verändert

Umfeld der beschriebenen Persönlichkeiten. Besonders die Biographie von Cem Özdemir, dem heutigen Minister für Landwirtschaft, zeigt den nicht einfachen Werdegang als Geschichte eines sozialen Aufstiegs. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang der Begriff Identifikation mit seiner Umgebung, mit der Stadt, in der man wohnt und arbeitet, mit seinem Land oder Staat. Das bewegt jeden Bürger, Einheimische oder Neubürger, aber ob dies jedem bewusst ist, muss offenbleiben.

Ära Merkel und „Generation X“

Die Kernfrage des Buches, offensichtlicher Redaktionsschluss für die Autorin war Anfang 2022, kann nur lauten: Was ist anders geworden unter einer Regierung, die von der „Generation X“ getragen wird. Der Untertitel des Buches „Wie eine neue Politikergeneration das Land verändert“, kann deshalb nicht gelten, weil schlicht der Zeitraum seit der Regierungsbildung zu kurz ist. Es kann sich also nur um Absichtserklärungen der genannten Politiker oder auch der Autorin selbst handeln.

Der Soziologe Karl Mannheim schreibt: „Historische Ereignisse können Ausgangspunkt eines Generationsgefühls sein, sie machen die gemeinsame Lagerung in der Zeitgeschichte aus.“ Das ist aus der Lektüre des Buches schwer zu beurteilen, allerdings eine Gemeinsamkeit besteht: die „Generation X“ ist insgesamt nicht mit existentiellen Sorgen oder gar Krisen aufgewachsen. Sie zählt nicht zur Erlebnisgeneration des Kriegsendes, von Flucht und Vertreibung aus den Ostgebiete-

ten, des Wiederaufbaus in Ost und West, der Teilung des Landes. Sie ist befreit von diesen Belastungen.

Die ehemalige Präsidentin der Viadrina in Frankfurt/Oder, Gesine Schwan, spricht sehr kritisch und distanziert über die „Generation X“. Sie zeige keine gemeinsamen Züge im Sinne von Karl Mannheim, sie sei nicht geprägt von einem bestimmten historischen Ereignis, von gemeinsamen Erfahrungen. Mit dieser Ansicht steht sie nicht allein da. Das zeigt die Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen und Interpretationen, aber auch Beispiele von durchaus prägenden Eindrücken wie dem Klimawandel oder dem plötzlichen Ende des Afghanistaneinsatzes, wie sie Lindner für sich beansprucht.

Der 24. Februar 2022 veränderte völlig unerwartet die politische Landschaft. Dies gilt auch für die Autorin dieses Buches. Es wäre interessant gewesen, wie sich ihre Beobachtungen der Persönlichkeiten der „Generation X“ unter den geänderten politischen Rahmenbedingungen entwickelt hätten. So bleibt das Buch unter diesem Titel unvollendet. Eine Fortschreibung muss daher fast erwartet werden.



Anna Sauerbrey: „Machtwechsel. Wie eine neue Politikergeneration das Land verändert“, Rowohlt Berlin Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 319 Seiten, 22 Euro

ADELSGESCHICHTE

Die Herren und Grafen von der Groeben

Kulturzentrum Ostpreußen informiert zweisprachig über das alte preussische Adelsgeschlecht

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Die Groebenschen Güter in Ostpreußen bildeten „ein Land im Lande“. Die Zahl der Güter, die von 1380 bis 1945 in Groebenschen Händen waren – etwa 200 – war imposant. 1945 endete die Geschichte, der gesamte Besitz ging durch den Krieg verloren. Bis heute erinnern viele Zeugnisse an die eindrucksvolle Geschichte der Familie.“

So endet die vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen in dem neuen Heft „Die Herren und Grafen von der Groeben – Ein Adelsgeschlecht in Preußen“ beschriebene Geschichte des Adelsgeschlechtes, das nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen eine neue Existenz aufbauen musste. Das Druckwerk geht auf den Stammbaum der Familie mit seinen zahlreichen Nebenlinien und auf die zahlreichen Besitzungen ein, von denen hier einige beispielhaft beschrieben werden.

Der Legende nach fanden die Urväter der Familie schon 927 in Sachsen das erste Mal Erwähnung. Der erste bekannte Sitz war Grebene an der Saale südlich von Magdeburg, die älteste schriftliche Erwähnung stammt aus dem Jahre 1140. Nach der Gründung der Mark Brandenburg halfen Angehörige des Geschlechtes dem Markgrafen Albrecht dem Bären bei der Ausdehnung des askanischen Herrschaftsbereiches bis zur Oder. Nach kirchlichen Unterlagen besaßen Vertreter der Familie Anfang des 13. Jahrhunderts große Teile der Dübener Heide.

Zwei Familienhauptlinien

Ende des 14. Jahrhunderts, als die Mark Brandenburg zum Kurfürstentum erhoben wurde, gehörte die Familie von der Groeben zu den wichtigsten Adligen der Mark. Es bildeten sich zwei Familienhauptlinien, die „Golm-Bornstedt-Löwenberg“ und die „Kotzeband/Bötzow-Dabergotz-Meseberg“. Diese besaßen etwa 80 Güter ringförmig um die Stadt Berlin.

Die Golmer Linie bekam zwischen dem 14. und 17. Jahrhundert noch viele Güter um Potsdam und im Kreis Teltow hinzu. Um 1450 war Peter von der Groeben Hofrichter des Kurfürsten und Bürgermeister von Cölln-Berlin, 60 Jahre später übte Hans von der Groeben dieses Amt aus. Mit dem Tod von Carl Wilhelm von der Groeben (1741–1805) starb die Linie aus, der Besitz ging an die Familie von dem Knesebeck über.

Aus der Linie Kotzeband/Bötzow-Dabergotz-Meseberg gingen die späteren ostpreussischen Familienlinien Arnstein/Gr. Klingbeck und Beisleiden/Rippen hervor, deren Mitglieder ebenfalls eine wichtige Rolle in der Mark spielten und zahlreiche Ämter in Kirche und Politik übernahmen. Erste Angehörige kamen vermutlich erst in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts nach Ostpreußen, wo sie dem Deutschen Orden als Lehensleute und Siedler dienten. Urkundlich bekannt ist Heynick Groeben, der sich von der Mark Brandenburg kommend vor 1380 im altpreussischen Gau Natangen in der Ordenskomturei Balga niederließ und zum Urvater der „preussischen Linie“ wurde. Einem Heinrich Groeben wurde 1403 Familienbesitz nachgewiesen. Die im Laufe der Jahre erworbenen Ländereien wurden nach 1522 wieder auf zwei Linien aufgeteilt: Georg von der Groeben erhielt Weskeim, Redden, Kobbern und Jeesau und Günther von der Groeben bekam Semmen, Wicken, Karschau und Bäslack.

Bäslack, das 1337 an der Stelle einer Prußenfestung entstand, wurde um 1390 zu einer steinernen Burg ausgebaut und zum Mittelpunkt der Gegend. 1583 wurde



Schloss Groß Schwanfeld: Eines der Besitztümer der Adelsfamilie in Ostpreußen

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

das Burghaus zur Kirche umgebaut, die 1730 einen Turm bekam, und in der Gesamtheit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts an die Familie Eulenburg verkauft.

Friedrich von der Groeben (1645–1712) diente im Infanterieregiment des Königs Jan III. Sobieski, der von diesem zum Generalquartiermeister der polnischen Armee ernannt wurde. Die Kriege gegen das Osmanische Reich und seine Stellung am polnischen Hof brachten ihm ein Vermögen ein, mit dem er in der Heimat vier große Güter kaufte. Als Amtshauptmann von Hohenstein und Osterode errichtete er testamentarisch vier Majorate, in denen immer der nächste männliche Ver-

wandte das Erbe antrat. Zudem gründete er eine Stiftung und ein Stipendienhaus an der Königsberger Universität – das Groebische Institut.

Das Majorat Neudörfchen wurde 1692 erworben. Dazu gehörte ein Gutshaus mit Park, das 1829 durch ein klassizistisches Schloss ersetzt wurde. Um 1900 war das Gut rund 4000 Hektar groß, 1945 waren noch 2607 Hektar im Familienbesitz. Otto Friedrich von der Groeben, der „Afrikafahrer“, der 1682 eine Afrikaexpedition an die Goldküste leitete und 1728 als Vater von 20 Kindern starb, war der erste Majoratsherr auf Neudörfchen. Ihm folgten noch zwölf weitere, der letzte war bis 1945 Karl Moritz Graf von der Groeben, 1935 bis 1945 Landrat des Kreises Insterburg.

Gut Ponarien übernahm 1712 Heinrich Wilhelm von der Groeben, vormaliger kaiserlicher Offizier, der neben diesem Majorat weitere 31 Güter in Ostpreußen besaß. 1932 war die Majoratsherrschaft etwa 3000 Hektar groß. Karl Konrad Graf von der Groeben war der letzte Gutsherr, der von 1921 bis 1945 Bewirtschafter von Ponarien war.

Dorf und Rittergut Langheim, ursprünglich Besitz der aus Franken stammenden Familie Truchseß von Wetzhausen, übernahm Heinrich Wilhelm von der Groeben im Jahr 1728. Er bestimmte in seinem Testament 1742 eine Familienstiftung, welche die Güter 160 Jahre zusammenhielt und erweiterte. 1939 hatte das Gut 5044 Hektar, das vom Kurator der Stiftung Georg von der Groeben geleitet wurde. Das Schloss Langheim brannte 1945 völlig aus.

Wolf Sebastian von der Groeben war ab 1712 der erste Majoratsherr auf dem 1180 Hektar großen Groß Schwanfeld, das bis 1945 mit dem letzten Besitzer Gustav von der Groeben nur durch sieben Hände ging.

Das Majorat Ludwigsdorf übernahm Georg Friedrich von der Groeben, das um die 2300 Hektar hatte. Knuth Graf von der Groeben konnte 1945 von den Polen nicht einfach enteignet werden, da er als Begründer der schwedischen Familienlinie die schwedische Staatsbürgerschaft besaß. Er musste das Gut unter dessen Wert verkaufen und wohnte dann auf Munkeberg in der schwedischen Provinz Schonen.

Der Gutsherr von Ponarien, Heinrich Wilhelm, verkaufte 1699 das 1000 Hektar große Gut Quossen im Kreis Bartenstein an einen Verwandten aus Löwenberg in der



Evangelische Pfarrkirche in Groß Schwanfeld: Denkmal des Grafen Friedrich von der Groeben 1712/13

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUßEN

LITAUISCH

Vor 100 Jahren erstmals zweite Amtssprache

Während des Ersten Weltkriegs ging Litauen im Februar 1918 als unabhängiger Staat aus dem vormaligen Russisch-Litauen hervor. Der heute zu Litauen gehörende Kreis Polangen, nördlich von Memel, war zunächst Lettland zugeschlagen worden. Unmittelbar nach Kriegsende erhoben sich in Litauen Stimmen, die einen Anschluss des zum Deutschen Reich gehörenden Memellandes an die junge Republik forderten. Im Memelland selbst trat sowohl die deutsch-, als auch die litauischsprachige Bevölkerung nahezu geschlossen für einen Verbleib beim Deutschen Reich ein.

In Artikel 99 schrieb der Frieden von Versailles von 1919 die Abtretung des Memellandes durch das Deutsche Reich fest. Am 9. Januar 1920 schlossen Deutschland und die alliierten Mächte einen Vertrag, der das Memelland Übergangsweise der Verwaltung des Völkerbundes unterstellte. Am 11./12. Februar 1920 verließen die letzten deutschen Truppen mit Graf Lambsdorf das Memelland. Lambsdorf hatte am 8. Februar die Verwaltung an den französischen General Dominique-Joseph Odry (1865–1962) übergeben.

Am 17. Februar setzte Odry ein siebenköpfiges Direktorium aus Vertretern der Ortsbevölkerung ein, er selbst nannte sich Oberpräsident, wie es in preussischen Zeiten üblich war. Am 27. März 1920 erlaubte Odry, dass litauischsprachige Kinder in ihrer Sprache in Religionskunde unterrichtet werden können, der Schulunterricht erfolgte jedoch weiter in deutscher Sprache.

Die im Memelgebiet lebenden Kleinlitauer waren evangelisch, während ihre großlitauischen Landsleute zu 98 Prozent katholisch waren. Ab Juli 1920 wurde Präfekt Gabriel Petisné General Odry zur Seite gestellt. Am 1. Mai 1921 verließ Odry Memel und Petisné übernahm seinen Posten. Durch einen Gebietsaustausch mit Lettland konnte Litauen 1921 Polangen erwerben und bekam somit mit einem 21 Kilometer langen Küstenstreifen erstmals Zugang zum Meer. Am 6. April 1922 wurde zwischen Polen und den Alliierten Mächten ein Abkommen bezüglich Memel geschlossen, das den Polen bevorzugte Kaufbedingungen für Liegenschaften garantierte. In der Bevölkerung fand die Idee eines Freistaates, wie er in Danzig existierte, immer mehr Zustimmung. Handelskammerpräsident Kraus überreichte Petisné eine dementsprechende Petition.

In dieser Situation wurde die Frage der Amtssprache politisch instrumentalisiert. Die letzte deutsche Volkszählung von 1910 hatte ein Verhältnis von 51 zu 48 Prozent zugunsten des Deutschen bei der Gesamtbevölkerung des Gebietes ergeben. Durch die Abtrennung von Deutschland hatten sich jedoch auch viele litauischsprachige Kleinlitauer auf die Seite des Deutschen geschlagen. Deshalb wurden bei der unter französischer Regie durchgeführten Befragung der Schüler die Schulen der Stadt Memel, die durchweg deutscher Sprache waren, ausgeschlossen. Aber auch bei den ländlichen Schulen im Kreis Heydekrug ergab die Befragung nur 39 Prozent litauischsprachige Schüler und im Kreis Pogegen gar nur 24 Prozent. Auf diese Untersuchung berief sich dann Oberpräsident Gabriel Petisné (1881–1932) als er am 10. August 1922 Litauisch durch die Sprachverordnung Nr. A517 neben Deutsch zur zweiten Amtssprache des Memelgebietes machte. B. Bost

Mark Brandenburg. Der Käufer, Curt Heinrich von der Groeben, wurde zum Stammvater einer zweiten Linie der Familie in Ostpreußen, der „Märkischen Linie“. Das Gut überstand den Zweiten Weltkrieg nicht, heute sind nur noch einige Wirtschaftsgebäude vorhanden. Die Nachfahren erwarben dazu 1908 das 900 Hektar große Gut Juckenstein an der Scheschuppe, das Helmut von der Groeben (1906–1997) als letzter Vertreter der „Märkischen Linie“ 1945 verlassen musste.

Die „Preussische Linie“ auf Weßlienen, die wie die Mitglieder der „Märkischen Linie“ im Kreis Heiligenbeil zahlreiche Besitzungen erwarb, erlosch mit dem Tod von Wilhelm Ludwig Graf von der Groeben.

Grafentitel ab 1786

Am 19. September 1786 verließ König Friedrich Wilhelm II. sechs Mitgliedern der Groebenschen Familie den Grafentitel. Zwei dieser Vertreter erhielten den Titel „für sich und alle Nachkommen“, also unbeschränkt vererblich. Diese beiden waren Friedrich Gottfried (1726–1799), Herr auf Karschau, sowie Ernst Wolfgang Albrecht (1740–1818), Majoratsherr auf Ponarien.

Nach Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg verlor die Familie ihre gesamte materielle Grundlage. 21 Familienmitglieder verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben. Von der „Märkischen Linie“ überlebten nur zwei männliche Angehörige.



Das mit vielen farbigen historischen Abbildungen versehene 56-seitige, auf hochwertigem Kunstdruckpapier zweisprachig auf Polnisch und Deutsch gefertigte Heft „Die Herren und Grafen von der Groeben – Ein Adelsgeschlecht in Preußen (Panowie i hrabiowie von der Groeben – Szlachecki ród w Prusach)“ kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de, zum Preis von 7 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.kulturzentrum-ostpreussen.de>

● AUFGESCHNAPPT

Der Ingolstädter Automobilhersteller Audi ist gern ganz vorn dabei – auf eine nicht für jeden nachvollziehbare Art und Weise. Dass der Blick nicht immer nur auf das eigene Produkt gerichtet ist, also die Fahrzeuge, war schon im Frühjahr vergangenen Jahres zu erfahren. Die „gendergerechte Sprache“, die Nutzung des „Gender Gaps“, wurde allen Mitarbeitern empfohlen, die sich demnach als „Audianerinnen“ zu bezeichnen haben. Aber es geht noch mehr. Die Audi-AG kann nicht nur abseits der Firmeninteressen arbeiten, sondern auch direkt gegen sie. Dies zeigte unlängst der Vorstandsvorsitzende Markus Duesmann. Er überraschte mit der Anregung: „Um uns in Deutschland besser einzustimmen, auf die Lage und die Notwendigkeit des Sparens, könnte es wieder autofreie Tage geben, so wie in den 1970er Jahren.“ Duesmann selbst freut sich darauf, dass er dann mit seinem „Rennrad über die gesperrte Autobahn fahren“ könne. Man müsse „umdenken“ und sich klar werden, „dass sich unser Leben ändert“.

E.L.



Die Ampel nimmt Fahrt auf.

DER WOCHENRÜCKBLICK

Her mit dem Netz!

Warum Saskia Esken Alarm schlägt, und warum es ihr egal ist, wohin die Ukraine-Hilfe geht

VON HANS HECKEL

Der „Wut-Winter“ scheint langsam heiß zu laufen. In Dresden sollen es vergangenes Wochenende laut Schätzungen schon 10.000 bis 15.000 Bürger gewesen sein, die ihrem Ärger über die Regierungspolitik auf der Straße Luft gemacht haben. Nur 500 aufrechte „Gegendemonstranten“ stellten sich in der Sachsenmetropole noch vor die Ampelkoalition.

In Hamburg sah die Sache noch etwas günstiger aus. Dort waren die Regierungsbefürworter den Kritikern beim Aufgebot der Demonstranten mit 1600 zu 1000 noch überlegen. Allerdings gibt die Nachricht etwas Wasser in den Wein, dass der Verfassungsschutz im Vorfeld vor der Kritiker-Demo öffentlich gewarnt hatte, derweil sich die 1600 auf die Unterstützung von sage und schreibe 71 linken Organisationen stützen konnten, darunter Linkspartei, Jusos, die Gewerkschaften Verdi und GEW, die Jugendverbände von IG Bau und IG Metall oder die Klimakämpfer von „Ende Gelände“. Erschienen sind pro Organisation im Schnitt damit keine 23 Personen. So viel zur Mobilisierungskraft von Gruppen, die zusammen allein in der Hansestadt mehrere Hunderttausend Mitglieder in ihren Listen stehen haben.

Irgendetwas läuft also schief. Entgleitet die Kontrolle? Immerhin muss es doch zu denken geben, wenn selbst in Hamburg die geballte Macht des linken Spektrums nur mehr ein solches Häufchen auf die Straße bringt. Vor dem Hintergrund kam die jüngste Nachricht aus der Welt des Internets zur absoluten Unzeit und sorgt entsprechend für erhebliche Aufregung. Der bedeutende Kurznachrichtendienst Twitter war bislang eine Festung linker Debattenhoheit, wo Abweichler gnadenlos geblockt wurden. Dagegen wurden sogar Morddrohungen gegen die bei Linken in Ungnade gefalle „Harry Potter“-Autorin J. K. Rowling von der Twitter-Zensurstelle bloß mit einem Räuspern quittiert.

Mit anderen Worten: Bei Twitter herrschte „Haltung“. Dann kam Tesla-Milliardär Elon Musk, kaufte den ganzen Laden und versprach, dass statt linker „Haltung“ nun wieder Meinungsfreiheit Einzug halten solle bei dem Kurznachrichtendienst.

Das Entsetzen ist grenzenlos. SPD-Chefin Saskia Esken brachte in der „Zeit“ auf den Punkt, was nun zu tun sei: „Wir müssen uns das Netz zurückholen.“ Esken fordert:

„Gerade in Zeiten wie diesen braucht es einen aktiven und starken Staat, der die demokratische Digitalisierung als eine gesamtstaatliche Mission begreift.“

Statt eines Unternehmers, der die Menschen innerhalb der Gesetze öffentlich schreiben und lesen lässt, was sie selber wollen, muss also eine „starker Staat“ her, der die „demokratische“ Digitalisierung“ als „Mission“ begreift. „Demokratisch“ bedeutet natürlich, dass der Staat und die Parteien (mit Ausnahme der bösen, versteht sich) die Aufsicht führen sollten, wer twittern darf und was. Vielleicht setzt man als Instrument der „zivilgesellschaftlichen Teilhabe“ noch ein Kontrollgremium ein, etwa aus Vertretern der 71 Organisationen der Hamburger Demo. Schon wäre der „Primat der Politik“, den Esken im Netz einfordert, wiederhergestellt.

Doch das ist bislang pure Theorie, während Musk vielsagend triumphiert: „Der Vogel ist befreit!“ Das blaue Vögelchen ist bekanntlich das Markenzeichen von Twitter. Zum Glück ist Esken nicht allein in ihrem Kampf gegen die drohende Meinungsfreiheit. EU-Industriekommissar Thierry Breton ätzt gegen Musk zurück: „In Europa fliegt der Vogel nach unseren europäischen Regeln.“ Erst vor Kurzem hatte die EU verschärfte Regeln für Online-Plattformen verabschiedet, um dort besser gegen „Hassbotschaften“ und „Falschinformationen“ vorgehen zu können.

Darin liegt die Chance

Was ist Hass? Ganz einfach: Rechte Wut ist Hass und linker Hass ist berechtigte Kritik. Kapiert? Spaß beiseite: Hass ist eine innere Regung, die sich nicht messen lässt. Erst Straftaten gegen den Gehassten wurden daher bislang geahndet, nicht aber der Hass selbst. Dass man das nun mehr und mehr geändert hat, eröffnet ungeahnte Möglichkeiten, Andersdenkenden fast nach Gusto auf die Finger zu hauen. Denn wie soll der angebliche Hasser beweisen, dass er seine heftige Kritik aus Wut auf einen Missstand und nicht aus Hass auf den Verursacher der Misere äußert? Kann er gar nicht. Und darin liegt die Chance für die Mächtigen.

Und Falschnachrichten? Was war das noch gleich? Mal nachdenken. Ach ja: „Masken sind Virenschleudern“ (Angela Merkel). „Die Impfung schützt vor Ansteckung“ (Karl Lauterbach). Würden die beiden je bei Twitter geblockt? Erlauben Sie mal! Aber was ist mit Minister Habeck? Im Mai hat er mit sei-

ner grünen Parteifreundin, der Umweltministerin Steffi Lemke, steif und fest behauptet, eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten brächte „im Winter 2022/2023 keine zusätzlichen Strommengen“. Der Wirtschaftsminister erweckte dabei den Eindruck, als habe er das fachlich prüfen lassen. Hat er nicht, wie sich nun herausstellte. Die beiden hatten sich allein aus grüner Ideologie und Rücksicht auf ihre Parteigenossen gegen den Weiterbetrieb ausgesprochen und dem Ganzen nur eine fachlich aussehende Tünche versehen. Er hat also gemogelt.

Aber keine Sorge, schon bald werden auch die Grünen wieder zum Kampf gegen „Falschnachrichten“ blasen. Denn die Grünen dürfen zuversichtlich sein, dass die meisten Deutschen mit Unterstützung der „Qualitätsmedien“ bis dahin längst vergessen haben werden, was Habeck ihnen da als „Nachrichten“ zu den AKW aufgetischt hatte.

Zumal wir ja wirklich Wichtigeres zu tun haben, solange dieser Krieg in der Ukraine tobt. Kiew möchte jeden Monat zwei Milliarden Euro von der EU haben, eine halbe Milliarde soll Deutschland bezahlen. Kein Problem, Überweisung geht raus! Frage ist nur: Wo geht sie rein?

Heutzutage gilt es als pietätlos, auf solche Sache hinzuweisen. Aber vor nur einem Jahr stellte der Europäische Rechnungshof trocken fest, dass die bis damals gezahlten EU-Hilfen für die Ukraine unwirksam gewesen seien „wegen Korruption auf höchster Ebene“, sprich: Das Geld der EU-Steuerzahler wurde geklaut, und zwar nicht von irgendwelchen Strauchdieben in den Wäldern von Ostgalizien, sondern durch „Großkorruption und eine Vereinnahmung des Staates im Sinne privater Interessen“, wie der Rechnungshof berichtete. Recherchieren Sie mal die Wörter „Selenskij“ und „Panama Papers“ im Netz, und Sie geraten in ein phantastisches Geflecht aus großen gierigen Fingern.

Aber wie gesagt, über so etwas reden wir heute nicht mehr, andernfalls wird man uns umgehend als „Putin-Freunde“ entlarven, dessen Land als sogar noch korrupter gilt als die Ukraine. Die halbe Milliarde wird kommen, und sie gibt Saskia Esken die großartige Chance, eine alte Idee aufzuwärmen. Schon wegen Corona wollte sie die Vermögensteuer reaktivieren, jetzt eben wegen der Ukraine. Irgendwie werden wir die Wohlhabenden und deren Geld noch aus Deutschland rausgraulen, verlassen Sie sich drauf!

Demokratisch ist es erst, wenn linke Politiker und Organisationen das Internet beherrschen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Martin Limbeck hält die Klima-Extremisten, die Kunstwerke beschädigen oder Straßen blockieren, für verlogen. Auf „Focus online“ (27. Oktober) empfiehlt er ihnen:

„Ihr wollt ernstgenommen werden? Dann nehmt euch erst mal selbst ernst und fangt bei euch an, bevor ihr große Forderungen stellt. Geht zu Fuß zur Klimakonferenz. Zieht aufs Land und baut euer Essen selbst an. Beendet euer Studium oder eure Ausbildung und setzt eure Ideen in die Tat um. Kommt ins Handeln, schafft Werte. Dann reden wir noch mal.“

Jacques Schuster warnt in der „Welt“ (28. Oktober) zwar vor allzu großer Abhängigkeit von China, gibt aber zu bedenken:

„Seltsamerweise sind in Deutschland noch immer nur wenige in der Lage, außenpolitisch und geostrategisch zu denken ... China ist als aufstrebende Wirtschaftsmacht nicht zu isolieren und kaum zu übergehen ... Würde Berlin nur mit Demokraten verhandeln, stünde es einsam und ohne nennenswerten Einfluss da.“

Harvard-Ökonom Kenneth Rogoff verkündet im Wiener „Standard“ (30. Oktober) das Ende des linken Traums vom grenzenlosen Schuldenmachen:

„Angetrieben von Ökonomen wie Olivier Blanchard sowie von der Modern Monetary Theory hat sich der Glaube eingeschlichen, Staaten könnten sich grenzenlos verschulden, ohne dass das Konsequenzen haben würde. Das war immer falsch, aber nun wird es offensichtlich. Höhere Zinsen machen Schuldenmachen teurer.“

Ex-„Bild“-Chef Julian Reichelt kritisiert auf seinem Blog „pleitetticker“ (1. November) die extreme Langsamkeit der Ampel bei den Energie-Entlastungspaketen:

„Nichtmal sechs Monate reichen der Bundesregierung aus, um vernünftige, schnell greifende Maßnahmen auf die Beine zu stellen. Diese konzertierte Aktion lässt einen eher konsterniert zurück.“

Die „Deutsche Sprachwelt“ (Herbst 2022) gibt ein Beispiel aus dem „Transgender-Handbuch“ der Deutschen Telekom, in dem der Konzern zeigt, wie „genderneutrales Deutsch“ aussehen soll:

„Raheem arbeitet bei der Deutschen Telekom. Nimse Arbeitsumgebung unterstützt nimse Transition. Nin arbeitet gern mit nimsen Team zusammen. Raheem zeigt bei der Arbeit gern nimse Persönlichkeit.“

● WORT DER WOCHE

„Es ist schon merkwürdig, wie die Bundesregierung ... gegen Worte zu Felde zieht, die seit 2000 Jahren in der Heiligen Schrift stehen und die sie offenbar gar nicht verstanden hat.“

Gunnar Schupelius in der „B.Z.“ vom 31. Oktober zum Plan der Bundesregierung, das Bibelwort an der Kuppel des Berliner Schlosses zu verhüllen